LAND BRANDENBURG

BERLIN

Anhörung zu den überarbeiteten Fachteilen (Teil C) des Rahmenlehrplans für die gymnasiale Oberstufe im Land Berlin 2024

DESKRIPTIVE AUSWERTUNG
POLITISCHE BILDUNG

Bildungsregion Berlin Brandenburg

LISUM
Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

DESKRIPTIVE AUSWERTUNG

Anhörung zu den überarbeiteten Fachteilen (Teil C) des Rahmenlehrplans für die gymnasiale Oberstufe im Land Berlin 2024

POLITISCHE BILDUNG

Dr. Katja Friedrich und Niels Laag

Impressum

Herausgeber
Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)
14974 Ludwigsfelde-Struveshof
Tel.: 03378 209 - 0
Fax: 03378 209 - 149
www.lisum.berlin-brandenburg.de

Autor:innen: Dr. Katja Friedrich und Niels Laag

Zu dieser Veröffentlichung haben mit Tipps und Hinweisen beigetragen: Boris Angerer, Siegmar Friedrich
Wir bedanken uns für die engagierte Unterstützung.

Verantwortlich: Susanne Wolter
Redaktion: Niels Laag
Titelbild: Niels Laag
Grafiken: Siegmar Friedrich

Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Ludwigsfelde 2024

soweit nicht abweichend gekennzeichnet zur Nachnutzung freigegeben
unter der Creative Commons Lizenz cc by-nc-nd 4.0 zu finden unter

https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 6
1 Eckpunkte der Befragung 7
2 Statistische Angaben 7
3 Informationen zu den überarbeiteten Fachprofilen, Kompetenzmodellen, Standards und Themenfeldern 8
4 Informationen über die vorgenommenen Vernetzungen der Fachteile C mit Teil B Überfachliche Kompetenzentwicklung 62
5 Anlagen 68
6 Quellenverzeichnis 74

Abkürzungsverzeichnis

KMK	Kultusministerkonferenz
LISUM	Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg
LK	Lehrkräfte
n	Anzahl der Rückmeldungen
SenBJF	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport des Landes Berlin
SL	Schulleitung
StSA	Staatliches Schulamt
SuS	Schülerinnen und Schüler
σ	Standardabweichung

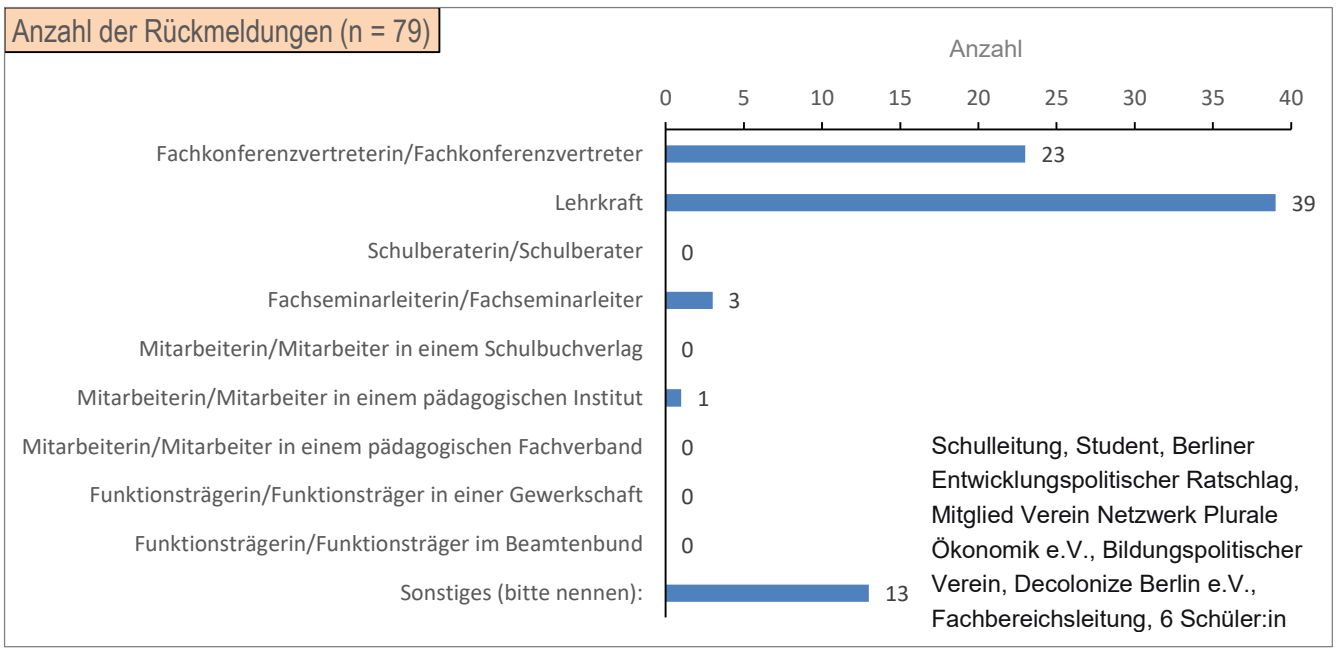
1 Eckpunkte der Befragung

Zielsetzung:	Gewinnung von datengestützten Erkenntnissen und Einschätzungen zu den vorliegenden Anhörungsfassungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung der curricularen Grundlagen
Teilnehmende Personengruppen:	Öffentlichkeit Organisationen/Institutionen Schulen (Fachkonferenzen, Lehrkräfte, Schulberaterinnen und -berater, Fachseminarleiterinnen und -leiter) Verlage
Teilnehmendes Bundesland:	Berlin
Erhebungsmethode:	schriftliche Befragung
Erhebungsinstrument:	Fragebogen
Erhebungsform und Software:	onlinegestützt via easyfeedback
Erhebungszeitraum:	27.05.2024 – 13.09.2024
Befragungszugang:	via Link und QR-Code
Auswertungssoftware:	Microsoft-Office, Tabellenkalkulationsprogramm Excel

Das vorliegende Dokument stellt die Ergebnisse der onlinegestützten Befragung hinsichtlich der geschlossenen Fragen grafisch aufbereitet dar. Die Rückmeldungen auf offene Fragen werden ebenfalls originalgetreu wiedergegeben. Eine Korrektur der Tippfehler ist nicht erfolgt. Die Ergebnisdarstellung orientiert sich an der Anlage und Abfolge des eingesetzten Fragebogens.

Die Einhaltung geltender datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist durch die Anonymisierung der Bezugsdaten sichergestellt. Die erhobenen Daten werden ausschließlich für LISUM-interne und SenBJF-interne statistische sowie evaluative Zwecke verwendet.

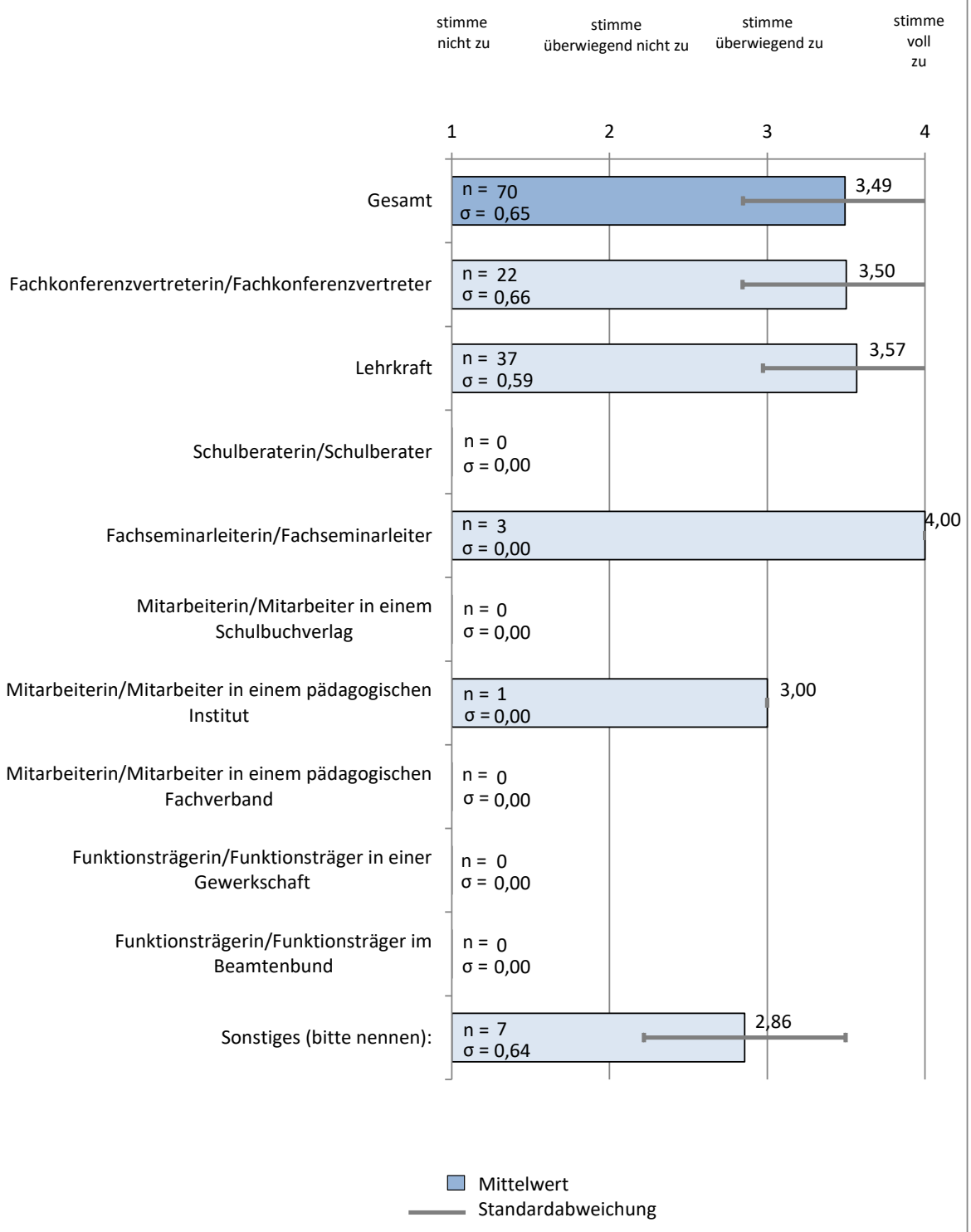
2 Statistische Angaben



3 Informationen zu den überarbeiteten Fachprofilen, Kompetenzmodellen, Standards und Themenfeldern

3.1 Bildungsbeitrag

Im Kapitel 1 und 2 wird der Bildungsbeitrag des Fachs verständlich dargestellt.



Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(1) Ich stimme zwar der Verständlichkeit zu, halte aber die Formulierungen und Schwerpunktsetzungen für falsch. (2) Viel zu umfangreich und nichtssagend. (3) Grundsätzlich ist klar, welche Kompetenzen Schüler:innen mitbringen müssen. Angesichts des Schülerklientels, das vor uns ist, ist es überhaupt nicht möglich, die Fülle der Kompetenzen zu vermitteln, da bereits die Schulen der Unterstufe ihr "SOLL" nicht erfüllt haben. (4) Die Bedeutung des Faches wird nachvollziehbar dargestellt, es wird die Notwendigkeit betont die Schüler_innen zu einem mündigen Leben zu befähigen und dies innerhalb demokratischer Systeme und mit demokratischen Werten. Diese Einleitung steht dann allerdings im Widerspruch zu den gewählten Themenfeldern und Inhalten, in denen gerade dieser Teil massiv zugunsten von Wirtschaftsthemen gekürzt wird. (5) Bildungsbeitrag wird in den einzelnen Semestern und der Einführungsphase nicht dargestellt (z. B. Auseinandersetzung mit Desinformation). Holprige und viel zu umständliche Formulierungen. (6) deutlichen Verbesserungen (Konflikte als Ausgangspunkt für Lernprozesse; Methoden, mit denen politische Kontroversen analysiert werden können, werden stärker in den Vordergrund gerückt usw.) (7) schließen uns hier den Kommentaren der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. vollumfänglich an.
Lehrkraft
(8) Allerdings möchte ich anmerken, dass die Umbenennung m.E. unangebracht ist. Der wissenschaftspropädeutische Ansatz der Qualifikationsphase sollte durchaus auch durch den wissenschaftlichen Fachbezug in der Fachbenennung deutlich werden. (9) Der Umfang und die fast ausschließliche Textlast sind in ihrer Aufbereitung nicht gelungen und werden demzufolge auch nicht gänzlich gelesen. (10) "mündig handeln" = bezieht sich auf die Kommunikation untereinander / Bei "politisch kommunizieren" und "politische Produkte" ist es unklar, inwiefern dies politisch sein soll. (11) Gerade das Prinzip der Exemplarizität wird gut deutlich. Politische Bildung entlang von Strukturen zur Bildung Mündiger Bürger:innen. (12) Unterrichten von politischer Wissenschaft bedeutet auch die einzelner Regierungsformen (Parlamentarismus, Präsidentialismus)und Systeme (Sozialismus, Monarchismus, Demokratie)beispielhaft zu vergeleichen und soqhl Stärken als auch Schwächen hervorzuheben.Diese existsieen auch innerhabl einern Demokratie und gilt es anhand von Kriterien wie direkter und indirekter Partizpation den Schüler*innen zu verdeutlichen. Dies ist gerade wichtig, wenn wie an die extremen Herausforderunfgen für die Anpassung an die im Anthropozän veruraschetn Klimakrise denken, die allein durch einen marktbasieredenden Ansatz und liberal-kapitalistische Ansätze kaum zu regulieren sind. Nicht alles ist in Stein gemeisselt und kann bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen verändertet werden; dass kommt zu wenig rüber.
Schulberaterin/Schulberater

Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
(13) Nach meinen Erfahrungen in Lehrkräfte-Weiterbildungen in Mecklenburg-Vorpommern kann einfach nicht oft genug abgesichert werden, dass politische BIldung im Sinne der FDGO n i c h t wertneutral ist; auch um die Lehrkräfte zu stärken, wenn sie von Eltern / im Kollegium angegriffen werden und als vermeintliche „Regierungsversteher", "linke Zecken" etc betitelt werden, wenn Sie demokratische Grundwerte im Unterricht vermitteln möchten. Optimierungs-Möglichkeiten in diesem Sinne sehe ich beispielsweise hier: S. 7, Abschnitt zu Analysieren: Damit zusammen hängt die Frage, welche Themen sowie wessen Interessen (nicht) verhandelt und wahrgenommen werden. Achtung, kann für verfassungsfeindliches mind-setting missbraucht werden. Daher vielleicht schärfen: Der Politikunterricht kann in der Analyse diese Stimmen sichtbar machen - sofern Sie im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung diskutabel sind und dem Prinzip der Wissenschaftsorientierung entsprechen und Möglichkeiten diskutie-ren, wie Exklusionen, Marginalisierungen und Diskriminierung in einer Demokratie abgebaut wer-den können. Auswertung von Umfragen) gehören die transparente und (wenn möglich) gemeinsame Planung der methodischen Vorgehensweise sowie die kritische Reflexion über die Eignung verwendeter Methoden mit den Schülerinnen und Schüler. Die Förderung der zunehmend selbstständigen, medienkritischen und wissenschaftsorientierten Analyse sind eine wesentliche Grundlage für das politische Urteilen und führt auf das wissenschaftliche Arbeiten hin. S. 8 oben: Die Anerkennung einer demokratisch-pluralistischen Meinungsvielfalt im Rahmen der FDGO als Kennzeichen der Demokratie wird durch einen kontroversen, problemorientierten Politikunterricht gefördert S. 12 unten:Die Lernenden … 1. beschreiben und erläutern politische Problemlagen, Entscheidungen, Kontroversen mit-hilfe von fachbezogenen und wissenschafts-basierten Kriterien, Konzepten, Modellen und Theorien, 2. …
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(14) Kapitel 1.1 Fachprofil Insgesamt ist das Fachprofil in Kapitel 1.1 verständlich dargestellt. Es ist zeitgemäß und bietet Anknüpfungs-punkte, den schulischen Unterricht zukunftsorientiert und wertebasiert zu gestalten. Dennoch sollte der Stellenwert einer global denkenden, politischen Bildung im Kontext der Globalisierung

und im Zeitalter des Anthropozäns und dessen Folgen deutlicher hervorgehoben werden. Insbesondere, weil es bei wachsender globaler und sozialer Ungleichheit und beim Umgang mit globaler Komplexität zu einem Erstarken demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen weltweit kommt. Die Menschheit steht vor der Aufgabe, „auf demokratische Weise eine in sozialer und globaler Hinsicht gerechte, wirtschaftlich (nachhaltige) und ökologisch (zukunftsfähige) gesellschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass alle Menschen – in allen Teilen der Welt, gegenwärtig und in Zukunft“ ein gerechtes Leben führen können (Anm.: in Anlehnung an KMK, 2024). Der Politischen Bildung kommt die Aufgabe zu, die Komplexität von (interdependenten) Sachverhalten angemessen zu reduzieren und zugleich die Verarbeitungskomplexität für die Lernenden zu erhöhen, um ein tiefergehendes Verständnis für komplexe und interdependente Sachverhalten zu ermöglichen. Diese Kompetenz ist von besonderer Bedeutung, um Bürger*innen auf eine komplexe und diversifizierte Welt und Weltgesellschaft vorzubereiten und sie zu entscheidungs- und handlungskompetenten Individuen zu fördern.
In der Stellungnahme vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER) und Decolonize Berlin e.V. „Schule demokratisieren und diversitätskompetent sowie global gerecht gestalten“ vom Oktober 2023 werden die Empfehlungen des Gutachtens von Prof. Achour begrüßt, das Fachprofil lernendenzentrierter, zukunftsorientierter und diversitätssensibler zu gestalten. Besonders positiv bewerten wir die Stärkung in den Querschnittsthemen wie Demokratiebildung, Diversity-Education, antirassistische Bildung, Globales Lernen, Nachhaltige Entwicklung/ Lernen in globalen Zusammenhängen wie auch die Einbindung außerschulischen Lernorte in Lernsettings.
Lernendenzentrierung und Diversitätssensibilität: Angesichts der vielfältigen Lebensrealitäten der Berliner Schüler*innenschaft sollte das Fachprofil sowie die Basis- und Vertiefungsmodule stärker diese Realitäten zum Gegenstand haben. Themen wie gelebte Globalität, die Identifizierung als Global Citizen, multidiverse Identitäten und Intersektionalität sowie Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung sollten als zentraler Bestandteil des Fachteils C deutlicher hervorgehoben werden. Die Auseinandersetzung mit diesen Themen ermöglicht es, Formen von Ungleichheit und Ungleichbehandlung zu analysieren und zu reflektieren sowie Gestaltungs- und Handlungsoptionen zur Verbesserung der Ausgangs- und Lebensbedingungen zu erarbeiten. Dadurch werden die Lernenden für diskriminierende und menschenfeindliche Phänomene sensibilisiert, und Betroffene in ihrem Recht auf Chancengleichheit gemäß Artikel 4 (2) des Berliner Schulgesetzes gestärkt.
Gerade im Kontext der Lernendenzentrierung im Fach Politische Bildung kommt dem Ansatz der Global Citizenship Education (GCED) eine besondere Bedeutung zu. Der Ansatz stärkt das Zugehörigkeitsgefühl zur Weltgemeinschaft. (UNESCO 2015, Global Citizenship Education, Topics and Learning Objectives) Da GCED einen besonderen Fokus auf die Menschenrechte legt, trägt sie in besonderer Weise zur Demokratiebildung und antirassistischen Bildung bei.
Politische Bildung sollte die Expertisen und Perspektiven über unterschiedliche Lebensrealitäten – Race, Class, Gender etc. – fördern. Dabei gilt es Kenntnisse, Errungenschaften und Wahrnehmungen wertzuschätzen und dieses Wissen zu nutzen, um integrative Antworten auf lokale und globale Herausforderungen zu entwickeln.

Der Beutelsbacher Konsens sowie die Frankfurter Erklärung sollten im Fachprofil als Grundlage für politische Bildung stärker betont werden.
Weitere Kommentare zum Fachprofil:
(S. 5): Der Satz „Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler zu fördern, um sie in einer offenen Gesellschaft, die von zunehmender politischer und ökonomischer Komplexität, …“ sollte auch auf „ökologische Komplexität und die Herausforderungen im Zeitalter des Anthropozän hinweisen.
(S. 5, zweiter Absatz): Im Satz „Gesellschaftliche Prozesse wie…..“ einfügen: „Klimawandel, Überalterung der Gesellschaft, Erstarken demokratiefeindlicher und antidemokratischer Einstellungen, Rassismus“ ergänzen. Dies sind Prozesse für die es ebenfalls Lösungen braucht.
(S. 5, zweiter Absatz): Hier sollte auf die Interdependenzen verschiedener Ebenen hingewiesen werden, z.B. historische Auswirkungen politischen, wirtschaftlichen oder nicht ökologisch-nachhaltigen Handelns auf heutige oder künftige Generationen oder Gruppen. Als Beispiel: Da „viele Ursachen globaler

Herausforderungen historisch im (Imperialismus und) Kolonialismus des Globalen Nordens begründet und in der heutigen Lebens- und Wirtschaftsweise des Globalen Nordens weiter verhaftet sind, (.) zeigt (die politische Bildung) die Verwobenheit der Lebensumstände der Menschen im Globalen Süden mit der Lebensrealität der Menschen (im Globalen Norden) auf und will hier zu Veränderungen beitragen und Menschen in Berlin zu nachhaltigem und global gerechterem (politischen) Handeln anregen." (Anm.: in Anlehnung an VENRO, 2024, S. 2)
(S. 5, zweiter Absatz): Im Satz „Der Politikunterricht hat hierbei die Chance…" einfügen „rassistische Diskriminierung".
(S. 6): In der Aufzählung „Einige häufig wiederkehrenden Beispiele könnten hier sein: …" ergänzen „der Umgang mit antidemokratischen und demokratiefeindlichen Bewegungen und Einstellungen"

Kapitel 1.2 Kompetenzmodell
Wir begrüßen, dass demokratischen und partizipativen Handlungskompetenzen ein hoher Stellenwert im Kompetenzmodell eingeräumt wird. Dennoch regen wir an, neben einem ausgeprägten machtkritischen und historischen Bewusstsein sowie der Fähigkeit zur kritischen Analyse gegenwärtiger Systeme, mit Schüler*innen eine Vision von Zukunft und Hoffnung zu entwickeln – sowohl für lokale und regionale als auch für globale Belange der Menschen und des Planeten. Damit einhergehend sollte dem Umgang mit Komplexität mehr Raum im schulischen Lernen eingeräumt werden.
Im Gutachten zum aktuell gültigen Rahmenlehrplan formuliert Prof. Achour, „…um Themen, aber auch deren Bedeutung als politik- und sozialwissenschaftliche Analyse- und Bewertungskategorien zu scharfen, die bisher weniger abgebildet sind (wie Nachhaltigkeit, globale soziale Ungleichheit, Autoritarismus, Ideologien der Ungleichwertigkeit, Intersektionalität – race, class, gender, ableism, ageism etc. – , Diversität, Sozial-ökologische Transformation, (…) (etc.) besteht die Möglichkeit, diese in das Modell der Fachkonzepte zu integrieren (…)." (Achour, 2023, S. 9)
Einige dieser Vorschläge finden sich im Modell der Basis- und Fachkonzepte nicht wieder, weshalb wir empfehlen, Konzepte wie Menschenrechte, Naturrechte, Intersektionalität, Zivilgesellschaft aufzunehmen.

Mündig handeln (S.6/7)
(S. 6, letzter Absatz): Im Satz „reale politische Handlungsmöglichkeiten…", ergänze „eine Petition formulieren und einreichen" um die Handlungsfähigkeit der Schüler*innen zu stärken.
(S. 6/7): Ergänzung: Um mündig handeln zu können, werden die Lernenden befähigt, individuell und kollektiv zu lernen und gemeinschaftlich zu demokratischen, diversitätskompetenten und global gerechten Veränderungen beizutragen.
Analysieren (S. 7)
Ergänzung: „Die Schüler*innen lernen, unter Berücksichtigung unterschiedlicher Dimensionen nachhaltiger Entwicklung auch die mehrperspektivistische Betrachtung von Sachverhalten hinsichtlich fachlicher, räumlicher, zeitlicher/ zukunftsorientierter Dimensionen und verschiedener Interessenlagen"
Ergänzung: „Politische Bildung befähigt die Lernenden, die Komplexität einer globalisierten und zunehmend unsicheren Welt analysieren und einzuordnen."
Ergänzung: Die Lernenden werden befähigt, (globale) Machtverhältnisse zu analysieren.
(S. 7) Ergänzung: „Kategorien Race, Class, Gender…" um „Intersektionalität" erweitern. Zudem erleben Menschen nicht nur soziale Ungleichheit, weshalb der Satz „Das Einbeziehen von macht- und herrschaftskritischen Kriterien"… um „politische, (sozio-) ökonomische" oder durch „politische, ökonomische Machtgefälle und Ungleichheiten und strukturelle Diskriminierung" erweitert werden sollte.
Urteilen, (S.7)
„Die Reflexion und Analyse verschiedene Perspektiven…" ergänzen um „Zivilgesellschaft" nach „Verbände und Bürger*innen".
„… Zugleich kommt dem Politikunterricht … - die Aufgabe zu… auf marginalisierte und ungehörte Perspektiven" eränzen „globale, dekoloniale und zukunftsorientierte Perspektiven"
Analysieren (S. 7):
Neben den Kategorien Race, Class und Gender sollte auch auf Intersektionalität hingewiesen werden.

Schüler*innen sollten lernen, die Analysefähigkeit von Gesetzen und Rahmenkonzepten zu entwickeln und Gesetze kritisch zu lesen.

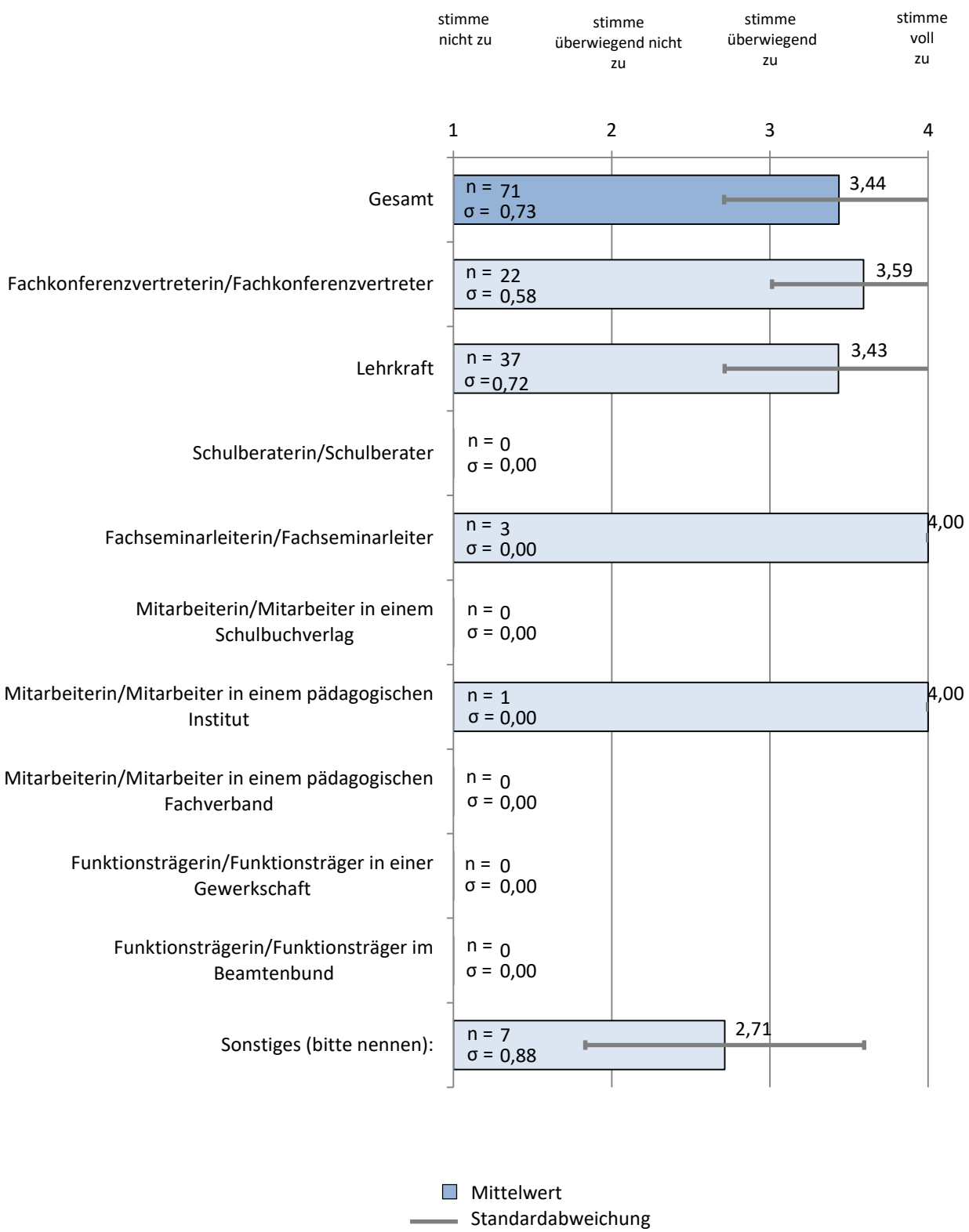
Methoden anwenden (S. 8):
„Methoden anwenden“: „ist bildungssprachliche Handlungskompetenz…“ Hierbei sollte im Lehrplan auf Werkzeuge des sprachsensiblen Unterrichts eingegangen werden z.B. Scaffolding.
Die Nutzung multiperspektivischer Quellen (Quellenanalyse) unter Berücksichtigung der geopolitischen Vielfalt, einschließlich nicht-westlicher Konzepte, soll es den Schüler*innen ermöglichen, multiperspektivische und kontroverse Urteile zu entwickeln und zu diskutieren.
Konzeptwissen anwenden (S. 8/9)
(S. 9) „Basis- und Fachkonzepte“ (S. 9): „Policy: …Race, Class, Gender“ – Intersektionalität verankern (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag)

(15) Ich kann nur die Inhalte zum Themenfeld "Wirtschaftspolitik" fachlich beurteilen. (Mitglied Verein Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.)

(16) Die Thematisierung und Auseinandersetzung mit Rassismus, die Sensibilisierung für rassistische Erscheinungsformen und die Bekämpfung von Diskriminierung sind wesentliche Elemente einer umfassenden Strategie zur Stärkung demokratischer Werte in unserer Gesellschaft. Sie werden auch durch die im Fachprofil formulierten Ziele des Politikunterrichts angesprochen.
Die Betrachtung von Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen, das alle Lebensbereiche durchdringt, erfordert auch die Reflexion der eigenen Verstrickung in rassistische Verhältnisse. Menschen sind unterschiedlich von Rassismus betroffen und nehmen unterschiedliche Positionen im rassistisch strukturierten System ein. Dies betrifft sowohl Lehrkräfte als auch Schüler*innen. Dem Politikunterricht kommt eine besondere Verantwortung zu, gesellschaftliche Ungleichheiten und Machtverhältnisse sowie deren strukturelle und institutionelle Verankerung zu thematisieren. Die im Beutelsbacher Konsens formulierten Eckpfeiler politischer Bildung werden im Fachprofil deutlich benannt. In diesem Sinne ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass Rassismus keine Meinung ist, sondern eine menschenfeindliche Ideologie, die eindeutig nicht auf wissenschaftlicher Evidenz beruht. Es muss daher darauf geachtet werden, dass Lehrkräfte nicht im Sinne des Kontroversitätsgebots rassistische Argumentationen und Ideologien reproduzieren. Stattdessen sollten antidemokratische Positionen im Unterricht kritisch diskutiert werden.
In Bezug auf die Analyse- und Urteilsfähigkeit der Schüler*innen ist hervorzuheben, dass es eines multiperspektivischen Ansatzes bedarf. Die Schüler*innen sollten durch den Politikunterricht einen inklusiven Blick auf politische Sachverhalte erlangen. Die Vielfalt der Quellen im Unterricht ist dafür ein wichtiger Schlüssel. (Decolonize Berlin e.V.)

3.2 Relevanz des Faches

Die Relevanz des Fachs wird gut verdeutlicht.



Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(17) Ein Absatz würde genügen, ausgerechnet bei diesem Fach muss man nichts rechtfertigen, Inhalte sind wichtiger. (18) Hier möchte ich die Gelegenheit nutzen, drei übergeordnete Fragen zu stellen/Anmerkungen zu machen: 1. Im Gegensatz zu den geltenden RLP PW und Geschichte unterscheiden sich die neuen in der Einführungsphase inhaltlich, auch in der Beschreibung der Kompetenzentwicklung. Bleibt die Stundentafel dann auch weiterhin erhalten, ändert sich die Fachbezeichnung zu PB/Geschichte oder unterrichten wir ein Halbjahr PB resp. Geschichte? 2. Bleibt es bei der VOGO-Regelung, dass Geschichte in Q3 und 4 verpflichtend belegt werden muss? 3. Nahezu alle Schülerinnen und Schüler bei uns und an anderen OSZ belegen das Fach Volks- und Betriebswirtschaft bzw. Wirtschaft. Hier ergeben sich erhebliche inhaltliche Überschneidungen mit dem Q2-Themenfeld Wirtschaftspolitik in Politische Bildung. Welche Optionen haben wir hier in der inhaltlichen Ausgestaltung unseres schulinternen Curriculums? (19) Die Überarbeitung des RLP war überfällig, der Erfolg wird in der Fachschaft kontrovers gesehen. (20) Auch hier überladene Formulierung, roter Faden wird nicht ersichtlich, da Inhalte reingepresst werden. Wem nutzen diese völlig überfrachteten und verschachtelten Formulierungen? (21) Wir schließen uns hier den Kommentaren der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. vollumfänglich an.
Lehrkraft
(22) Die Überarbeitung war überfällig. (23) Politische Erziehung ist Erziehung zur aktiven Teilhabe und nicht passiven Teilnahme am Gesamtprojekt der sozialen Kohäsion. Das fördet, fordert v.a. konkrete und reale Partizipation. In vielen sozialen Schichten und ganzen Territorien gilt Demokratie mitlerweile als Parteiendemokratie und nicht als intrinsisches Recht der Bürger. Somit gilt es im Programm mehr Beispiele aktiver Förderung des Bürgersinns aus Ost und West miteinzubauen, zudem stärker auf politische Referentïnnen zur globalen Erziheung (die z.B Deutschlands Rolle und Gewicht in der Welt illustrieren) zurückzugreifen, die die Lehrer*innen aktiv bei dieserkritischen Betachtung untertützen sollten.
Schulberaterin/Schulberater
Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag

Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(24) Der Rahmenlehrplan bietet eine solide Grundlage zum Verständnis politischer Prozesse und demokratischer Entwicklungen. Zukunftsorientierung: Da es an Berliner Schulen kein Unterrichtsfach „Zukunft“ gibt, in dem Schüler*innen lernen, Visionen und Handlungsoptionen zu entwickeln, kommt der politischen Bildung hier eine besondere Verantwortung zu. Angesichts der Herausforderungen in der lokalen, europäischen und globalen Gesell-schaft bietet der Entwurf zu wenig Raum zur Förderung globaler Kompetenzen, von Zukunftsfähigkeit und Gestaltungskompetenz für eine diversitätskompetente, global gerechte, nachhaltige und demokratische Zukunft. Der Fokus liegt auf Demokratiefähigkeit, die im Entwurf des Fachteils C vorrangig national bzw. lokal gedachten ist, die mit der globalen Dimension verknüpft sein sollte. Demokratiefähigkeit bedeutet auch, Themen zu bearbeiten, die Menschen, andere Lebewesen und den Planeten lokal und global betreffen, sowie Verbindungen zwischen heutigen und künftigen Generationen und zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen. Um Bürger*innen zu befähigen, sich aktiv für eine stabile Demokratie einzusetzen und globalen Herausforderungen zu begegnen, sind Kompetenzen im zukunftsfähigem und transformierendem bzw. visionärem Denken und Handeln nötig, dazu könnten Methoden wie das Design Thinkings genutzt werden. Sowohl im Fachprofil als auch im Basismodul „Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung“ finden sich gute Ansätze zur thematischen Auseinandersetzung und zur Gestaltung von Lernsettings finden, unter anderem durch die Anwendung der Szenariotechnik. Allerdings scheint in den Themenfeldern „Demokratie“, „Wirtschaftspolitik“ und „Globales Regieren“ der zukunftsorientierte Blick stellenweise verloren zu gehen. Um das Verständnis für Wechselwirkungen von verschiedenen Themenbereichen zu vertiefen und für strukturelle Ausschlüsse von Gruppen zu sensibilisieren, sollten gemäß der Frankfurter Erklärung, machtkritische und intersektionale Ansätze in den Basis- und Vertiefungsmodulen verankert werden. Im Fachteil Politik sind daher Themen wie „nationale und globale Autoritarismen, postnationalsozialistische Gewalt, Ideologien der Ungleichwertigkeit, Verschwörungsglauben, Klima- und Energiekrise“ noch stärker hervorzuheben, die bereits Achour in ihrer Expertise zum Berliner Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe – Fach Politikwissenschaft benannte.

Beutelsbacher Konsens und Frankfurter Erklärung:
Kontroversität, Neutralität und Sachlichkeit – der Beutelsbacher Konsens verunsichert Lehrkräfte. Mit den Worten des Deutschen Instituts für Menschenrechte soll die Bedeutung des Konsens‘ für Lehrkräfte betont und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend, Familie Lehrkräfte in der Anwendung des Konsens‘ unterstützen: „Aus menschenrechtlichen Verträgen ergeben sich explizite staatliche Verpflichtungen zur Menschenrechts-bildung für die schulische und außerschulische Bildung. Gegenwärtige Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtsextremismus und die damit verbundenen Gefahren für den gesellschaftlichen Frieden kritisch zu thematisieren, ist demnach ein gewichtiger Bestandteil des staatlichen Bildungsauftrags. Gerade die deutsche Geschichte hat gezeigt, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung eines Staates zerstört werden kann, wenn rassistische Grundhaltungen nicht rechtzeitig auf energischen Widerstand stoßen und sich so verbreiten und durchsetzen können.“ (Deutsches Institut für Menschenrechte, 2019: Das Neutralitätsgebot in der Bildung)
Die Bedeutung der Frankfurter Erklärung für die politische Bildung kann nicht genug betont werden, weshalb sie ergänzt werden sollte. Im Rahmen der politischen Bildung insbesondere zu berücksichtigen sind:
• Machtkritik: Selbstbestimmtes Denken und Handeln wird durch Abhängigkeiten und sich überlagernde soziale Ungleichheiten beschränkt. Diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse gilt es wahrzunehmen und zu analysieren.
• Reflexivität: Politische Bildung ist selbst Teil des Politischen. Politische Bildung reflektiert, dass Lernverhältnisse nicht herrschaftsfrei sind.
• Ermutigung: Politische Bildung schafft eine ermutigende Lernumgebung, in der Macht- und Ohnmachtserfahrungen thematisiert und hinterfragt werden.
(vgl. Stellungnahme des EPIZ zur Debatte über "Neutralität" in der politischen Bildung: https://www.epiz-berlin.de/wp-content/uploads/StellungnahmeEPIZBeutelsbacher-Konsens-3.pdf) (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag)

(25) Die Relevanz, ein Verständnis für historische Prozesse, Ereignisse und Entscheidungen zu haben, wird betont.
Für ein demokratisches Grundverständnis ist ein kritisches Verständnis von Geschichte und Erinnerungskultur essentiell. Es kann noch klarer herausgearbeitet werden, wie die in diesem Fach erworbenen Kompetenzen übertragen werden können, um beispielsweise im Fach Politische Bildung zu lernen, politische Phänomene in der heutigen (Welt-) Gesellschaft und globalen Ordnung einzuordnen, oder die Entstehung verschiedener For-men von Diskriminierung herzuleiten.
Eine wirksame global-geschichtliche und demokratische Bildung sollte die Auseinandersetzung mit Kolonialis-mus, seinen Folgen und Kontinuitäten verpflichtend behandeln. Sie kann Lernenden die Verwobenheit ge-schichtlicher Ereignisse (globale und deutsche Kolonialzeit als Epoche vor Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg, inklusive Shoah und Euthanasie) und die Entstehung diskriminierender, rassistischer (auch antisemi-tischer, antiziganistischer oder antimuslimischer) Ideologien und Praktiken verdeutlichen. Dies kann auch zur Sensibilisierung und Haltungsentwicklung gegenüber Themen wie Kolonialgeschichte, historische Aufarbeitung und historisch-politischer Verantwortung beitragen.
In Bezug auf die Kompetenzentwicklung sollte der analytisch-kritische Umgang mit Quellen, auch bei der bio-grafischen Arbeit, ergänzt werden. Im Geschichtsunterricht sollte die koloniale Vergangenheit und deren gegen-wärtige Kontinuitäten in allen Modulen verankert werden. Die Auseinandersetzung mit Kolonialismus sollte ver-pflichtend sein, da sie die Grundlage für viele der heutigen globalen Strukturen bildet. Eine interdisziplinäre Zu-sammenarbeit mit anderen Fächern, wie Geografie und Politikwissenschaften, kann hier hilfreich sein. (Bildungspolitischer Verein)

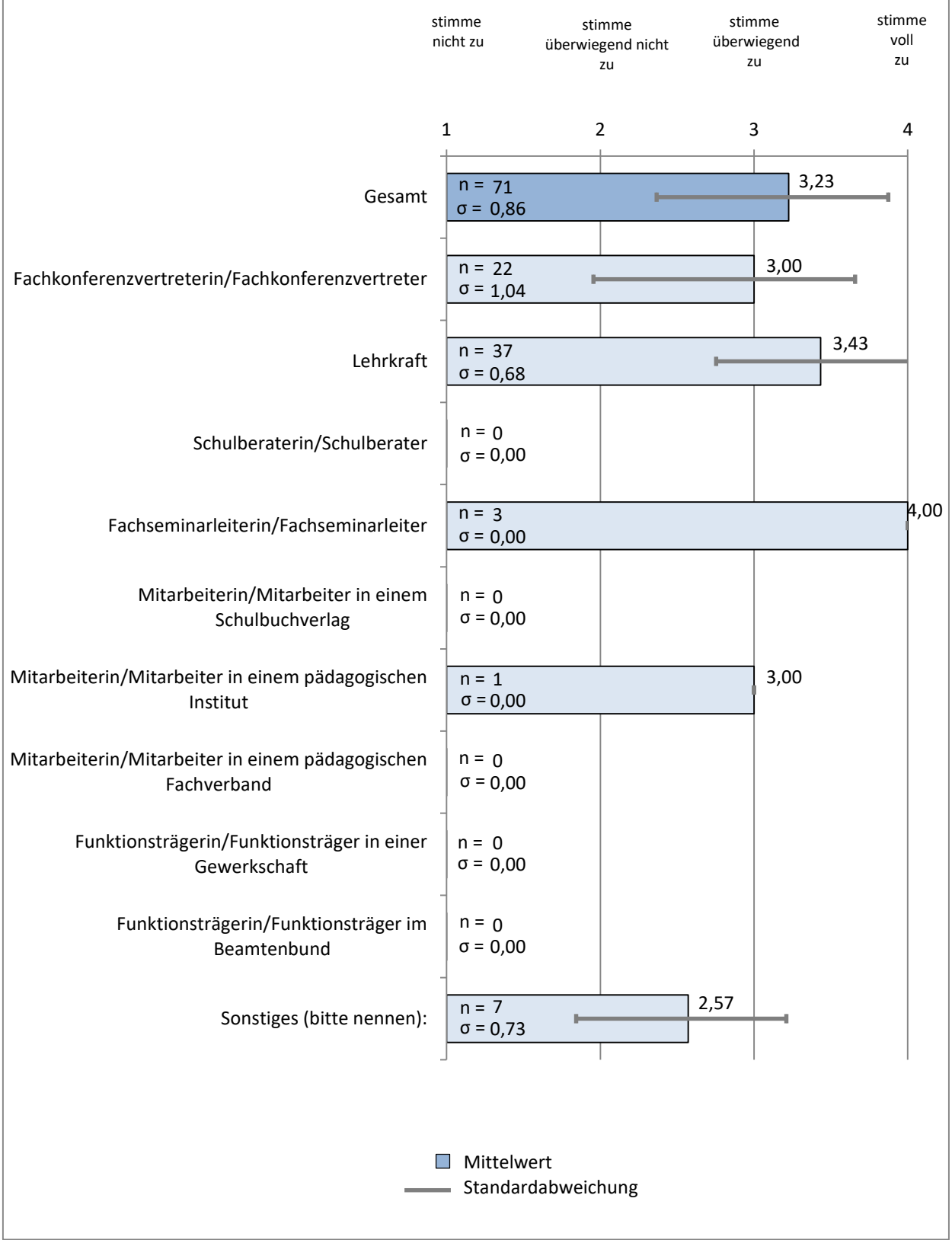
(26) Als Ziel des Unterrichts wird formuliert: „Die Zielsetzung des Politikunterrichts ist es, die Schülerinnen und Schüler darin zu ermutigen, diese Entwicklungen selbstwirksam mitzugestalten und damit am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. […] Der Politikunterricht hat hierbei die Chance, diejenigen zu unterstützen, die aufgrund soziokultureller und ökonomischer Ungleichheiten vor gesellschaftlichen

Teilhabebarrieren stehen.“ (S.5)
Der Rahmenlehrplan bietet einerseits eine sehr offen formulierte Grundlage und nennt einige wichtige Stichworte wie bestehende Machtstrukturen oder Ungleichheiten. Andererseits sind dekoloniale und intersektionale Ansätze nicht als Querschnittsthemen verankert und strukturelle Ausschlüsse werden nicht explizit benannt. Akteur*innen aus dem Globalen Süden sind in den genannten Beispielen grundsätzlich nicht vertreten; wenn sie erwähnt werden, dann nur ergänzend und nicht gleichberechtigt als politische Akteur*innen. Durch die Verwendung von Schlagworten ohne theoretische Präzisierung oder praktische Umsetzungshinweise findet eine Entpolitisierung statt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass bestehende strukturelle Diskriminierungsformen und ihre sozialen, gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen im Politikunterricht sichtbar gemacht werden.
Wie und auf welchen Ebenen (Inhalte, Autor*innen, Quellenart, pädagogische Methoden) dazu beigetragen werden kann, politisch marginalisierte Perspektiven zu berücksichtigen/thematisieren, sollte in einem zusätzlichen Kapitel noch einmal explizit gemacht werden. Dies ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Demokratiebildung, sondern auch notwendig, um dem Beutelsbacher Konsens gerecht zu werden. Durch die konkrete Benennung von Methoden können die Ziele des Fachprofils für die Lehrkräfte greifbar gemacht werden.
Diskriminierungsfreie Bildung und Erziehung ist in §2 (1) des Berliner Schulgesetzes verankert. Die Umsetzung dieses Ziels sollte insbesondere im Politikunterricht auch mit einer Sensibilisierung der Lehrkräfte und Schüler*innen für dieses Thema einhergehen. So könnten konkrete Beispiele für rassistischen und diskriminierenden Sprachgebrauch im Unterricht kritisch diskutiert werden.
Weitere Anmerkungen zum Fachprofil (Ergänzungen in Großbuchstaben):
· „Gesellschaftliche Prozesse wie Individualisierung, Emanzipation, Globalisierung, Digitalisierung, Flucht, Migration, RASSISMUS UND KOLONIALISIERUNG sowie ökologische, ökonomische, soziale und (friedens)politische Herausforderungen erfordern Gestaltung und (Problem)Lösungen, welche das Allgemeinwohl in den Blick nehmen.
· „Der Politikunterricht hat hierbei die Chance, diejenigen zu unterstützen, die aufgrund soziokultureller und ökonomischer Ungleichheiten SOWIE RASSISTISCHE DISKRIMINIERUNG vor gesellschaftlichen Teilhabebarrieren stehen“ (S. 5). (Decolonize Berlin e.V.)

(27) Salomon (Schüler:in)

3.3 Anspruchsniveau der Kompetenzen

Die in den abschlussorientierten Standards beschriebenen angestrebten Kompetenzen sind im Anspruchsniveau angemessen.



Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(28) Die angegebenen Kompetenzen sind in der Regel für 16-18 Jährige deutlich zu optimistisch formuliert. (29) Standardisierung bedeutet Entindividualisierung. (30) Standards sollten konkretisiert werden; inhaltliche, methodische und fachliche Kompetenzen sollten differenziert und ausgeführt werden ; konkrete Ausgestaltungsangebote sollten zur Verfügung gestellt werden: hierbei sind flächendeckende Fortbildungen wünschenswert (31) Grundsätzlich finde ich wichtig, diese Kompetenzen zu fordern. Aber angesichts der Vorbilder des Schülerklientels werden nicht alle Kompetenzen trotz größter Anstrengung erreichbar sind. Insbesondere Kernkompetenzen in Deutsch fehlen. (32) Die Struktur der Kompetenzen ist gelungen, jedoch können diese nicht vollumfänglich erreicht werden, insbesondere bei einem dreistündigen Grundkurs. (33) Anspruchsniveau sowohl in der Anzahl der zu erlernenden Methoden inkl. Makromethoden als auch im Niveau ist völlig unangemessen und in der kurzen Zeit nicht machbar und im Schulalltag nicht umzusetzen. Wo ist die Zeit für Kompetenzentwicklung? (34) Wir schließen uns hier den Kommentaren der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. vollumfänglich an.
Lehrkraft
(35) Die ehrliche Erreichbarkeit der Standards ist m.E. je nach Schulstandort und Klientel sehr unterschiedlich. Wenn ein ehrliches vergleichbares Abitur gewährleistet wäre, dann fände ich die Niveaus als angemessen. Die Realität an den Schulen und der politische Wille zu immer besseren Abiturnoten in der Breite lässt diese allerdings teils schnell Makulatur werden. (36) Es wird ein sehr vernetztes Wissen vorausgesetzt (Sachkompetenz), das bei jüngeren bzw. leistungsschwächeren Lernern nicht immer vorausgesetzt werden kann. (37) Die Urteilskompetenz als der Goldstandard derPolitikdidaktik sowie gleichzeitig der wichtigen Kompetenz des Unterrichts wird nicht ausreichend hervorgehoben. Außerdem muss der Begriff der Mündigkeit überhaupt und stärker hervorgehoben werden. (38) Wenn die angestrebten Kompetenzen in Gänze erreicht werden sollen, ist das unmöglich. Dieser Anspruch ist überzogen, selbst im fünfstündigen Leistungskurs. (39) Weitaus besser formuliert als im bisherigen RLP. Allerdings könnte noch eine klarer Verbindung angemerkt werden, dass die Standards allgemein formuliert sind und dann jeweils an den Inhalten AUSformuliert werden sollen. Sowie Ziel, dass alle irgendwann mal drankommen. (40) Das Thema Gerechtigkeit (ökonomisch-sozial-global)ist absolut unterbelichtet. Dies gilt es auch mit den Themen der Transformationen zur einem nachahltigen Land zu betrachten und bietet sich für fächerübergreifendes (Geographie-Geschicht-Biologie-PW) Unterrichten sowie Projekte an. Wie hoch ist der virtuelle Wasserverbrauch der EU oder Deu? Wie steht es um die Kosten einer grünen Technologie, z.B im Verkehr? WAs geschieht mit den Externalitäten? Hier muss auch das eigene Handeln der Schüler*innen mit eingebracht werden und über Rollenberverhältnisse, Nord-Süd, Reich-Arm Kontexte sowie extraktivistische Wirtschaftsformen und Lieferketten kritisch diskutiert und reflektiert werden.
Schulberaterin/Schulberater

Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(41) Könnten konkretisiert werden (Schulleitung) (42) Das neu entwickelte Kompetenzmodell im Fachteil C der Politischen Bildung sowie die sich daraus ableitenden Kompetenzbereiche werden sehr begrüßt. Beide scheinen angesichts der Komplexität politischer Prozesse und den damit einhergehenden Aushandlungsprozessen geeignet. Besonders in der aktuellen Zeit fördert die politische Bildung die Kompetenz Sachverhalte vertieft zu analysieren und komplexe Zusammenhänge zu durchdringen. Es sollten die Kompetenzen zur kritischen Analyse und Handlungsfähigkeit in Bezug auf (politische) Systeme, (Macht-) Strukturen und Diskriminierungen/ Rassismen gestärkt werden. Weitere Ergänzungsvorschläge: Mündig handeln, 2.2.1, S.12, Interessen vertreten „Interessen vertreten in Auseinandersetzung mit konkurrierenden und entgegengesetzten Interessen und…“ zu ergänzen „unter Berücksichtigung mehrperspektivische und mehrdimensionaler sowie zukunftsorientierter und globaler Perspektiven.“ Analysieren, 2.2.2, S. 12 Im Abschnitt „Analysieren“, sollte als dritte Kategorie hinzugefügt werden: „Analysefähigkeit von Gesetzen, Rahmenvorgaben und Abkommen entwickeln“. Lernende sollten befähigt werden, Gesetze und Rahmenvorgaben kritisch zu lesen. Politische Probleme methodisch erschließen Ergänzung: „Die Lernenden lernen Rahmenvorlagen, gesetzliche Grundlagen oder Aktionspläne durch systemisches Denken kritisch zu reflektieren.“

Politische Probleme, Entscheidungen und Kontroversen analysieren
Ergänzung: „Die Lernenden lernen, Probleme auf langlebige, nachhaltige, diversitätskompetente, demokratiestärkende und global gerechte, (welt-) gesellschaftlich zukunftsfähige Lösungsoptionen hin zu analysieren."

Im Abschnitt „Politische Probleme, Entscheidungen und Kontroversen analysieren" sollte ergänzt werden, dass die Lernenden „…arbeiten ihre Analysen und Entscheidungen multiperspektivisch aus nachhaltiger und zukunftsorientierter Perspektive sowie basierend auf demokratische- und menschenrechtliche sowie diversitätsorientierte Werte heraus".

Urteilen, 2.2.3, S. 13, Politische Lösungen gestalten
Ergänzung: „nachhaltige, diversitätskompetente, demokratiestärkende und global gerechte, (welt-) gesellschaftlich zukunftsfähige Lösungsoptionen hin zu analysieren oder entwickeln (visionär) eigene."
Ergänzung: „Die Lernenden analysieren und beurteilen ökonomische, politische, soziale oder strukturelle, lokale/ globale Ungleichverhältnisse an einem Beispiel und entwickeln Vorlagen für eine Entscheidungsfindung"
Methoden anwenden, 2.2.4, S. 14/15, Arbeitsprozesse partizipativ gestalten
Ergänzung: Die Schüler*innen lernen, individuell und kollektiv Lösungsoptionen zu entwickeln um zur Transformation von Missständen beizutragen. (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag)

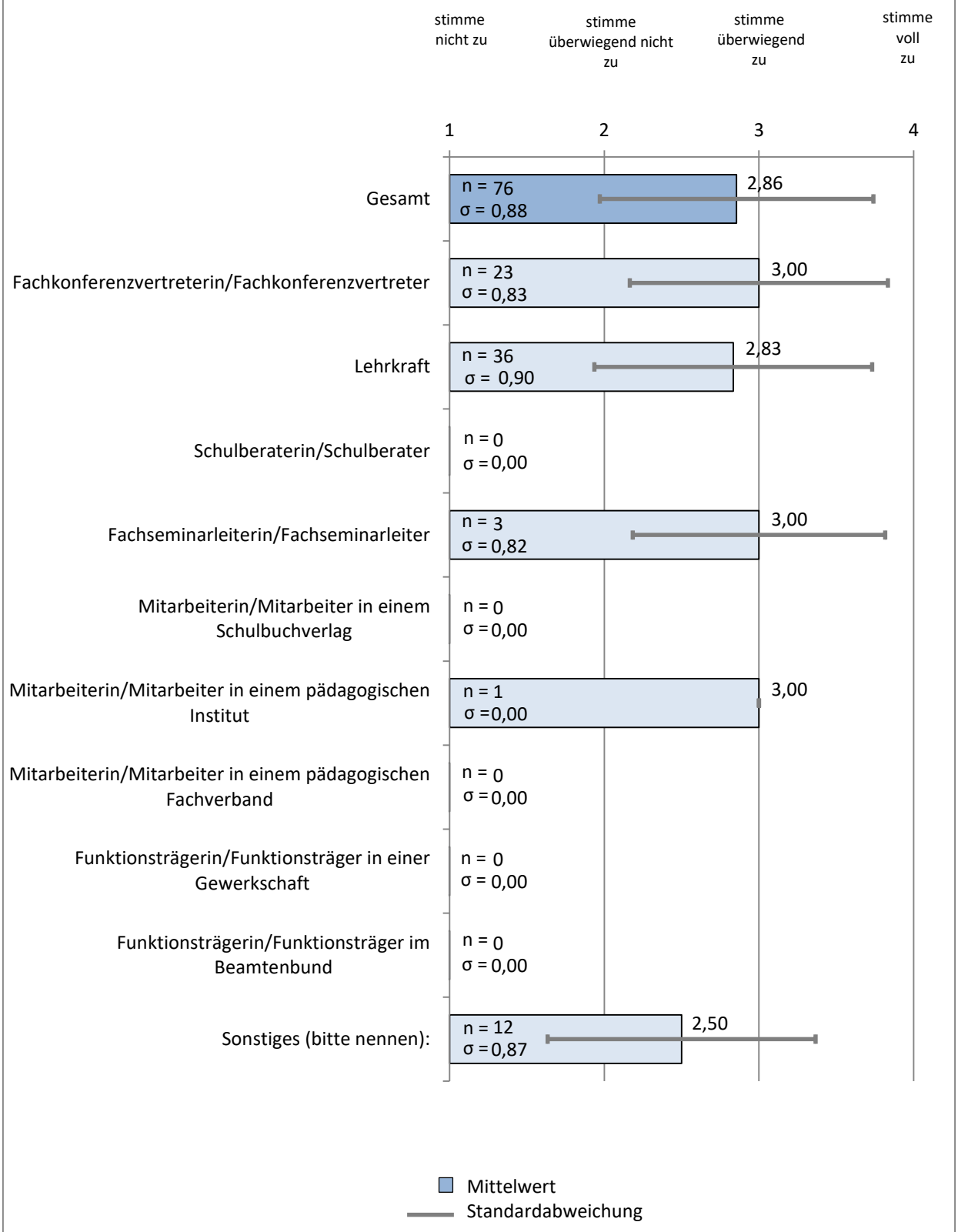
(43) Es sollte unter dem Punkt "interpretieren Quellen unterschiedlicher Gattungen" betont werden, dass manche (Fach-) Begriffe, Wörter oder Redewendungen als diskriminierend oder rassistisch einzuordnen sind.
Lernende wie auch Lehrende sollten die Analysefähigkeit entwickeln und Methoden erwerben, stereotype, dis-kriminierende oder rassistische Darstellungen oder Narrative zu erkennen, einseitige eurozentrische Sichtwei-sen zu vermeiden und ungerechtfertigte kulturelle Zuschreibungen zu unterlassen. Dies verhindert die Repro-duktion von diffamierenden Narrativen. (Bildungspolitischer Verein)

(44) Die im Rahmenlehrplan formulierten Kompetenzen sind angemessen, es fehlen jedoch konkrete Umsetzungsvorschläge zur Erreichung dieser Kompetenzen. So wird z.B. in Kapitel 1.2 des Kompetenzmodells (S. 6) auf „reale politische Handlungsmöglichkeiten" verwiesen. Es bleibt jedoch unklar, wie diese konkret erfahrbar gemacht werden können. Die Handlungsorientierung der Schüler*innen muss gestärkt werden, indem sie beispielsweise lernen, eine Petition zu formulieren und einzureichen. Nachfolgend konkrete Vorschläge:
· Urteilen (S. 7): Wir schlagen vor, folgende Ergänzung vorzunehmen: Die Nutzung multiperspektivischer Quellen (Quellenanalyse) unter Berücksichtigung der geopolitischen Vielfalt, einschließlich nicht-westlicher Konzepte, soll es den Schüler*innen ermöglichen, multiperspektivische und kontroverse Urteile zu entwickeln und zu diskutieren. Dies entspricht auch dem Beutelsbacher Konsens.
· Analysieren (S. 7): Im Abschnitt „Analysieren", wo die Kategorien Race, Class und Gender genannt werden, sollte auch auf Intersektionalität hingewiesen werden. Schüler*innen sollten lernen, die Analysefähigkeit von Gesetzen und Rahmenkonzepten zu entwickeln und kritisch gegenüber Gesetzestexten zu werden.
· Methoden anwenden (S. 8): Unter „Methoden anwenden" wird „bildungssprachliche Handlungskompetenz" erwähnt. Hierbei sollte der Lehrplan auf Werkzeuge des sprachsensiblen Unterrichts wie Scaffolding eingehen.
· Basis- und Fachkonzepte (S. 9): Schließlich sollten bei den „Basis- und Fachkonzepten", wo „Policy" sowie die Kategorien Race, Class und Gender aufgeführt sind, Intersektionalität verankert werden.
Diese Ergänzungen und Vorschläge sollen dazu beitragen, dass die formulierten Kompetenzen nicht nur angemessen bleiben, sondern auch praktisch und erlebbar umgesetzt werden können. (Decolonize Berlin e.V.)

(45) Klapperkoof (Schüler:in)

3.4 Relevanz der Themenfelder und Inhalte

Die vorgeschlagenen Themenfelder und Inhalte sind relevant.



Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(46) Die Reihung der Inhalte ist wenig sachlogisch. Die Gestaltung von Q4 ist besser als Q2 zu unterrichten und es sollte über die Fragwürdigkeit von Familiengeschichten als Unterrichtsgegenstand grundsätzlich nachgedacht werden. Unterricht soll Gemeinsames herausstellen nicht Trennendes! (47) Q2/Wirtschaft viel zu ausführlich, viele Überschneidungen mit Sozialwissenschaften, stattdessen viel zu wenig Zeit für die Verfassungsorgane, Wahlen etc. (vorher Q2); ungenaue Themenangaben für Q4, Vertiefungsmodule 2,3,4 aus Q3 könnten nach Q4 verlagert werden. (48) Die EU kommt in weiten Teilen der Semester inhaltlich zu kurz. (49) Es werden die beruflichen Gymnasien in den Vorstellungen nicht berücksichtigt. Beispielsweise ist bei uns im OSZ das Fach Wirtschaft Prüfungsfach und verpflichtend für alle Schüler:innen. Wenn Wirtschaftspolitik nach der Anhörungsfassung im zweiten Kurshalbjahr in Politischer Bildung unterrichtet werden muss, ist keinerlei Abgrenzung und Zugewinn von Kenntnissen möglich. Hier müssen dringend thematische Alternativen möglich sein. (50) Themenfeld Wirtschaftspolitik Basismodul 1 überfordert m.E. die Schüler. Insbesondere an Gymnasien ohne das Fach Wirtschaft fehlt den Schülern eine fachliche Grundlage. Ebenso dürfte es an der postulierten Lebensnähe fehlen. (51) Es gibt einen Widerspruch: Demokratie- und Europabildung sind übergeordnet, aber nur für die Demokratie gibt es ein eigenes Semester, Vorschlag: 2. Sem: Europabildung und Wirtschaft wird in allen Semstern vernetzt. Das 4. Semester ist relevant, konkrete Inhalte teilweise fragwürdig. Warum muss die Fokusierung auf die Szenariotechnik sein, wie wird sie begründet, da diese Methode auch schon vorher eingeführt werden müsste und nicht erst am Ende der Schullaufbahn. (52) Im neu konzipierten ersten Semester werden letztendlich Inhalte von bisher drei Semestern zusammengeführt: "Demokratie", "Europäische Union" und "Verfassungsrechtliche Grundlagen". Dieses Zusammenkürzen derart wesentlicher Themen, die an den demokratischen Kern unserer Gesellschaft gehen und in Zeiten von zunehmendem Populismus und Extremismus und einer zunehmenden Ablehnung der Demokratie derart wichtig sind in ausreichender Tiefe und mit ausreichender Zeit zu behandeln, ist für uns als Politiklehrkräfte in keiner Weise nachvollziehbar! Grundrechtskonflikte, die Bedeutung von Meinungsfreiheit (und ihre Grenzen), die Bedeutung der Europäischen Union sind zudem Themen, die schüler_innenorientiert und nah an deren Lebenswelt unterrichtet werden können und eine hohe Aktivierung erreichen. Das explizite Aufnehmen von Social Media im Basismodul 2 ist positiv zu erwähnen, jedoch stellt sich auch hier die Frage, wie dies in diesem vollen Semester sinnvoll untergebracht werden soll. Dem Thema "Wirtschaft" wird hingegen nun ein gesamtes Semester gewidmet, dieses erschließt sich uns - auch in Abwägung zu den o.g. Aspekten - nicht. Eine Behandlung wirtschaftlicher Themen ließe sich unter dem Stichpunkt der Globalisierung gut mit anderen Aspekten verbinden. Es finden sich ebenso Anknüpfungspunkte im Kontext "Europäische Union" und "Grundlagen der BRD". Das Thema "Globales Regieren" aus dem vierten Semester in das dritte zu legen ist auch durchaus positiv zu bewerten, da das vierte Semester ja immer sehr kurz ist. Dafür scheint dann allerdings etwas gesucht worden zu sein, um das vierte Semester noch irgendwie zu füllen. Eine derart aufwendige Methodik wie hier verlangt in einem Zeitraum zu machen, der durch ein hohes Arbeitspensum der Schüler_innen kurz vor der Abiturphase, gekoppelt mit dem Eindruck, die Schule sei so langsam vorbei, erscheint nicht funktional.

Szenarien und Zukunftsperspektiven wurden bisher ja auch schon eingebunden und zwar u.a. bei dem zusammengestrichenen Thema "Europäische Union".

(53) Zusammenhang zwischen Erderwärmung und Wirtschaftssystem sollte in Q2, wenn es um Wirtschaft geht, verpflichtend thematisiert werden, sonst ist kein ausreichendes Verständnis von Nachhaltigkeit gegeben

(54) Zusammenführung von drei Semestern zu einem (Demokratie, BRD und EU in Q1) kann nicht wirklich gelingen, zumal das auch in ein Basismodul gezwängt wurde. Warum hat die EU keinen Platz mehr? Passen sich die RLP jetzt dem politischen Klima im Osten unseres Landes an?
Bestimmte Vertiefungsmodule sind unnötig (z.B. JG 11: Befähigung zum leben in Gesellschaften, Q2: Alternative Wirtschaftsformen) und sollten generell gekürzt werden.
Ansonsten ist der Aufbau der Q-Phase im Kern gelungen.

(55) In der Anhörungsfassung werden – natürlich mit einigen neuen Schwerpunktsetzungen – die Inhalte aus 4 Semestern des alten RLP jetzt in drei Semestern unterrichtet, was einige negative Konsequenzen hat, u.a. die inhaltliche Überfrachtung des 1. Semesters und das Fehlen wichtiger Themen, u.a.
in Q 1 die Gegner der Demokratie: organisierter Links- und Rechtsextremismus, Islamismus,
in Q 2 die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU und
in Q 3 die GASP der EU.

Wie schon für das Fach Geschichte sehen wir das Hauptproblem in der Konzeption von Q 4. Das Basismodul 1 in Q4 passt eher in Q 2, wirkt in Q 4 aber eher wie ein Fremdkörper. Und so wünschenswert das in Basismodul 2 angedachte Szenario auch sein mag, der Preis dafür ist uns zu hoch. Nicht nur führt es zu der oben angesprochenen problematischen Verdichtung in Q 1 bis Q 3, es ist auch angesichts des nahenden Abiturs schwer umzusetzen. Nicht berücksichtigt wird zudem, dass es mehrere Schüler*innen gibt, die das Fach PW/PB nur in Q3 und Q4 wählen. Noch problematischer: PW (PB) wird auch aufgrund der Sparmaßnahmen des Senats häufig in jahrgangsübergreifende Kursen (z.B. der Leistungskurs am Gymnasium Steglitz) unterrichtet. Das ist schon mit dem bestehenden RLP schwer umzusetzen, mit der vorliegenden Anhörungsfassung aber noch einmal deutlich problematischer. Beispielsweise würden einige Schüler*innen dann das umfassende Szenario in Q2 entwerfen, was der Intention der Verfasser der Anhörungsfassung sicher nicht entsprechen würde.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einbindung europäischer Themen von Anfang an, ebenso die stärkere Gewichtung internationaler Themen. Auch die Anwendung der Szenariotechnik wird bei uns in kleinerem Rahmen zu anderen Zeitpunkten (z.B. Quo vadis EU?) angewendet. Wir wünschen uns aber eine Streckung der Themen der ersten drei auf alle vier Semester und die Integration der Basismodule aus Q 4 in Q 2 und Q 3.

(56) Anmerkungen zu Themenfeldern und Inhalten der Einführungsphase:
Formulierung der Inhalte bei Vertiefungsmodul sehr unspezifisch und vage. Warum nicht einfach Schlagwörter? Die Inhalte, die hier als Fragen formuliert werden, sind viel zu spezifisch und in einigen Jahren möglicherweise veraltet/wenig relevant: Fragen zu Digitalem, SocialMedia und Medien tauchen generell tnicht auf (S. 16)! Medienkompetenz und Vielfalt hier aber ungemein wichtig. heisst „weitere mögliche Inhalte“. --> Wahlfreiheit und auch andere Inhalte denkbar?

Anmerkungen zu Themenfeldern und Inhalten der Q-Phase:
- Kürzeste Semester (Q1) mit dem wichtigsten und komplexesten Thema (Demokratie, System, Ausprägung, EU, Gegenwart) belegt
- längstes Semester (Q2) mit unglaublich vielen Doppelungen zum Wirtschafts/BWL-Unterricht, der am OSZ 3-jährig durchgeführt wird. Wie sollen wir mit diesen Doppelungen im Unterrichtsalltag umgehen?
- absolut nicht nachvollziehbar, dass so entscheidende Themen in nur ein Semester (Q1) gequetscht werden

- Q2: zu wenig politikwissenschafliche Inhalte. Warum wird Wirtschaftspolitik diese Priorität eingeräumt? Kolonialismus nur auf wirtschaftliche Verflechtungen verkürzt
- Q3 mit guten vertiefenden Punkten
- Q4: Formulierung zum Basismodul 1 fragwürdig: Welches Ausmaß an sozialer Gleichheit ist erstrebenswert. Soll darüber geurteilt werden ob Ungleichheiten effizient/legitim sind? Ungleichheit ist nicht erstrebenswert.
- schließen uns hier den Kommentaren der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. vollumfänglich an.

(57) Q1: Die EU wird zu wenig berücksichtigt UND es führt kein Weg daran vorbei Vertiefungsmodul 2 in Q1 zu unterrichten (keine wirkliche Wahlfreiheit), Zudem im Gk kaum zu schaffen
Q2: durch den Schwerpunkt Wirtschaft in Q2 geht zu stark der Charakter des Politischen verloren, die Einführung eines eigenständigen Faches Wirtschaft wäre da sinnvoller; zumindest müsste das Thema Wirtschaft stärker in die politischeren Themen integriert werden.
Zudem sollte für das Basismodul 2 vorher die internationale Politik näher betrachtet worden sein, um Handelspolitik beurteilen zu können.
Q3: Inhalte aus dem Vertiefungsmodul 4 sollten in das Basismodul 1 aufgenommen werden, da wichtig
Q4 ist zu theoretisch und zu wenig auf die Praxis bezogen, es geht sehr viel um Zukunftsszenarien, hier wäre eine klarere Eingrenzung wünschenswert; Szenarien sind sicherlich handlungsorientiert gemeint, aber im Hinblick auf eine sinnvolle Gestaltung mündlicher Abiturprüfungen nur bedingt sinnvoll/nutzbar

(58) Der zentralen Bedeutung des Themas EU wird nicht mehr Rechnung getragen. Vor dem Hintergrund des Erstarkens EU-kritischer Positionen bei zunehmender und immer komplexer werdender Reichweite europäischer Politik in unserem Alltag erachten wir dies als überaus problematisch. Die Ausgestaltung des Themas EU als Querschnittsthema erscheint nicht gelungen, weil die EU häufig nur als ein möglicher zu behandelnder Schwerpunkt genannt wird und durch die Formulierung „z.B.“ (Basismodul 1, Q3) oder „v.a.“ (Basismodul 2, Q3) auch im Rahmen der Semesterplanung nicht berücksichtigt werden muss.

Ein ganzes Themenfeld dem Bereich Wirtschaftspolitik zu widmen, ist vor dem Hintergrund des Fachnamens "Poltische Bildung" schwer nachvollziehbar. Natürlich haben wirtschaftliche Fragen auch eine zentrale Bedeutung für politologische Fragestellungen. Dies rechtfertigt aber aus unserer Sicht nicht die Beschäftigung mit diesem Bereich über ein ganzes Semester, auch wenn der Versuch, die Thematik mit einem politologischen Fokus anzugehen, erkennbar ist.

Auch die intensive Ausprägung der „Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung“ als Themenfeld für Q4 ist in unserem Kreis umstritten. Quantitativ erscheint die Ausgestaltung schwierig, weil so der Blick auf andere relevante Themen versperrt ist und qualitativ, weil der Blick sehr stark auf Deutschland gerichtet und die internationale Dimension vollkommen unberücksichtigt bleibt. dieses Themenfeld eine vollkommen andere Struktur als die anderen aufweist und es zu Überschneidungen mit Q2 kommt. Aus unserer Sicht eignet sich dieses Themenfeld wesentlich besser als Querschnittsthema über die Semester hinweg und könnte, im Austausch mit einem Themenfeld zur Europäischen Union, dem Thema EU das Gewicht geben, das ihm aus unserer Sicht dringend zukommen sollte.

Lehrkraft

(59) Es gibt Doppelungen in den Basismodulen in den unterschiedlichen Fachsemestern. Das Semesterthema "Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung" erscheint in Bezug auf das Basismodul 1 ebenso hinfällig, da diese Grundfragen in den anderen Modulen in den vorherigen Semestern bereits eine Rolle spielen (sollten).

(60) extreme Themenfülle in den Pflichtmodulen in Q1 und Q3

(61) Die europäische Gemeinschaft kommt zu kurz !!

(62) Der Stellenwert der EU kommt viel zu kurz. Man hatte bislang ein ganzes Semester dafür Zeit. Dies fanden die Schüler sehr gut. Man konnte sehr viele Facetten der EU thematisieren. Das kommt jetzt viel zu kurz, es wird nur noch an der einen oder anderen Stelle auf die EU verwiesen bzw. verglichen (z.B. im 1. Semester). Ein ganzes Semester zu Wirtschaft ist nicht nachvollziehbar und schülerfremd.

(63) Insbesondere der neue inhaltlich Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik ist sehr ungeeignet und hat zu wenig mit dem Fach POLITISCHER Bildung bzw. POLITIKwissenschaft zu tun. Zudem liegt er auch noch im meist längsten Semester und stellt auch für Schulen, die Wirtschaft als eigenes Fach anbieten, eine unnötige Dopplung dar. Dass Wirtschaftspoltik Erwähnung findet, gern, aber als übergeordnetes Thema eines ganzen Semesters ist das fachlich unangemessen. Auch die Tatsache, dass die EU als Thema nur noch am Rande erscheint und Demokratietheorien nur noch als Wahl fungieren scheint zu wenig im Sinne des Faches entschieden worden zu sein.

(64) Ich hätte mir gewünscht, dass vor dem Hintergrund weltweiter Spannungsfelder im Bereich Klimawandel noch mehr Optionen in den Themenfeldern vorgegeben wären. Bin ansonsten aber sehr zufrieden.

(65) Die Relevanz ist erst einmal weniger das Problem als die Anordnung der Themenfelder und Inhalte. Die Struktur des aktuell gültigen RLP (von innen nach außen, von der Theorie zur Praxis) ist für sich genommen sehr schlüssig, die nun vorgeschlagene Fassung wirkt hingegen in Ihrer Anordnung etwas willkürlich. Ich halte es für verständlich, die SuS nicht mehr zu Beginn von Q1 mit einem langen historischen Abriss von Demokratiemodellen zu "erschlagen" und damit auch etwas von dem Schwung zu nehmen, der zu Schuljahresbeginn entstehen kann. Gleichzeitig sollte eine Auseinandersetzung damit, was Demokratie eigentlich ist, dennoch einen Raum zu Beginn des 1. Semesters einnehmen (z.B. Konkurrenz- versus Konkordanzdemokratie). Dass die EU gleichzeitig von einem eigenen Semesterthema auf ein Vertiefungsmodul zurückgestuft wird, wird der politischen Bedeutung der EU in keinster Weise gerecht. Einen größeren Fokus auf Wirtschaft und Gesellschaft zu legen, finde ich richtig, jedoch wäre es meiner Ansicht nach dem Fach und den zu unterrichtenden Inhalten angemessener, beide Themen in ein Semester zusammenzulegen und daraus jeweils ein Basismodul zu machen. Es sollte nicht vergessen werden, dass die SuS aktuell in Klasse 10 bereits die Soziale Marktwirtschaft unterrichten und in der nun vorgeschlagenen Fassung des RLP im darauffolgenden Schuljahr dasselbe Thema wieder unterrichtet wird (im Fach Geschichte ist normalerweise wenigsten ein Schuljahr Pause zwischen zwei gleichen Themen). Dies ist im aktuellen RLP auch schon so, das Problem hat sich aber durch das neu eingeführte Fach Politische Bildung in der Mittelstufe in den letzten Jahren erst so richtig konkretisiert. Von einer verpflichtenden Szenariotechnik in Q4 möchte ich dringend bitten abzusehen und diese sicherlich spannende Methode eher als ein Vertiefungsmodul anzubieten. Insgesamt geht mir persönlich die Neuausrichtung des RLP zu sehr in die Richtung "Sozialkunde" und zu weit weg von der Politikwissenschaft (was sich vielleicht auch schon in der neuen Namensgebung "Politische Bildung" ausdrückt, die ich ebenfalls für unglücklich halte). Für mich war es bislang eine klare Stärke des Landes Berlin, einen wirklichen LK im Fach Politikwissenschaft anzubieten. Es ist sicherlich schade, dass die Volkswirtschaft oder die Soziologie normalerweise keine eigenen Leistungskurse als Vorbereitung auf ein mögliches Studium haben und finde daher, wie bereits geschrieben, eine Stärkung beider Themenfelder innerhalb der Politikwissenschaft richtig (oder auch der Geografie), aber es sollte eben auch innerhalb der Politikwissenschaft bleiben.

(66) Ein Großteil der Gesetzgebung erfolgt auf europäischer Ebene. Dies spiegelt der RLP nicht wieder. Das Vertiefungsmodul reicht nicht, da nicht verpflichtend.

(67) Ich finde es schade, dass das extrem relevante Themenfeld Medien herausgefallen ist! Wirtschaft ist an unserer Schule ein gesondertes Fach und würde sich doppeln. Die kritische Medienkompetenz ist leider, bis auf die Nutzung der Sozialen Netzwerke wenig ausgeprägt. Fake News, Chat GPT, Influencer uvm. bestimmten jedoch den Alltag der Jugendlichen und daher ist es aus meiner Perspektive fatal, diesen Aspekt in unserem Fach zu vernachlässigen. Es sollte definitiv ein Basismodul sein.

(68) In Q2 ergibt sich ein konkurrierendes Problem mit dem Grundkurs Wirtschaft. Bei uns am OSZ muss der GK Wirtschaft durchgängig belegt werden. Das Basismodul 1 in Q2 wird komplett durch den Grundkurs Wirtschaft abgebildet und wird dadurch für uns überflüssig. Daher wäre es zum einen schön, wenn im Rahmenlehrplan eine Formulierung zu finden wäre, dass bei gleichen Inhalten die Fachschaften untereinander Absprachen treffen können, sodass sich Inhalte nicht doppeln, sodass auch auf ein Basismodul unter Umständen verzichtet werden kann.

(69) Q4 zu wenig politisch im Vergleich zu Q1-Q3

(70) Wirtschaftspolitik ein ganzes Semester zu widmen finde ich persönlich zu viel. Demokratie dagegen in einem Semester zu vermitteln und sowohl Deutschlandpolitik (Wahlen, Institutionen etc.) wie auch Europapolitik ansprechend und tiefgründig darzustellen ist dann nicht mehr möglich.

(71) Themenfeld Wirtschaftspolitik Basismodul 1 (Q2) verletzt mit Blick auf das Alter der Schüler die postulierte Lebensnähe und eine fundierte Urteilsbildung dürfte an den mangelnden Vorkenntnisse scheitern.
An Beruflichen Gymnasien ist Wirtschaft ein eigenständiges Fach und wird teilweise von allen Schülern belegt. Problem: starke inhaltliche Überschneidungen bis hin zu Doppelungen. Wirtschaftspolitik wird im Fach Wirtschaft erst in Q3 bzw. Q4 unterrichtet.
Vorschlag: Basismodul 1 (Q4) ist sehr lebensnah und könnte getauscht werden mit Basismodul 1 Wirtschafts- und Konjunkturpolitik (Q2).
Anmerkung zur Bezeichnung von Basismodul 1 (Q4): Bitte um neutrale Formulierung

(72) Einführungsphase: Fragestellungen bilden nicht das Niveau der Oberstufe ab, sondern entsprechen Fragestellungen von MSA-Prüfungen und grenzen zu stark ein; keine klare politische Problemorientierung --> bitte ändern (Themenvorschläge, aber keine kleinschrittige Fragestellungen)
Qualifikationsphase: vorgeschlagene Themenfelder und Inhalte sinnvoll

(73) Das Thema "Gleichheit" hat nicht die behauptete Relevanz, um ein Semester zu füllen. Es weicht so thematisch vom Kernbereich ab und tendiert in Richtung Zeitgeistgedöns.

(74) Demokratie- und Europabildung werden besonders hervorgehoben, jedoch nur dem Themenfeld Demokratie wird ein Semesterthema zugestanden. Das ist widersprüchlich. Auch Europa muss ein Semesterthema sein, hingegen Wirtschaft ließe sich in jedem Themenfeld integrieren. Der Inhalt des 4. Semesters wirkt wie eine Notlösung, die Überhöhung der Methode Szenariotechnik ist übergriffig.

(75) • PW wird umbenannt in PB, damit schon Hinweis auf den Geist des neuen RLP: weniger wissenschaftlich, oberflächlicheres Arbeiten -> Der Name macht den Geist aus
• Dem Thema EU wird zu wenig Raum gegeben, erscheint nur im Vergleich mit BRD. Ist aber v.a. zum Verständnis von Gesetzgebungsprozessen unerlässlich. Wenn man die Struktur der EU nicht verstanden hat, läuft letzteres auf ein Auswendiglernen von entsprechenden Flussdiagrammen hinaus, ohne vertieftes Verständnis für die Prozesse.
• Sehr bedauerlich ist der Wegfall der politischen Theorien, weil hier die Grundlagen für das Verständnis unserer heutigen Verfasstheit gelegt werden. Ebs. Einüben von Streitkultur, Erlernen von Fachbegriffen.
• Q1 ist massiv überfrachtet, dadurch steht oberflächliche Behandlung zu befürchten.
• Extremismus fehlt, damit auch Gefahren für die Demokratie, Gegner der Demokratie; dadurch auch fehlende Möglichkeit, Verständnis für aktuelle politische Entscheidungen zu entwickeln.
• Gut zwar: Wirtschaftspolitik als eigener Punkt, aber dieser Punkt geht auf Kosten der Behandlung v.a. der EU – es wird einem anderen Fach ¼ der Zeit eingeräumt, dafür steht dem eigenen Fach für wichtige Inhalte nicht genügend Zeit zur Verfügung.
• Unterpunkt „Zukunft in 20 Jahren“ möglich wie bisher als „Quo vadis EU?“. Aber: Eine Zukunftswerkstatt funktioniert nur mit solider Datenbasis, es fällt schwer, dazu eine Prüfung zu entwickeln, Zentralabitur ist nicht gut vorzubereiten; erscheint als Blick in die Kristallkugel und damit in der wissenschaftlichen Behandlung fraglich.

(76) 1. In Q2 gibt es eine inhaltliche Überscheidung mit dem Fach Wirtschaft am BG.
2. Thema Wirtschaft entspricht nicht der Erfahrungswelt der SuS.
3. Thema Wirtschaft verdrängt das ganz wichtige Thema EU auf mögliche Vertiefungsmodule.

(77) Problematisch erscheint die Situation für SuS, die nur im GK das 3. und 4. Semester Geschichte belegen müssen und durch die neue inhaltliche Schwerpunktsetzung (Q2 und Q3) nicht mehr mit der Errichtung der NS-Diktatur und ihrer Herrschaft konfrontiert werden.

(78) Gerade die Beschreibung der Einführungsphase (S. 15f) sollte eindeutiger den entsprechenden Jahrgängen/Schulen zugewiesen sein. Hier handelt es sich um Schulen, die G9 haben (in Berlin/Brandenburg eigentlich G7).

Diesbezüglich sind die Themenvorschläge der zwei Vertiefungsmodule sehr spezifisch formuliert.

Mit Erschrecken habe ich festgestellt, dass im Basismodul 1 der Q1 Demokratietheorie stark gekürzt und in den fakultativen Teil verschoben worden ist. Oft lediglich kontextuell erkennbar. Äußerst schade (und nicht sinnvol!)!

Die Hinweise in "Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung" sind meiner Meinung nach nicht notwendig.

Q2 nun vollständig Wirtschaft? Könnte und sollte kritischer sein! Zudem fehlen nun klare Hinweise zur verpflichtenden Grundlagenvermittlung zum Politischen System der BRD (Ja, Faktenwissen, aber auch das muss manchmal sein).
Selbiges gilt für Q3 - hier einmal erwähnen, dass EU als solches Pflichtthema ist.
Kein und keine ABiturient:in sollte die Schule verlassen, ohne darüber mal Informationen in der politischen Bildung erhalten zu haben.

Alles in allen ist aber die Offenheit und die Anpassung an "moderne", lebensnahe Themen sehr gelungen. Aspekte wie Rassismus, Kolonialismus, Antisemitismus, feministische Ansätze und so weiter finden Erwähnung. Sehr gut!

(79) Q1 ist masiv gefüllt - wenn es nicht auf der deklaratorischen Ebene bleiben soll, reicht die Zeit nicht, Demokratietheorie, Staatsaufbau, EU problemorientiert zu unterrichten.

(80) Gerade im Fach Politische Bildung sollten die Schüler*innen konsequent über die Auswirkungen des europäischen und deutschen Kolonialismus auf international (ungleiche) Beziehungen und multilaterale Strukturen informiert werden.Hier sollten die Folgen des Kolonialismus/Imperialismus in allen Basismodulen behandelt werden.

(81) Die Öffnung des Faches von Politikwissenschaft hin zu Politischer Bildung in Berlin ist grundsätzlich zu begrüßen sowie die damit verbundene Öffnung hin zu einem weiten Politikbegriff. Die Orientierung am alten Brandenburger RLP in der Neukonzeption des RLP für BB und BE ist auch vor diesem Hintergrund sehr gut nachvollziehbar. Folgende Punkte möchte ich bezüglich der Themenfelder und ihrer Anordnung zu bedenken geben:

1. Im Fachbereich wurde die Kritik geäußert, dass die Thematisierung von Demokratie, System BRD und EU Q1 überlastet. Für besonders kurze Semester (wie im aktuellen und kommenden Schuljahr) ist dieser Einwand überaus berechtigt. Die Integration der EU in dieses Semester erscheint hingegen sehr sinnvoll. Als Hinweis an Berliner Kritiker dieser Ausrichtung: Am alten RLP von BB war dies bereits zuvor schon so angelegt.

2. Der Fokus auf das Themenfeld Wirtschaft in Q2 ist vor dem Hintergrund der Öffnung zu einem weiten

Fach Politische Bildung ebenso als sinnvoll zu bewerten. Die Benennung des Themenfeldes als "Wirtschaftspolitik" erscheint jedoch fragwürdig. So ist zum einen zu fragen, inwiefern es berechtigt, einem ausgewählten Politikfeld (hier Wirtschaftspolitik) den Rang eines eigenen Themenfeldes einzuräumen, anderen relevanten Politikfeldern (wie Klima- und Umweltpolitik, Sozialpolitik, Außenpolitik) nicht (oder zumindest nicht über die begriffliche Bezeichnung als solches). Zum anderen sind die ausgewählten Inhalte des Themenfeldes weiter als das, was unter dem Begriff der Wirtschaftspolitik fällt (z.B. Fragen/Diskurse alternativer Wirtschaftsformen, Folgen des Kolonialismus, ...). In der Wissenschaft würde niemand die Volkwirtschaftslehre oder die Politische Ökonomie (um die es hier ja vielmehr geht) mit dem Politikfeld Wirtschaftspolitik gleichsetzen. Deshalb möchte ich vorschlagen, zu prüfen, ob die Bezeichnung des Themenfeldes als "Wirtschaft" nicht dem Inhalt und Anliegen des Themenfeldes besser gerecht wird. Die Bezeichnung von VM3 "Folgen des Kolonialismus" weckt so den Eindruck einer historischen Thematisierung; hier wäre ggf. die Betitelung "Folgen des Kolonialismus in der Gegenwart" sinnvoller.

3. Sollte das Themenfeld Globales Regieren in Q3 unterrichtet werden, so sollte angesichts der Länge des Semesters geprüft werden, ob nicht die Theorien der Internationalen Beziehungen (zumindest für den LK) in das Basismodul BM1 aufgenommen werden.

4. Das Themenfeld "Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung" ist grundsätzlich als gewinnbringende Neuerung für den Unterricht in Berlin zu begrüßen und trägt ebenso der Öffnung hin zu einem weiten Fachverständnis politischer Bildung Rechnung. Die Betitelung wirft jedoch Fragen auf: Wieso wird bei diesem Themenfeld von "Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung" gesprochen? (Mehr-)Perspektivität als zentrales didaktisches Prinzip der politischen Bildung sollte doch in allen Themenfeldern zum Tragen kommen. Ebenso ist zu fragen, wieso in diesem Themenfeld die Module als Fragen formuliert werden, in den anderen Themenfeldern jedoch als Stichworte. Insgesamt sehe ich in diesem Themenfeld auch im Vergleich zum alten BB RLP, in dem das Themenfeld "Gesellschaft" bereits berücksichtigt wurde, auch inhaltlicher Ebene eine Verschlechterung. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass soziale Ungleichheit aus demokratietheoretischer Sicht eine der Schlüsselherausforderungen unserer Gesellschaft darstellt, erscheint mir dieser inhaltliche Abbau als problematisch. Ich möchte deshalb bitten, folgenden Änderungsvorschlag zu prüfen: (i.) Das Themenfeld Gesellschaft sollte wie bisher bereits in BB unter dem Titel "Gesellschaft" unterrichtet werden.; (ii.) Die Festlegung verbindlicher Inhalte für das Themenfeld sollte noch einmal geprüft werden; hier kann der alte BB RLP als Orientierung dienen; Verknüpfung mit demokratietheoretischen Fragen sozialer Ungleichheit/Gerechtigkeit; dabei durchaus Berücksichtigung des projektorientiert angelegten BM2 aus dem neuen RLP; (iii.) Das Themenfeld sollte aufgrund seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung wie bisher auch bereits in BB erfolgt weiter in Q3 unterrichtet werden. Das Themenfeld der Internationalen Politik/IB ("Globales Regieren") weiterhin Q4; durch den nachvollziehbaren Wegfall der Fragen der Globalisierung in BE ergibt sich damit in Q4 auch ausreichend Raum für die Thematisierung von Fragen internationaler Politik.

Schulberaterin/Schulberater

Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter

(82) Die Bedeutung der Europäische Union wird inhaltlich nicht angemessen berücksichtigt.

(83) Besonders das Fachsemester 4 (Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen) ist inhaltlich wenig überzeugend, da es in großen Teilen in anderen Fachsemestern bereits bedient wird.

Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag

Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(84) Relevante Aspekte für ein pluralistisches Zusammenleben werden überwiegend berücksichtigt. Allerdings sollten zivilgesellschaftlichen und nicht-staatlichen Bewegungen, Organisationen und Strukturen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Globale Verantwortung und zukunftsfähige Handlungskompetenz Schule und Politikunterricht hat die Aufgabe, Schüler*innen auf eine „offene Gesellschaft, … die von... Interessenpluralismus geprägt ist, urteils- und handlungsfähig“ vorzubereiten. Der Fachteil C fokussiert daher auf die Stärkung der politischen Mündigkeit und Handlungskompetenz der Schüler*innen. In einer globalisierten Welt sollte allerdings die globale Verantwortung von Individuen, Gruppen, (global agierenden) Konzernen und staatlichen sowie transnationalen Akteur*innen berücksichtigt werden. Es ist von Bedeutung, ein Bewusstsein für globale Gerechtigkeit und die Systeme zu entwickeln, die deren Einhaltung gewährleisten. Daneben ist es essenziell, Schüler*innen zu system- und machtkritischem sowie zukunftsfähigem Denken und Handeln zu befähigen. Rolle der Zivilgesellschaft Politik sollte als ein Instrument zur Gestaltung lokaler und globaler Gerechtigkeit und Veränderung verstanden werden. Zivilgesellschaft spielt für eine stabile Demokratie und für die globale, nachhaltige Entwicklung eine enorme Rolle. Der aktuelle Entwurf des Fachteils misst diesem Aspekt zu wenig Bedeutung bei. Anthropozän und Klimawandel Die Auswirkungen des Anthropozän und des Klimawandels auf die Einhaltung von Menschen- und Naturrechten sollten stärker betonen werden, um Reflexions- und Handlungskompetenzen zu entwickeln. Weitere Ergänzungen 3.1, S. 15, Schwerpunkte der Kompetenzentwicklung in der Einführungsphase Ergänzung: „Die Lernenden entwickeln Vorlagen für Entscheidungsfindung oder Lösungsoptionen.“ 3.1., S. 16, Basismodul: Thematisierung eines aktuellen Konflikts Nicht alle Herausforderungen sind stets nur als Konflikt zu betrachten, sondern als gemeinsame

Herausforderung, die einen Dialog erfordern. Der Titel sollte daher um die Punkte „…, aktuelle Entwicklungen und Prozesse“ erweitert werden.
3.1, S. 16, Vertiefungsmodul: weitere mögliche Inhalte

Folgende Inhalte sollten erweitert werden:
• „Kostet der Patentschutz Menschenleben? Die Diskussion um öffentliche Güter am Beispiel der Gesundheitspolitik“, erweitern um: „am Beispiel von Epidemien und Pandemien“. Epidemien und Pandemien werden zunehmen (z.B. Corona), daher sollte dies betrachtet werden.
• „Was bedeutet solidarische Nachbarschaft? Die Beziehungen zwischen Europa und z.B. Afrika, Lateinamerika oder Asien“

Folgende Inhalte sollten aufgenommen werden:
• Klimafolgen: Welche Auswirkungen hat die Veränderung des Klimas auf die Gesundheit, globale Sicherheit, Migration und Flucht und die globale Entwicklung? Vergleiche, wie sich die Folgen auf den Globalen Norden und den Globalen Süden unterschiedlich auswirken? Welche politischen Maßnahmen könnten eine Balance schaffen?
• Planetare Grenzen, Kipp-Elemente und Globale Gemeinschaftsgüter – Internationale Zusammenarbeit neu denken. Welche Maßnahmen sind zur Eindämmung des Klimawandels umgehend weltweit umzusetzen?
• Klimapolitik, Ökonomie und Energie: Welche Politiken sind zur Stabilisierung des Klimas und eines gerechten, globalen Wohlstands erforderlich?
• Landnutzung, Ernährung, Wasser & Ökosysteme: Wechselbeziehungen und Politiken für eine globale, nachhaltige Entwicklung, weltweit.
• Was braucht es zum guten Leben in Berlin? Daseinsvorsorge in der Großstadt.
• Globale Migration und Flucht: Ursachen, Folgen und politische Verbesserungen.
• Wann, wie und zu welchem Zweck wurden bzw. werden Menschen zu anders- und fremdartigen, sowie minderwertigen und gefährlichen Wesen gemacht und welche Auswirkung hatte bzw. hat das für diese Menschen bzw. welche Funktion hat das für die gesamte Gesellschaft? Eine Analyse aus politik-, rechts- und sozialwissenschaftlicher Sicht.
• Antidemokratische und demokratiefeindliche Einstellungen und Bewegungen. Was braucht es für eine stabile Demokratie?
• Die Welt 2050. Wie wollen wir in Berlin und als Menscheit eigentlich leben? Welche politischen Maßnahmen braucht es umgehen?
• Die Auswirkungen der Überalterung von Gesellschaften auf nationale Politiken am Beispiel Deutschlands oder Japans. Wo bleiben die Rechte der Kinder?

3.2., S. 17, Themenfelder und Inhalte für die Qualifizierungsphase
3.2.1 Demokratie – Basismodul 1, S. 19: Partizipation und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik und der EU
“Anhand aktueller Beispiele und gesellschaftlicher Debatten ...”
• im Absatz „Anhand aktueller Beispiele und gesellschaftlicher Debatten…“ zu ergänzen „Kindern“, Jugendlichen und jungen Erwachsenen…“
• „der Einfluss von Akteuren…“ sollte um „und Rolle von Akteuren“ erweitert werden.
• „Demonstrationen, Proteste, ziviler Ungehorsam”:
o ergänzen: Soziale Bewegungen
o beispielhaft kann auf die Demonstrationen der Hinterbliebenen des NSU-Terrors oder der Angehörigen des Anschlags in Hanau im Jahr 2020 verwiesen werden, alternativ Bürgerrechtsbewegungen thematisiert werden
• Politische Entscheidungsfindung: Die Bedeutung und Rolle der Zivilgesellschaft wird nicht deutlich genug betont; verschiedene Formen zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit, wie z.B. auch Selbstorganisationen, sollten aufgezeigt werden

• Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Bewegungen und Parteien
• Grenzen für Minderheitengruppen: Strukturelle Diskriminierung und der Ausschluss von diskriminierten Gruppen wird nicht genug behandelt
• „Dabei werden die legalen Grenzen der Partizipation thematisiert […]“: Fragen rund um Wahlrecht und Ausschlüsse von Bevölkerungsteilen aufgrund von fehlender Staatsbürgerschaft, Alter etc. thematisiert werden
• Versammlungsfreiheit und Einschränkung dieser

3.2.1 Demokratie - Basismodul 2, S. 19: Grundwerte und Verteidigung der Demokratie im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung
• Absatz: „Anhand eines oder mehrerer Fallbeispiele“ sollte die Frage ergänzt werden: Der Begriff „Rasse“ im Gesetz. Sollte dieser gestrichen werden?
• „Ideologien der Ungleichwertigkeit“: weitere Diskriminierungsformen ergänzen, wie Adultismus, Klassismus, Heteronormativität – Queer- und Transfeindlichkeit. (Bezug zur Berliner Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (IGSV) herstellen)
• Missverständliche Formulierung, wenn Sozialen Medien nur als Instrumente zur Unterstützung antidemokratischer Entwicklungen gesprochen wird. Social Media bietet auch Möglichkeiten des demokratischen und konstruktiven Austauschs und Debatte, Vernetzung, Zugang zu multiperspektivischen Wissensständen.

3.2.1 Demokratie - Vertiefungsmodul 1, S. 20: Theoretische Grundlagen der Demokratie
• Demokratietheorien ausweiten (Befreiungstheorien, Postkoloniale Demokratietheorien), außereuropäische Theorien berücksichtigen
• Beispiele aufnehmen wie Anton Wilhelm Amo und Frederick Douglass als theoretische Reformansätze

3.2.1 Demokratie - Vertiefungsmodul 2, S. 20: Demokratie in der EU
• Ergänzung: Verletzung demokratischer Grundwerte bzw. Menschenrechte durch die EU selbst? (z.B. am Beispiel Frontex)
• Ergänzung: Partizipationsmöglichkeiten, Rolle und Grenzen der europäischen Zivilgesellschaft in der EU

3.2.1 Demokratie - Vertiefungsmodul 3, S. 20: Politische Systeme im Vergleich
• Partizipationsmöglichkeiten: ergänzen „Grenzen zivilgesellschaftlicher Partizipation“
• Partizipationsmöglichkeiten: Hierbei sollten Partizipationshürden bestimmter Gruppen (z.B. Drittstaatenangehörige, die nicht wählen dürfen) thematisiert werden.
• Vergleich politische Systeme innerhalb Europas, oder auch mit Ländern im Globalen Süden wie z.B. Südafrika, Botswana, Chile, Uruguay
• Vergleich der EU in Abgrenzung zur AU oder ASEAN aus Perspektive dieser Regionen

3.2.2. Wirtschaftspolitik, S. 22
Gerade in Zeiten wachsender sozialer und globaler Ungleichheit sollten Bereiche wie die Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik stärker berücksichtigt werden.
Abgesehen vom Vertiefungsmodul 2 „Beispiele für Marktversagen und alternativen Wirtschaftsformen“ basiert das Grundverständnis des Moduls unreflektiert einem neoliberalen Wirtschaftssystem. In den Basismodulen fehlt eine kritische Betrachtung imperialer Wirtschaft; Kapitalismus wird als Konzept nicht erklärt und kritisch analysiert. Ferner sollten Themen behandelt werden wie Alternatives, nachhaltiges Wirtschaften bzw. Wirtschaftsmodelle, oder Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit.
Ergänzung bei „Spannungsverhältnis“: Wirtschaftswachstum “und sozialem Ausgleich sowie planetarer Grenzen”.

3.2.2. Wirtschaftspolitik – Basismodul 1, S. 22: Wirtschafts- und Konjunkturpolitik

• Es fehlt eine grundsätzliche Grundladenvermittlung zu Kapitalismus und Marktwirtschaft.
• Postulat des Wachstums? Wirtschaft (-spolitik) wird hier einseitig kapitalistisch und wachstumsorientiert definiert. Wir empfehlen, die Kritik am „grenzenlosen Wachstum“ und die Grenzen des Wachstums zu diskutieren. Entsprechend sollten auch alternative Wirtschaftsmodelle, Plurale Ökonomik (Kritik am Homo Ökonomikus), Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit und Kapitalismuskritik thematisiert werden.
• Zudem vorschlagen wir eine neutralere Definition vor: Die Betrachtung des Wirtschaftens widmet sich der Frage, wie Institutionen und Handlungen, der planmäßigen Entscheidung über knappe Ressourcen zur Deckung der menschlichen Bedürfnisse dienen können.

3.2.2. Wirtschaftspolitik – Basismodul 2, S. 23, Globaler Handel
• „IWF, Weltbank….“: Die Kritik u.a. des globalen Südens, zivilgesellschaftlicher Akteure oder Think Tanks an diesen Institutionen thematisieren.
• “Alternative Konzepte zur Förderung der Nachhaltigkeit im Rahmen der SDG“: Kritikpunkte an der Agenda 2030 und den SDG aufgreifen.
• Schutzfaktoren im Globalen Handel für z.B. die Einhaltung der Menschenrechte
• Zum besseren Verständnis der heutigen Wirtschaftspolitik scheint es lohnenswert, sich einer historischen Entwicklung der Globalisierung zu widmen (heutiges Spannungsfeld zwischen Globaler Norden und Globaler Süden). Dies ermöglicht eine kritische Beurteilung von globalen Machtstrukturen in der Wirtschaftspolitik.
• (Historische) Machtstrukturen im globalen Handel thematisieren (neokoloniale Wirtschaftsverhältnisse im Rahmen der Lieferketten, Währungspolitik, Freihandel etc.).
3.2.2. Wirtschaftspolitik – Vertiefungsmodul 1, S. 23: Wirtschaftspolitische Ziele von Parteien und Verbänden
Wie wird aus ökonomischer Macht politische Macht? Marktmacht und Zugangsmöglichkeiten von Lobbygruppen, familiengeführten Großunternehmen oder transnational agierenden Konzernen.

3.2.2. Wirtschaftspolitik – Vertiefungsmodul 2, S. 23: Beispiele für Marktversagen und alternativen Wirtschaftsformen
• Auseinandersetzung mit Kapitalismuskritischen Ansätze.
• Theoretischen Konzepte: ergänze Alternativen wie „New International Economic Orders“.
• Konzepte der Solidarischen Ökonomie als Alternative vorstellen.

3.2.2. Wirtschaftspolitik – Vertiefungsmodul 3, S. 23: Folgen des Kolonialismus
Dieses Vertiefungsmodul wird außerordentlich begrüßt. Allerdings sollte die gesamtgesellschaftlichen Folgen des Kolonialismus querschnittsartig in allen Basismodulen und Vertiefungsmodulen thematisiert werden. Ergänzung:
• Auseinandersetzung Neo-Kolonialismus
• Gesellschaftliche Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen in ehemaligen Kolonien und ehemaligen Kolonialmächten
• Auswirkungen des Kolonialismus z.B. Geopolitische Entwicklungen oder auf die Strukturen der UN, UN-Gremien
• Panafrikanismus, z.B. als globaler Wirtschaftsfaktor
• Auch, wenn nicht Folge des Kolonialismus: Wirtschaften vor der Kolonisierung auf dem afrikanischen oder südamerikanischen Kontinent

3.2.2. Wirtschaftspolitik – Vertiefungsmodul 4, S. 23/24: Klima und Wirtschaftspolitik vor Ort
• Klimapolitik und globale Folgen (Flucht, Migration)
• Beispiele hinzufügen zur Auseinandersetzung von Klima- und Wirtschaftspolitik (z.B. Grüner Wasserstoff)

3.2.3. Globales Regieren
Die beiden Basismodule befassen sich mit der Analyse eines aktuellen internationalen Konfliktes sowie mit aktuellen globalen Herausforderungen. Wir empfehlen ein Basismodul zur Erarbeitung von Ideen für globale Gerechtigkeit und eine friedliche Welt. Danach sollten sich die Schüler*innen mit den konkreten Konflikten und Herausforderungen auseinandersetzen.
Das Modul Globales Regieren kreiert ein insgesamt recht technisches, systemorientiertes Narrativ, als ginge es beim Globalen Regieren nur um das Lösen von Konflikten und Problemlagen. Globales Regieren sollte als konstruktives Instrument betrachtet werden, das zur Verbesserung von Lebensbedingungen beiträgt.
3.2.3. Globales Regieren – Basismodul 1, S. 26: Internationale Konflikte und Friedenspotenziale
Wir begrüßen grundsätzlich die Nutzung der Methode der Konfliktanalyse im Basismodul 1.
Die Expertisen und Perspektiven aus dem Globalen Süden, oder eines betroffenen Landes/ einer Region oder zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sollten berücksichtigt werden, wie z.B. Möglichkeiten der Konfliktlösung durch die Vereinten Nationen (Grenzen des Sicherheitsrats) oder der NATO, Kritik am Völkerrecht anhand des TWAIL-Ansatzes (Third World Approaches to International Law)
Die Analyse von Ursachen für Konflikte sollte ergänzt werden.

3.2.3. Globales Regieren – Basismodul 2, S. 26: Aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze
Ergänzungen bei vorhandenen Themen:
• „Umweltfragen und Energiepolitik“: Erweiterung durch Klima
• „Hunger und Armut“: hier wird die Verantwortung individualisiert. Ursachsenforschung sowie geopolitische Ursachen oder politische Verantwortlichkeiten sollten berücksichtigt werden, wobei nationale wie internationale Ursachen analysiert werden sollten.
• „Menschenrechten“: Gruppenbezogene Menschenrechte (UNDRIP) in Analyse mit aufnehmen
• „Rolle transnationaler Akteure“: zu den internationalen Abkommen sollten ergänzt werden die Bandung Konferenz 1955, die Durban Konferenz 2001, das Weltsozialforum

Ergänzung weiterer Fallbeispiele für globale Herausforderungen:
• Vergleiche Ergänzungen unter Pkt. 3.1, S. 16, Vertiefungsmodul: weitere mögliche Inhalte
• Analyse der Zukunftsfähigkeit von (politischen) Systemen oder Gremien
• Zeitalter des Anthropozän und dessen Folgen
• Demokratiefeindlichkeit international
• Shrinking Spaces für Zivilgesellschaft: Wie autoritäre Systeme voneinander lernen und Mechanismen zur Gegensteuerung
• Einhaltung von Kinderrechten – eine vergleichende, internationale Analyse
• Umgang mit historischen Unrechtssystemen und Verbrechen

3.2.3. Globales Regieren – Vertiefungsmodul 1, S. 27: Die Länder des globalen Südens als weltpolitische Akteure
Das Ziel dieses Moduls erschließt sich nicht.
• Länderbeispiele: Perspektiven kleiner oder Kleinst-Staaten aus Afrika, Asien und Lateinamerika sollten mit aufgenommen werden
• Vergleich der Handlungsfähigkeit von großen und (sehr) kleinen Staaten
• Veränderung der Weltordnung und der Dynamik internationaler Politik: beispielhaft könnten Unabhängigkeitskämpfe ehemaliger Kolonien, das Nachwirkungen des Kolonialismus auf deren Staatsgründung sowie deren Möglichkeiten und Grenzen als heutige weltpolitische Akteure betrachtet werden

3.2.3. Globales Regieren – Vertiefungsmodul 3, S. 27: Globale Fragen/ Konflikte in den Medien
• Rezeption der Ereignisse in Medien / Dominierende Narrative und Bilder: Kriegs- und Friedensjournalismus nach Johan Galtung

• Vorherrschende/ Unterrepräsentierte Perspektiven: ergänze: Perspektiven von Klimageflüchteten oder Afro-Deutscher Menschen
• Ergänzung: Soziale Medien als Instrument zur Herstellung von Frieden: Aufzeigen von Menschenrechtsverletzungen;
• Ergänzung: Soziale Medien als Instrument zur Vernetzung/ Austausch während Konflikte (Arabischer Frühling; Grüne Bewegung im Iran)

3.2.3. Globales Regieren – Vertiefungsmodul 4, S. 27: Globale Sicherheit: Bedingungen für eine friedlichere internationale Ordnung
Angesichts globaler Herausforderungen wie Ressourcenknappheit, Epidemien/ Pandemien, Hunger etc. sollte das Konzept der „Globalen Sicherheit“ bzw. Sicherheitspolitik die Themen Human Security, menschliche Sicherheit ergänzen sowie die Verknüpfung von Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik wie traditionelle Sicherheitspolitik, Menschliche Sicherheit, Globale Gesundheitssicherheit, Klimasicherheit, Flucht- und Migration, Friedens- und Konfliktpolitik, Internationale Zusammenarbeit/ Diplomatie, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit berücksichtigen
Kritische Auseinandersetzung mit Rüstungsexporten oder Nichteinhaltung von Menschenrechten

3.2.4. Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung – Basismodul, S. 29
Die Basismodule begrüßen wir aufgrund ihrer inhaltlichen Auseinandersetzung sowie ihres methodischen Ansatzes, insbesondere der Szenariotechnik.
Die Aufzählung „Räumlichen Reichweiten (Bezirk/ Region, Deutschland, Europa, Welt“ sollte um das Konzept der Zeitlichen Dimension erweitert werden (vgl. Prof. Annette Scheunpflug, Die globale Dimension einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, in: Loccumer Pelikan (2/2022).

3.2.4. Welches Ausmaß an sozialer Gleichheit….. - Basismodul 1, S. 30
Die Formulierung des Titels „Welches Ausmaß an sozialer Gleichheit ist erstrebenswert?“ ist äußerst problematisch, da sie den Eindruck erweckt, eine gewisse Ungleichheit sei akzeptabel. Dies steht im Widerspruch sowohl zu den Allgemeinen Menschenrechten als auch dem verbrieften Recht auf gleichberechtigte Teilhabe aller. Alternative Titel lauten „Was ist soziale Gleichheit?“ oder “Wie kann soziale Ungleichheit reduziert werden?” vor.
• Was ist Ungleichheit? Gründe für Ungleichheit.
• Auseinandersetzung mit Begriffen und Konzepten von Gleichheit und Gleichgerechtigkeit bzw. Ungleichheit und Ungerechtigkeit.
• Analyse und Reflexion sozialer Ungleichheit: Ungleichheit in der eigenen Schule analysieren und erörtern
• Die Auseinandersetzung mit dem Konzept sozialer Ungleichheit sollte Themen wie “Globale Ungleichheit und globale Gerechtigkeit“ berücksichtigen, die Auseinandersetzung mit Gerechtigkeit sollte Fragen der „Klimagerechtigkeit“, „Zukunftsgerechtigkeit“, „Chancengerechtigkeit“ oder “Generationengerechtigkeit” diskutieren.
• Thematische Auseinandersetzung mit Themen wie „Intersektion Migration und Armut“, „Klasse bzw. Klassismus und Armut“ in der nationalen Gesellschaft.
• Vergleich von Ungleichsituationen national und international

3.2.4. Wie wollen wir in 20 Jahren leben? - Basismodul 2, S. 30
Zu ändern in: Wie wollen wir in 50 Jahren leben? Angesichts zahlreicher Herausforderungen, die umgehende und langfristige Strategien und Maßnahmen zur Bewältigung erfordern, sollte der Betrachtungszeitraum auf 50 Jahre ausgedehnt werden. Die Auswirkungen der Klimakrise und des Anthropozäns, einschließlich ihrer Folgen für Migration, den Verlust von Biodiversität und Lebensraum, die Belastung von Demokratien, sowie die Gefährdung der Einhaltung von Menschenrechten etc. erfordern eine umfassendere Perspektive und Lösungsansätze.
Der sozial-ökologischen Transformation sollte mehr Bedeutung zugemessen werden, da sie eine grundlegende Frage dieser Zeit ist.

Ergänzungen zu den Themenvorschlägen für die Szenarioentwicklung:
insgesamt sollte in dem Themenvorschlag weitere „globale“ Themen hinzugefügt werden, wie:
• Zu 1: Wandel der Lebensformen: Klassismus und die Rolle von Armut in der deutschen Gesellschaft: Wie wird sich die Situation in 50 Jahren darstellen?
• Zu 2: Postmigrantische Gesellschaft:
o Die Schönheit einer postmigrantischen Gesellschaft
o Wie gestaltet sich die dekoloniale Gesellschaft?
• Zu 5: Leben im Kiez:
o Leben in Berlin, in Großstädten oder Metropolen, oder Mega-Cities: Infrastruktur, (Nicht-) Zugänge, Wohnverhältnisse im Vergleich.
o Zugangsmöglichkeiten und Grenzen des Global Citizen und der Global Citizenship.
o Kindsein in Berlin 2050

Weitere Themenvorschläge:
• Wie sollte sich die Globalisierung in 50 Jahren gestalten?
• Was ist globale Gerechtigkeit?
• Betrachtung außereuropäischer Perspektiven: Welche Vision von Zukunft haben Menschen im Globalen Süden?
• Anthropozän und seine Folgen
o Auswirkungen auf Frauen*, marginalisierte Gruppen, rassifizierte Menschen, Kinder, Migrierte Menschen, etc.
o Auswirkungen auf Gesundheit, oder dem Umgang mit Pandemien und Epidemien
• Gelebte Globalität bzw. Intersektionalität: Die Lebensrealität der Berliner Schüler*innenschaft – Wie wollen wir in Berlin in 50 Jahren leben?
• Demokratie und Partizipation in 50 Jahren
• Adultismus und Ageismus

3.2.4. Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung, S. 31
Ergänzt werden sollte “Zukunft gestalten durch visionäres Denken entwickeln”. Die Herausforderungen der heutigen und künftigen Zeit erfordern das Entwickeln von Alternativen. (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag)

(85) Es sind mehr Möglichkeiten für den Perspektivwechsel durch die inhaltliche Auseinandersetzung, die Vielfalt von Quellen sowie die Thematisierung von politischen, ökologischen und ökonomischen Machtverhältnissen und historischen Kontextualisierung zu gewährleisten.
Inhaltliche Änderungsvorschläge lauten daher:
Zu 3.1 Schwerpunkte der Kompetenzentwicklung
Ergänzen: es bedarf den analytisch-kritischen Umgang mit Quellen, auch bei der biografischen Arbeit mit den Schüler*innen;
Zu 3.2 Themenfelder und Inhalte für die Qualifikationsphase
Allgemeiner Kommentar: Gerade im Geschichtsunterricht sollte die koloniale Vergangenheit und gegenwärtige Kontinuitäten als Querschnitt in allen Modulen verankert werden. Da die Auseinandersetzung mit Kolonialismus nur als Wahlpflicht auf dem Lehrplan steht, empfehlen wir, in den anderen Modulen zumindest Beispiele dieses historischen Kontextes zu implementieren.
Q1 - Basismodul 1: Revolutionen
In Bezug auf die drei ausgewählten Revolutionen scheint es wichtig, die für den hier betrachteten Zeitraum und in unmittelbarem Zusammenhang mit der französischen Revolution stehende Revolution in Haiti nicht nur im Leistungskurs zu erarbeiten, da sie die 1804 zur ersten Unabhängigkeit einer Kolonie führte. Dieses historische Ereignis kann als Auslöser für die Unabhängigkeitsbewegungen in ganz Mittelamerika im 19. Jahrhundert und als Wendepunkt in der Weltgeschichte gewertet werden.
Die Auseinandersetzung mit Widerstandskriegen gegen Kolonialismus (Maji-Maji-Krieg gegen die

deutsche Ko-lonialherrschaft) ist ebenso ein denkbar zu betrachtendes Thema. Zudem stellt die Beschränkung auf drei Bei-spiele aus dem Globalen Norden eine eurozentrische Geschichtsvermittlung dar.
Anhand dieser Revolution können koloniale Kontinuitäten aufgezeigt werden und darüber hinaus Bezüge zu den Fächern Geografie und PB hergestellt werden.
Unter „Amerikanische Revolution“ sollte „Schwarz“ bei „Position der schwarzen Bevölkerung“ großgeschrieben werden. Vgl. Quelle: Jamie Schearer, Hadija Haruna, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Über Schwarze Menschen in Deutschland berichten, Blogbeitrag, 2013.
Q1 Basismodul 2:
Versklavungshandel und Kolonialismus sollten im Grundkurs verpflichtendes Thema sein, wenn es um globale Entwicklungen seit dem 16. Jahrhundert geht. Das Wissen um Kolonialismus ist essentiell, denn Kolonialismus hat die Grundlagen für viele der heutigen globalen Strukturen gelegt und die gegenwärtige Globalisierung in vie-lerlei Hinsicht geprägt.
Koloniale Herrschaft wird zudem als rein ökonomisches Verhältnis dargestellt. Gesellschaftliche, soziale, kultu-relle und (geo-)politische Elemente von Kolonialismus und Rassismus werden nicht benannt und keinen Bezug zu gegenwärtigen geopolitischen Macht - und Herrschaftsverhältnissen gezogen.
Eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung könnte der Kolonialismus als Voraussetzung für die Industrialisie-rung sowie die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Europa und Nord-Amerika sein. Dies sollte als Grundlagenwissen zu Beginn vermittelt werden.
Hier ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem Fach Philosophie denkbar, um den Zusammenhang zwi-schen der Rolle der Philosophie in Bezug auf rassistische Theorien und der Selbstverständlichkeit der Erobe-rung und Ausbeutung der Welt zu verdeutlichen.
Q1 Vertiefungsmodul 1:
Hier sollte verdeutlicht werden, wieso sich antike Ideen nicht auf Europa beschränken, sondern es einen Wis-sensaustausch zwischen Afrika und Europa gab; außerdem fehlt eine kritische Reflexion der philosophischen
“Aufklärung” und ihrem Beitrag zur Entwicklung rassistischer Ideologien, der Ausweitung des Versklavungshan-dels, der Ausbeutung von Mensch und Natur. Ergänzt werden könnte zudem die Entstehung des rassistischen Menschenbilds zur Zeit der Aufklärung, die Vorstellung von Menschenrassen, Rechtfertigungstheorien für men-schenverachtenden Umgang mit versklavten Menschen und dem Beitrag der europäischen Philosophie der Auf-klärung für die Entwicklung rassistischer Theorien.
Auch hier ist ein fächerübergreifendes Arbeiten mit dem Fach Philosophie möglich.
Q1 Vertiefungsmodul 2:
- “Entdeckungsfahrten” sollte durch “Eroberung” zumindest erweitert werden;
- dem Beispiel “Städtebund Hanse” fehlt ein kritisches Pendant zu “Erfolge und Einflussnahme”;
- neben der Ostindischen Kompanie sollte ein Beispiel aus dem deutschen Kaiserreich genannt werden, z.B. die Welser Kolonie (1528-1546) im heutigen Venezuela. Das genannte Beispiel externalisiert nicht die koloniale Verantwortung, sondern zeigt auf, dass deutschsprachige Akteur*innen bereits weit vor der offiziellen Kolonisierung im europäischen Imperialismus eingebunden waren und davon profitiert haben;
- die Rolle der kurbrandenburgischen Kolonie Großfriedrichsburg im heutigen Ghana sollte im transatlan-tischen Versklavungshandel behandelt werden
- Handelsbeziehung zwischen Frankreich und Hispaniola 1697-1804
- Handelsbeziehungen Deutsches Reich - Kamerun 1884 bis 1919
Q1 Vertiefungsmodul 3:
Es ist für eine vergleichende Geschichtsanalyse sinnvoll, globale Medizingeschichte zu behandeln und insbe-sondere die medizingeschichtlichen Beiträge des arabischen Raums zu thematisieren. Dies ermöglicht auch, die westliche Wissenschaftshegemonie zu relativieren; im Bereich Medizingeschichte könnte auch die Entwick-lung von Impfstoffen in kolonialen Kontexten thematisiert werden; als ein Exkursionsort schlagen wir den Lern- und GeDenkOrt Alt-Rehse vor.
Q1 Vertiefungsmodul 4:

Die komplexe und vielschichtige Rolle von Religion im Kontext des Kolonialismus wird unterbelichtet und nur beispielhaft (wieder externalisiert, diesmal in Bezug auf Spanien) thematisiert. Der Beitrag deutscher Missions-gesellschaften und der generelle Einfluss der christlichen Missionierung auf das Verhältnis zwischen Menschen, zwischen Mensch und Natur, die Durchsetzung von Moralvorstellungen sowie Heteronormativität sollte hier be-handelt werden.
„Indianermanifest“: Diese rassistische Bezeichnung sollte unbedingt vermieden werden. Es sollte mit dem Ori-ginaltitel gearbeitet werden und nicht mit einem rassistischen Synonym.
Q1 Vertiefungsmodul 5:
wichtiges Modul, welches verpflichtend sein sollte, um die Rolle des Deutschen Kaiserreichs in der Welt und die bis heute bestehenden globalen Machthierarchien und wirtschaftlichen Strukturen, entstanden auch durch die koloniale Vergangenheit Europas, zu vermitteln; bei den inhaltlichen Beispielen sollte der deutsche Kolonialis-mus explizit ausformuliert werden, z.B. durch die Benennung der Berliner Afrika-Konferenz.
Das deutsche Kolonialreich sollte ein Schwerpunkt des Moduls sein, insbesondere die Verbrechen Deutscher im heutigen Namibia und Tansania. Beschönigende Formulierungen sollten zugunsten einer rassistische oder dis-kriminierungssensible Sprache überarbeitet werden, z.B. “gewaltvolle Inbesitznahme von Land und Menschen”.
Hochimperialismus und kolonisierte Räume in Asien:
- "Boxeraufstand" ist ein diskriminierender Begriff, der abfällig auf die Kampfkunst der Yihetuan zielt. Der Aufstand könnte als Yihetuan-Aufstand bezeichnet werden.
- Zu ergänzen wäre die Auseinandersetzung des russischen Zarenreichs in Asien und dessen Auswirkun-gen
weitere Ergänzungen von Inhalten
- Abolitionismus (Abschaffung des transatlantischen Handels mit versklavten Menschen, Durchsetzung auf dem Atlantik)
- Unabhängigkeitsbewegungen in Süd- und Mittelamerika im 19. Jh.
- Geschichte der Versklavung (z. B. Transatlantischer Dreieckshandel, Groß Friedrichsburg im heutigen Ghana, Hamburg als Profiteur des Zuckerrohrhandels, etc.)
- Kolonialtoponym: Benennung von ehem. Kolonien oder kennenlernen von Orten, die aufgrund ihrer Rohstoffe ausgebeutet wurden (Elfenbeinküste, Brasilien) oder nach europäischen Königen (Philippi-nen, Kolumbien, Amerika, Victoriasee, etc.)
Q2 Gesellschaftliche Kräfte und die Entwicklung von Staaten im Spannungsfeld zwischen Demokratie, Diktaturen und Krieg
Basismodul1: Gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen und ihre Entwicklung bis in die Weimarer Republik
Bei dem Beispiel der Geschlechterverhältnisse ist darauf hinzuweisen, dass die “Frauenbewegung” in Deutsch-land nicht homogen, sondern auch sehr durch migrantisierte Personen geprägt war; zudem bietet es sich an, die Forderungen der Frauenbewegung zu analysieren und deren Umsetzung zu betrachten. Hier könnte ein Ver-gleich geschlossen werden zu Themen, die heute noch erkämpft werden müssen. Anhand dieser Beispiele las-sen sich globale Kämpfe der Frauenbewegung betrachten und Intersektionalität mit anderen Formen der Diskri-minierung, Klassifizierung oder Rassifizierung analysieren.
Hier sollte der antikoloniale Kampf, der besonders in Berlin sehr präsent war, aufgeführt werden, denn in der Weimarer Republik avancierte Berlin zur postkolonialen Metropole in einer weitgehend kolonialen Welt. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren Migrant*innen aus den von Deutschland aberkannten Kolonien in Afrika in der Stadt präsent. In der Folge wurde Berlin auch für zahlreiche Akteur*innen aus dem nordafrikanischen, asiatischen und arabischen Raum zu einem Anziehungspunkt (als Beispiele: Dibobe Petition, Gründung der “Liga gegen den Im-perialismus”, 1925)
Der Geschichtsunterricht hat das Potenzial, Räume herzustellen, politische Diskurse in geschichtliche Kontinui-täten einzuordnen – dies ist ebenso eine Kompetenz, die in allen Modulen wichtig zu bedenken ist. Insbeson-dere in Modul „Q2 - Gesellschaftliche Kräfte und die Entwicklung von Staaten im

Spannungsfeld zwischen De-mokratie, Diktaturen und Krieg“ (S. 35) könnten reale Gefahren für die Demokratie herausgearbeitet werden (z. B. Verbindung zwischen heutigem Rechtsextremismus und der Geschichte Deutschlands herstellen).
Basismodul 2:
Um die Ideologie der NS-Verbrechen vertiefend zu verstehen, ist es hilfreich, die Verwobenheit mit den Koloni-alverbrechen sowie den zu der Zeit entstandenen Ideologien und Vorstellung von der Überlegenheit weißer Menschen, sowie dem etablieren von Pseudowissenschaften zu vermitteln. Daher sollte das Vertiefungsmodul Q1 5 verpflichtend sein;
Vertiefungsmodul 1: Kontinuitäten im Schulsystem und die mangelnde Aufarbeitung der zu der Zeit etablierten Strukturen sollte hier thematisiert werden;
Vertiefungsmodul 2: “Nachkriegsordnung in Europa” sollte auch die nicht geleisteten Reparationen an die Men-schen in den Kolonialgebieten sowie den Kolonialsoldaten, die im Ersten Weltkrieg gekämpft haben, behandeln;
Vertiefungsmodul 5: Es fehlt die Einbeziehung von kolonisierten Ländern abseits von Indien; In diesem Modul sollte der Afrikafeldzug erwähnt werden, da das Deutsche Reich direkt beteiligt war; unter diesem Punkt könnte auch die Beteiligung afrikanischer Soldaten in den Weltkriegen aufgegriffen werden; außerdem sollten Verbre-chen der Achsenmächte explizit aufgeführt werden (Konzentrationslagern in Algerien, Kolonialverbrechen in Äthiopien);
Eine fächerübergreifende Zusammenarbeit z.B. mit dem Fach Englisch ist sehr gut vorstellbar. Gelesen werden könnte die Lektüre “Burma Boy” von Biyi Bandele.
Q3: Zeitgeschichte nach 1945
Basismodule
Es wird nicht ausreichend ausgeführt, welchen globalen Einfluss die Auflösung der beiden Hauptmächte des Kalten Krieges auf Allianzen mit Ländern des Globalen Süden und den damit einhergehenden Unabhängigkeits-bewegungen in diesen Ländern hatte;
Basismodul 1
Vertiefungsmodul 1:
Grundsätzlich fehlt eine Auseinandersetzung mit Unabhängigkeitskämpfen kolonisierter Gebiete.
Vertiefungsmodul 4:
Es fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit dem globalen kapitalistischen System, welche aus kolonialen Strukturen gewachsen ist und bis heute für eine extraktivistische Ökonomie sorgt, die die Grundlage ökologi-scher Probleme ist;
Vertiefungsmodul 5:
Auseinandersetzung mit der Frage, welche Verantwortung Bürger*innen Deutschlands aus den Nationalsozia-listischen Verbrechen ziehen sollten. Ebenso könnte an dieser Stelle ein Bezug zu gesellschaftlicher Positionie-rung und Privilegien hergestellt werden, da diese viel mit Biografie und Familiengeschichte zusammenhängen. Dies sollte allerdings in Begleitung durch Expert*innen nicht im Unterricht stattfinden.
Es bedarf einer diversitätssensiblen Vorbildung von Lehrkräften. Eine langfristige Begleitung durch externe Ex-pert*innen wird dringend empfohlen, um aufkommende Konflikte aufzufangen zu können. Die Lehrkräfte sollten bereits in der Ausbildung umfangreich in diversitäts- und diskriminierungssensiblen Fragen geschult werden;
Ergänzendes Vertiefungsmodul:
Seit 1946 wurden nahezu alle kolonialisierten Gebiete in Afrika und Asien unabhängig. Die Dekolonisierung Af-rikas, Asiens und Südamerikas benötigt ein eigenes Vertiefungsmodul. Die Unabhängigkeitsgeschichte ist ent-scheidend, um heutige Migrationsbewegungen, Migrationsgesellschaften und Abhängigkeitsverhältnisse wie
auch Afro-Deutsche Identitäten zu verstehen.
Q3: Basismodul 2 – Die beiden deutschen Staaten 1945/49–1990 und der Einigungsprozess
Es empfiehlt sich beim Thema „Migration, Stimmen der Gast- und Vertragsarbeiter_innen“ die Auseinanderset-zung mit Rassismus oder Diskriminierung z. B. mit Hilfe von Filmen zu vermitteln und

sensibilisieren.
Im Bereich „Transformationszeit und Einigungsprozess“ sollten auch soziale Bewegungen für eine reformierte DDR vorgestellt werden, wie zum Beispiel die Frauengruppe Lila Offensive.
Q4 Basismodul: Geschichtskultur
Die Konkurrenz zwischen den Erinnerungskulturen ist hochproblematisch und es besteht die Gefahr, die Chance zu verpassen, in historischen Verwobenheit zu denken;
Ebenso wie bei der Auseinandersetzung mit dem NS-System und der SED-Diktatur sollten die Opfer der Koloni-alverbrechen sowie Formen des Widerstands behandelt werden. Formen des Widerstands der Bevölkerung soll-ten berücksichtigt werden. Ebenfalls sollten - analog zu NS und SED-Diktatur - Beispiele für die Erinnerung an-geführt werden.
Zudem sollte gelernt werden können kritisch zu hinterfragen, aus welcher Perspektive und mit welchem Ziel Ge-schichte erzählt wird und was Menschen aus der Darstellung ableiten können, um z.B. den Gefahren von Propa-ganda zu widerstehen.
Vertiefungsmodul1: Geschichtskultur im internationalen Vergleich
- Restitution und Reparation nicht nur auf Europa und den zweiten Weltkrieg, sondern auch auf die Kolo-nialzeit beziehen;
- Brasilien: 20.11. Tag des Schwarzen Bewusstseins
- Neuseeland: Matariki Day
Vertiefungsmodul 2: Historische Personen und Geschichtspolitik“
Auseinandersetzung mit weiteren historischen Personen ermöglichen, deren Biografien in Deutschland bisher weniger bekannt sind: Mahatma Gandhi, Nelson Mandela, Harriet Tubman, Frida Kahlo, Salvador Allende, Pat-rice Lumumba. (Bildungspolitischer Verein)

(86) Alternativen zum Kapitalismus sollten aufgezeigt und dieser auch kritisch hinterfragt werden.
Sexismus kommt nur als kleiner Unterpunkt vor, das muss stärker herausgearbeitet werden.
Ideologien der Ungleichwertigkeit (Antisemitismus, Sexismus oder Rassismus werden nur als Teil antidemokratischer Entwicklungen betrachtet und nicht als gesamtgesellschaftliches Problem. Außerdem fehlt Queerfeindlichkeit als Beispiel.
Es fehlt eine Einordnung, welche Aussagen im Grundgesetz zu Wirtschaftsformen trifft und welche nicht.

Basismodul 2: Es werden Grundrechte behandelt, aber es fehlen die Gleichheitsrechte.
Bei Partizipation fehlen NGOs und Zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Parteien und deren Jugendorganisationen. Außerdem fehlt partizipation im digitalen Raum.
Die Hürden für verschiedene Gruppen, zu partizipieren werden nicht behandelt: zB. Armut, Migrationshintergrund.
Es fehlt eine Einordnung, wie Populismus funktioniert und welche Rhetorik / welche Merkmale hier kennzeichnen.
Medienkompetenz und politische Kommunikation sowie deren Struktur sollte viel stärker behandelt werden.
Es wäre wünschenswert, Gesetzgebungsprozesse stärker an der Praxis zu beleuchten und hier auch konkrete aktuelle Beispiele inklusive medialer Berichterstattung verpflichtend zu behandeln. (Schüler:in)

(87) Basismodul 2: Der Rechtsextremismus muss stärker hervorgehoben werden.
Die Rolle von sozialen Medien enthält keine KI, diese sollte unbedingt aufgenommen werden.
Es ist unrealistisch, dass bei der Fülle der Themen selbst die Basismodule umfassend behandelt werden können.

Wirtschaftspolitik Modul 1: jedes Mal, wenn „Krise“ erwähnt wird, sollte auch über alternative Wirtschaftsformen (Planwirtschaft, ökologische Ökonomik) gesprochen werden.

Internationale Konflikte/Friedenspotentiale: Beteiligte Akteure sind auch Terrororganisationen, diese

fehlen.

Basismodul 2: Fokus auf Eigenverantwortung / Selbstermächtigung ist nicht passend ohne Begriffsklärung. Alternativ: Fokus auf langfristige Entwicklungszusammenarbeit und Selbstermächtigung.

Verhinderung erzwungener Migration: besser „Prävention und Verhinderung von Fluchtursachen“
Migration allgemein: Menschenrechtskonforme Migration ist ein komischer Begriff, „human“ wäre besser.
Demokratische Mitbestimmung taucht im Basismodul 1 nicht auf.

Vertiefungsmodul: Einfluss von INSM ist AFD / FDP .nah, diese sollte nicht genannt werden. Es fehlt ein Block zu Gewerkschaften sowie NGOs/Lobbyarbeit. Auch das Thema Korruption fehlt.
Perspektiven Gesellschaftlicher Entwicklung: Es fehlen Beispiele wie die Grundsicherung. Beim Basismodul 2 sollte LGBTQIA spezifischer genannt werden und nicht nur auf die „klassischen“ Lebensformen.
Politische Systeme Basismodul 1: Die Stabilität von Gewaltenteilung und Angriffe darauf sollten betrachtet werden.
Nicht nur soziale Medien, sondern auch „klassische“ Medien sollten bzgl. Meinungsbeeinflussung behandelt werden.
Auch andere Wirtschaftsformen neben dem Kapitalismus sollten besprochen worden. Oligopolisierung der deutschen Medienlandschaft (Springer, Bertelsmann, Holtzbrinck, Ganske etc) sollte behandelt werden.
Möglicher Exkurs zu aktiver politischer Beteiligung: Teilnahme an einer Demonstration zur Verteidigung der Verfassung. (Schüler:in)

(88) Sind sie, allerdings werden manche Dinge zu wenig besprochen. Gerade das Thema "Wirtschaftspolitische Ziele der Parteien" ist sehr wichtig. Es macht aber wenig Sinn, sich nur die Wirtschaftspolitischen Ziele anzuschauen, es ist wichtig zu wissen: Was wollen die Parteien denn? Nur so kann man sich eine gute Meinung bilden. Wenn man nur "Parteipropaganda" in den sozialen Medien mitbekommt, kann man sich auch schwer ein Bild machen. Es ist daher auch wichtig, die Methodik zu lehren, wie man sich Informationen beschafft. Man kann nur eine "politische Mündigkeit" erreichen, wenn man sich nach dem Abitur auch weiterhin gut auf dem Laufen halten kann. Daher ist zumindest ein Vertiefungsmodul zur Beschaffung vertrauenswürdiger Information dringend Notwendig (dieses Modul würde zu Q1, Demokratie passen) (Schüler:in)

(89) Mehr Fokus auf Rechtsextremismus und die Folgen (nicht die Chancen) des Klimawandels (Schüler:in)

(90) Gerade im Fach Politische Bildung sollten die Schüler*innen über die Auswirkungen des europäischen und deutschen Kolonialismus auf internationale Beziehungen und multilateralen Strukturen konsequent informiert werden. Daher fordern wir, dass die Folgen des Kolonialismus in allen Basismodulen betrachtet wird.

In Bezug auf alle vorgeschlagenen Themen möchten wir auf den Beutelsbacher Konsens hinweisen. Demnach müssen die Prinzipien Schülerorientierung, Kontroversität und das Überwältigungsverbot –im Unterricht stets beachtet werden. Es ist wichtig zu betonen, dass menschenfeindliche Ideologien keine Meinung darstellen, sondern die Grundrechte angreifen.
Nachfolgend möchten wir konkrete Veränderungs- /Verbesserungsvorschläge zu den Themen in den jeweiligen Basis- und Vertiefungsmodulen auflisten:
Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 11
Vertiefungsmodule: weitere mögliche Inhalte
Als weiteren Punkt folgendes Zitat einfügen:
„Wann, wie und zu welchem Zweck wurden bzw. werden Menschen zu anders- und fremdartigen, sowie minderwertigen und gefährlichen Wesen gemacht und welche Auswirkung hatte bzw. hat das für diese Menschen bzw. welche Funktion hat das für die gesamte Gesellschaft?“
Quelle kann laut Autor weggelassen werden: Atali-Timmer/Fereidooni/Schroth (2022): Rassismuskritische

Polizeiforschung – Eine Spurensuche. In: Daniela Hunold und Tobias Singelnstein (Hrsg.), Rassismus und Diskriminierung in der polizeilichen Praxis. Eine Bestandsaufnahme. Springer VS.

Q1. Demokratie (S.19 – 21)
Basismodul 1 – Partizipation und Entscheidungsprozesse
- Strukturelle Diskriminierung und Ausschüsse werden nicht benannt (z.B.: Wer ist bei den Abgeordneten (nicht) repräsentiert? Wer wird Richter*in) Wer hat Entscheidungsmacht?)
- Einfluss von Akteuren auf politische Entscheidungen: Zivilgesellschaft nochmal deutlicher differenzieren, Selbstorganisationen benennen
- Spiegelstrich ergänzen: Antidemokratische Parteien/Bewegungen in einer Demokratie; die „junge Alternative“ sollte thematisiert werden
- „Demonstration/ Proteste, ziviler Ungehorsam“ – hier sollten auch Bürgerrechtsbewegungen thematisiert werden; bspw. könnte auf die Demonstrationen der Hinterbliebenen des NSU-Terrors verwiesen werden.
- „Dabei werden die legalen Grenzen der Partizipation thematisiert […]“ (S.19): Hier sollten eher Fragen rund um Wahlrecht (Ausschlüsse von Bevölkerungsteilen aufgrund von Staatsbürgerschaft, Alter etc.) besprochen werden anstelle von legalen Protestformen
- Ergänzen: Scheinbeteiligung und Instrumentalisierung erkennen

Basismodul 2: Grundwerte und Verteidigung der Demokratie
- Bei „Versammlungsfreiheit“ auch die Einschränkung von Versammlungsfreiheit thematisieren
- Die Rolle von sozialen Medien wird hier durchweg negativ dargestellt, es fehlt die differenzierte Analyse – dies ist sehr unausgewogen, da es ein zentrales Medium ist für Information und Vernetzung; daher sollte hier auf jeden Fall eine ausgewogenere Darstellung von Sozialen Medien eingebracht werden, z.B. wenn es um Vernetzung innerhalb von Communities geht, Empowerment, Zugang zu multiperspektivischen Quellen etc.)
- Medienkompetenz als Punkt ergänzen (Einfluss von KI und Algorithmen; Diskriminierungen durch KI-Systeme)
- Bei „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ fehlen Adultismus, Klassismus, Heteronormativität, Queer- und Transfeindlichkeit (bei Letzterem kann auch der Bezug zu Berliner Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (IGSV) hergestellt werden)
Vertiefungsmodul 2: Demokratie in der EU
- Inhaltlich fehlt die Kritik an der EU (z.B. Demokratiedefizit? / Menschenrechtsverletzungen der EU – Stichwort Frontex)
- Hinzufügen: Reflexion der Rolle der EU in der Welt unter Berücksichtigung diverser Quellen (z.B. auch in Bezug zu anderen Regionalverbünden wie der Afrikanischen Union)

Vertiefungsmodul 2: Politische Systeme im Vergleich
- Hierbei sollten Partizipationshürden bestimmter Gruppen (z.B. Drittstaatenangehörige, die nicht wählen dürfen“ thematisiert werden.

ERGÄNZUNGSVORSCHLAG:
Vertiefungsmodul 4: Folgen des Kolonialismus
- Gesellschaftliche Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen in ehemaligen Kolonien und ehemaligen Kolonialmächten
- Geopolitische Auswirkungen des Kolonialismus z.B. auf die Strukturen der UN, UN-Gremien)
- Panafrikanismus

Q2 – Wirtschaftspolitik (S.22 -24)
Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum Wirtschaftspolitik als Politikfeld eine derart hohe Priorität erhält, insbesondere im Vergleich zu anderen wichtigen Bereichen wie der Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik. Das Grundverständnis scheint hier ein neoliberales Wirtschaftssystem zu favorisieren. In

den Basismodulen gibt es keine kritische Betrachtung des Themas Wirtschaft; der Begriff Kapitalismus kommt in den Rahmenlehrplänen überhaupt nicht vor, was zu einer Normalisierung und Objektivierung dieses Konzepts führt.
Es ist essenziell, dass alternative Wirtschaftsmodelle und Plurale Ökonomik, die auch eine Kritik am Konzept des Homo Oeconomicus beinhalten, in den Basismodulen thematisiert werden. Darüber hinaus sollten Themen wie Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit und eine generelle Kapitalismuskritik ebenfalls berücksichtigt werden.
- Grundsätzlich die Frage, warum Wirtschaftspolitik als Politikfeld so eine Priorität bekommt, z.B. im Vergleich zu Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik; Grundverständnis ist ein neoliberales Wirtschaftssystem
- Es gibt keine kritische Betrachtung des Themas Wirtschaft in den Basismodulen; der Begriff Kapitalismus kommt nicht in den Rahmenlehrplänen vor à Normalisierung und Objektivierung des Konzepts
- Alternative Wirtschaftsmodelle, Plurale Ökonomik (Kritik am Homo Oeconomicus), Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit und Kapitalismuskritik sollten in en Basismodulen thematisiert werden.

Basismoduls 2: Globaler Handel:
- Die Nutzung von konkreten Beispielen, wie Lieferketten etc. sollten hinzugefügt werden; exemplarisches Arbeiten verdeutlicht und erhöht die Zugänglichkeit der Inhalte
- Fehlende historische und konzeptionelle Herleitung von Globalisierung (Spannungsfeld zwischen Globaler Norden und Globaler Süden) auch um eine kritische Beurteilung von Machtstrukturen zu ermöglichen
- Koloniale Kontinuitäten im globalen Handel thematisieren (neokoloniale Wirtschaftsverhältnisse im Rahmen der Lieferketten, Währungspolitik, Freihandel etc.)
- Bei der Rolle von Akteuren wie IWF und Weltbank sollte die Kritik des globalen Südens an diesen Institutionen sollte aufgenommen werden
- „Alternative Konzepte zur Förderung der Nachhaltigkeit im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG)“ (S.23): Hier sollten direkt Beispiele eingefügt werden: Kritik an Entwicklungspolitik (Post-Development Theory als Alternative zu Entwicklung; Entwicklung von Unterentwicklung)
- Menschenrechtsschutz im Globalen Handel

Vertiefungsmodul 1: Wirtschaftspolitische Ziele von Parteien und Verbänden
- Hier sollten als politische Akteure auch zivilgesellschaftliche Akteure und die Rolle der Zivilgesellschaft im demokratischen System thematisiert werden; auch in Bezug auf Wirtschaftspolitik (z.B. Attac; Initiative Lieferkettengesetz etc.).
- Die Macht von Lobbygruppen z.B. die Familienunternehmer thematisieren. Es sollte aufgezeigt werden, wie aus ökonomischer Macht politische Macht wird.

Vertiefungsmodul 2: Beispiele von Marktversagen und alternative Wirtschaftsformen
- Kapitalismuskritische Ansätze werden nicht direkt benannt
- Bei den theoretischen Konzepten sollte auch das Model „New International Economic Orders“ als Beispiel genannt werden
- Konzepte der Solidarischen Ökonomie als Alternative vorstellen

Vertiefungsmodul 3: Folgen des Kolonialismus
Begrüßenswert das es jetzt ein Vertiefungsmodul gibt, dies sollte in allen Themenfeldern (Q1- Q4) als ein Vertiefungsmodul genannt werden
- Beispielhaft könnte bei den Wirtschaftlichen Entscheidungen der nationalen Regierungen und die Folgen der Punkt Währungspolitik/Geldpolitik genannt werden (CFA-Franc)
- Neokolonialismus und Afrika vor der Kolonialisierung mit in das Curriculum aufnehmen. Häufig

startet die Geschichte des afrikanischen Kontinents mit der Kolonialisierung.
Vertiefungsmodul 4: Klima und Wirtschaftspolitik vor Ort
- Hinzufügen: Klimapolitik und globale Folgen (Flucht, Migration)
- Beispiele hinzufügen zur Beurteilung von Klima- und Wirtschaftspolitik (z.B. Grüner Wasserstoff?)

Q3 Globales Regieren (S. 25-28)
- Perspektiven und Akteure aus dem Globalen Süden kommen kaum vor, und wenn dann eher als „Zusatz“, nicht als gleichberechtigte Perspektive,
- Gerade in den Beispielen, können diese nochmal deutlich gestärkt werden
o Basismodul 1 – Völkerrecht: TWAIL-Ansatz (Third World Approaches to International Law)
- Kritik des globalen Südens an den Vereinten Nationen am Beispiel des Sicherheitsrats thematisieren.

Basismodul 1: Internationale Konflikte und Friedenspotentiale
- Globale Sicherheit als Machtpolitik thematisieren: es fehlt die tiefergehende Analyse der Ursachen

Basismodul 2: Aktuelle globale Herausforderungen und Lösungsansätze
- Bei Hunger, Armut (S.2 6) hinzufügen_ „geopolitische Ursachen von Armut“; hier sollten interne und externe Faktoren explizit benannt werden
- Bei Menschenrechte (S. 26) hinzufügen: Geschichte der Menschenrechte, Gruppenbezogene Menschenrechte (UNDRIP)
- Hierarchisierung der Akteure; Auslassung von Akteuren wie Konzerne und Zivilgesellschaft
- Die Rollte transnationaler Akteure (S.26): neben dem Klimaabkommen von Paris, sollte auch die Bandung Konferenz 1955 und Durban Konferenz 2001 genannt werden; ebenfalls Weltsozialforum hinzufügen

Vertiefungsmodul 1: Die Länder des Globalen Südens als weltpolitische Akteure
- Die Perspektiven des Globalen Südens sollten ein Querschnitt bei allen Punkten sein
- Die Länderbeispiele sind die BRICS-Staaten ohne Russland: hier sollten auch andere Länder als Beispiele genannt werden, wie beispielsweise Ghana, Nigeria, Guinea oder Namibia.
- Veränderung der Weltordnung und der Dynamik internationaler Politik (S. 27): Hier könnte auch direkt der Unabhängigkeitskampf der ehemaligen Kolonien mit den unterschiedlichen Staatsmodellen, die Nachwirkungen des Kolonialismus auf die Staatsgründung und die postkoloniale Position thematisiert werden.

Vertiefungsmodul 3: Globale Fragen / Konflikte in den Medien
- Hinzufügen als erstes Stichwort: Kriegs- und Friedensjournalismus (Johann Galtung)

Vertiefungsmodul 4: globale Sicherheit: Bedingungen für eine friedlichere internationale Ordnung
- Kritik an deutschen / europäischen Rüstungsexporten

Q4: Perspektiven Gesellschaftlicher Entwicklung (S. 29-31)
Basismodul 1: Welches Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit ist erstrebenswert?
- Der Titel sollte unbedingt geändert werden. Die Formulierung der Überschrift den Eindruck erweckt, dass ein gewisses Maß an Ungleichheit akzeptabel ist. Dies widerspricht sowohl den allgemeinen Menschenrechten als auch dem verbrieften Recht auf gleichberechtigte Teilhabe aller. Alternative Titel wären "Was ist soziale Gleichheit" oder "Wie kann soziale Ungleichheit verringert werden?“ oder „Wie können wir soziale Ungleichheiten reduzieren?“;
- Die Intersektion von Migration und Armut sollte thematisiert werden.
- Klassismus und die Rolle von Armut in unserer Gesellschaft sollte eingefügt werden.

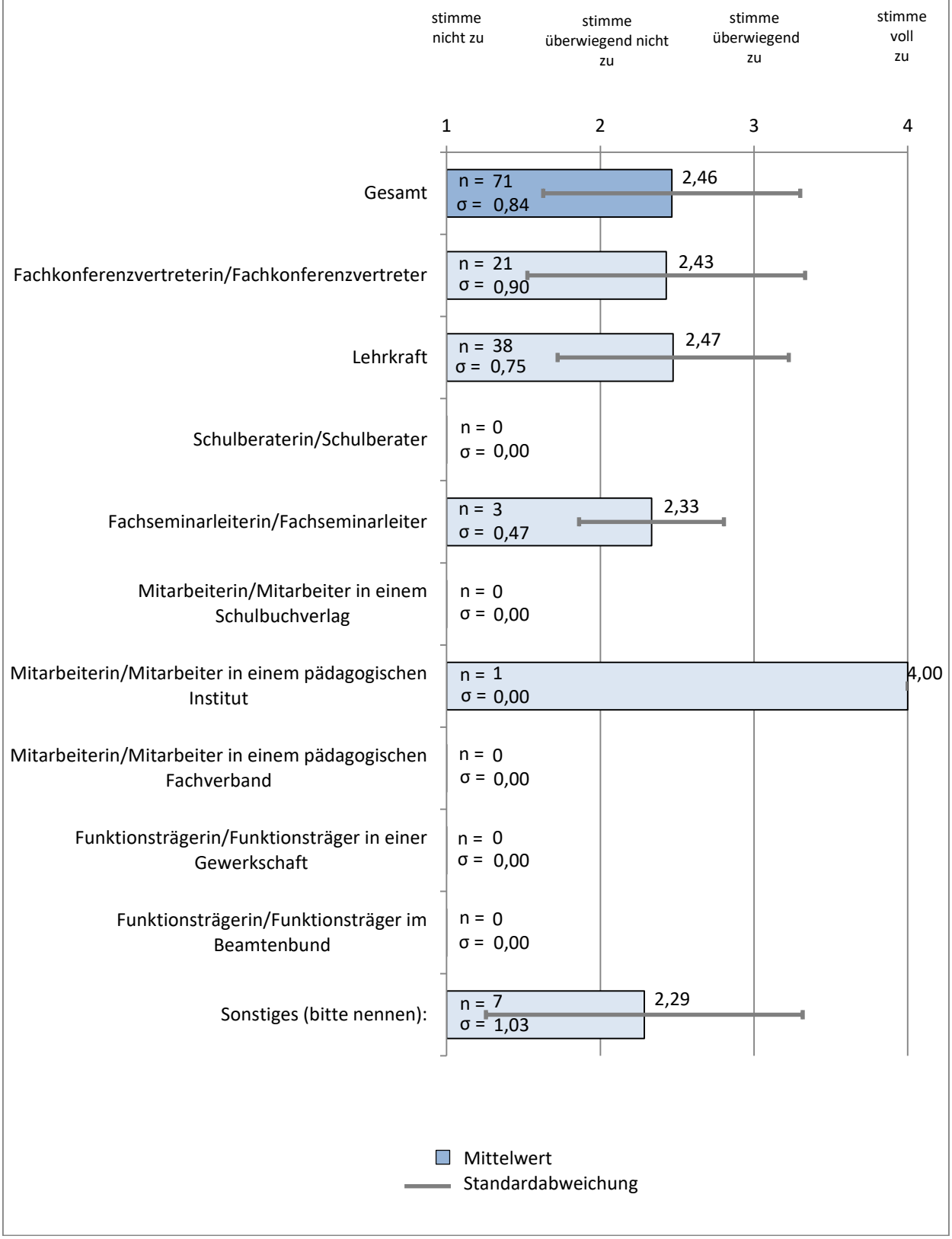
Basismodul 2: Wie wollen wir in 20 Jahren leben?
- Hier sollte die Frage hinzugefügt werden, wie eine gerechte (globale) Ordnung aussehen kann
- Bei dem Stichwort postmigrantische Gesellschaft kann auch noch dekoloniale Gesellschaft hinzugefügt werden
- Der Punkt sozial-ökonomische Transformation sollte nach oben geschoben werden, da es eine essenzielle Frage unserer Zeit ist
- Gelebte Globalität: Hier sollte der Lebensweltbezug der Schüler*innenschaft in ihrer Diversität herstellen (Decolonize Berlin e.V.)

(91) Sinnvolle Modernisierung!
Beispielhaftes Unterrichtsmaterial/Klausuren zu Konfliktanalyse, Politikzyklus, Urteilskategorien, Planspiel im Anhang mit EWH ergänzen. Viele fachfremde KuK sind sehr unsicher in der Anwendung und würden den Einsatz gerne vermeiden. Sie brauchen Orientierung. Selbst in der Regionalkonferenz wurde ein Klausurtyp, der eher den Deutschklausuren entspricht, favorisiert, der nicht der aktuellen Politikdidaktik entspricht und mehrsprachigen Schüler:innen keine Möglichkeiten auf ein gutes Klausurergebnis eröffnet, obwohl sie im AFB II und III gut sind.
Q1 Genauer ausführen, wie die komplexe Verbindung von System BRD und EU gelingen kann. Beide Themen benötigen in der Behandlung viel Raum und Vernetzung gelingt oft nicht.
Bei Q1 ergänzen: Bei "möglicher Kompetenzentwicklung" unbedingt die Organisation und Durchführung von U16-/U18-Wahlen ergänzen. Ebenfalls die Kontaktaufnahme zu Parlamenten (Europaparlament, Bundestag, Abgeordnetenhaus, BVV) bzw. thematisch von SuS vorbereitete Gespräche mit einzelnen MdEs, MdBs oder MdAs bzw. in größerer (Talk-)runde verpflichtend machen, damit schon in der Schule Realpolitik und Wahlen eine wichtige Rolle spielen und sich die KuK nicht dieser wichtigen Aufgabe entziehen.
Q4 - Es besteht großer Fortbildungsbedarf zu den Inhalten im Kollegium. Evtl. daher auch noch konkreter im RLP werden. (Fachbereichsleitung)

(92) So aktuelle sachen wären cool so ya (Schüler:in)

3.5 Zeitliche Umsetzung der Themenfelder und Inhalte

Die für Grund- und Leistungskurse vorgeschlagenen Themenfelder und Inhalte können in 3-stündigen Grundkursen bzw. 5-stündigen Leistungskursen zeitlich gut umgesetzt werden.



Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(93) In jedem Kurshalbjahr werden daher mindestens ein außerschulischer Lernort besucht/bzw. außerschulische Lernangebote genutzt. - Widerspruch zur Q4 -> Besuche sind untersagt, aufgrund der Kürze und des Abiturs
(94) "In jedem Kurshalbjahr werden daher mindestens ein außerschulischer Lernort besucht/bzw. außerschulische Lernangebote genutzt." - Widerspruch zur Q4 -> Besuche sind untersagt, aufgrund der Kürze und des Abiturs
(95) Basismodul 1 ist aufgrund der Kürze des Semesters bis Weihnachten in einigen Schuljahren, die erst Ende August oder Anfang September beginnen, nicht schaffbar - insbesondere , da dort auch Aspekte der EU eingebunden werden müssen. Die Aspekte des Basismuduls 1 beinhaltet die Grundlagen von allen anderen Semestern und müssten daher vertiefter bearbeitet werden können. Basismodul 2 könnte dagegen deutlich gekürzt werden. Das Basismodul 4 ist durchaus erstrebenswert allerdings ist es für jahrgangsübergreifende Kurse in kleinen Oberstufenzentren problematisch, da dem jüngeren Jahrgang noch einige Grundlagen fehlen.
(96) Wollte man insbesondere Q2 und Q3 nach den Vorgaben unterrichten stellt sich die Material- und Quellengrundlage als äußerst schwierig dar und verführt entweder zu "Stammtischgesprächen" (dünne Materiallage) oder zu absoluten Zeitmangel (wenige, sehr anspruchsvolle Materialien/Quellen), die Urteilen kaum ermöglichen.
(97) Insbesondere Q1 lässt nicht genug Zeit für die vielfältigen Themen.
(98) Problematisch ist die inhaltliche Überfrachtung von Q1
(99) Das erste Semester ist inhaltich zu dicht. Hier sollen die politischen Institutuionen auf nationaler und internationaler europäischer Ebene, Demokratiearten, Einfluss von Akteuren (Lobbyismus) und antidemokratische Positionen und Grtundrechte thematisiert werden. Das ist im kurzen 1. Semester nicht leistbar. Es wird alles nur oberflächlich behandelt. Es werden nach dem alten RLP 2,5 Semester in ein einziges Semester gequetscht. Dafür wird das Semesterthema "Wirstschaft" zu ausführlich im langen zweiten Semester behandelt.
(100) Q4 ist eventuell trotz Verzicht auf die Vertiefungsmodule zu überladen. Zur Erstellung eines umfassenden Szenarios innerhalb eines Projektes (z.B., im Rahmen des "Lernen durch Engagement" /LdE bzw. Service Learnings) sollte hier ein ganzes Semester Zeit gegeben werden. Evtl. ließe sich in den RLP einbauen, dass im Falle eines größer angelegten Projektes das Basismodul 1 zum möglichen thematischen Schwerpunkt des Basismoduls 2 werden kann, im Falle der Wahl eines thematischen Schwerpunktes aus den anderen Semestern dieses jedoch auch ausgelassen werden kann.
(101) Ganz wichtig zu beachten. Es ist dringend erforderlich, dass das Fach Politik ! im Abitur dezentral bleibt. Sonst können die Themnfelder nut oberflächlich behandelt werden. das wäre null zielführend!
(102) Angesichts des Klientels muss die Lehrkraft dann versuchen, didaktisch zu reduzieren.
(103) Das dürfte im Grundkurs nur bedingt gelingen, am ehesten, wenn ein Vertiefungsmodul, bzw. ein Aspekt davon, im Basismodul integriert werden kann
(104) Solange das Fach Politische Bildung dezentral im Abitur ist, sind die Themenfelder zeitlich umsetzbar, bei einem Wechsel zum Zentralabitur ist der Umfang der Themenfelder nicht zu schaffen, insbesondere im 1. Semester.
(105) s.o. insbesondere die Semester 1 und 3 sind in der Themenfülle nicht umsetzbar

(106) Auf gar keinen Fall! Auch nur das Unterrichten der Spiegelstriche in den Basismodulen füllt das gesamte Semester (Kompetenzen rausgenommen!) Es ist völlig utopisch und auf keinen Fall realistisch.

(107) Zu viele Themen

(108) "In der Anhörungsfassung werden – natürlich mit einigen neuen Schwerpunktsetzungen – die Inhalte aus 4 Semestern des alten RLP jetzt in drei Semestern unterrichtet, was einige negative Konsequenzen hat, u.a. die inhaltliche Überfrachtung des 1. Semesters und das Fehlen wichtiger Themen, u.a.

(109) in Q 1 die Gegner der Demokratie: organisierter Links- und Rechtsextremismus, Islamismus,

in Q 2 die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU und

in Q 3 die GASP der EU.

Wie schon für das Fach Geschichte sehen wir das Hauptproblem in der Konzeption von Q 4. Das Basismodul 1 in Q4 passt eher in Q 2, wirkt in Q 4 aber eher wie ein Fremdkörper. Und so wünschenswert das in Basismodul 2 angedachte Szenario auch sein mag, der Preis dafür ist uns zu hoch. Nicht nur führt es zu der oben angesprochenen problematischen Verdichtung in Q 1 bis Q 3, es ist auch angesichts des nahenden Abiturs schwer umzusetzen. Nicht berücksichtigt wird zudem, dass es mehrere Schüler*innen gibt, die das Fach PW/PB nur in Q3 und Q4 wählen. Noch problematischer: PW (PB) wird auch aufgrund der Sparmaßnahmen des Senats häufig in jahrgangsübergreifende Kursen (z.B. der Leistungskurs am Gymnasium Steglitz) unterrichtet. Das ist schon mit dem bestehenden RLP schwer umzusetzen, mit der vorliegenden Anhörungsfassung aber noch einmal deutlich problematischer. Beispielsweise würden einige Schüler*innen dann das umfassende Szenario in Q2 entwerfen, was der Intention der Verfasser der Anhörungsfassung sicher nicht entsprechen würde.

(110) Wir begrüßen ausdrücklich die Einbindung europäischer Themen von Anfang an, ebenso die stärkere Gewichtung internationaler Themen. Auch die Anwendung der Szenariotechnik wird bei uns in kleinerem Rahmen zu anderen Zeitpunkten (z.B. Quo vadis EU?) angewendet. Wir wünschen uns aber eine Streckung der Themen der ersten drei auf alle vier Semester und die Integration der Basismodule aus Q 4 in Q 2 und Q 3.

(111) Q1 zeitlich nicht zu schaffen (das sind Inhalte, die zuvor in drei Semestern bearbeitet wurden --> Entscheidungsprozesse der EU und Deutschlands zu analysieren, setzt voraus, dass das System klar ist --> Zeit viel zu knapp"Q1 deutlich zu voll!!! Dies äuft gerade im GK auf reine Institutionenkunde hinaus: das HJ ist vorbei, ehe man das erste Basismodul geschafft hat

Das wirklich zentrale Thema bei der Beschäftigung mit der EU wird in Vertiefungsmodul 2 geschoben, das realistischerweise kaum behandelt wird

Q4: interessant, aber in Anbetracht dessen, was in anderen Semestern alles gemacht werden muss, zu viel Raum einnehmend!

Staatsstrukturprinzipien sollen schon in Basismodul Q1 gemacht werden, aber offensichtlich nur genannt, wenn in Q4 dann noch mal das Sozialstaatsgebot gemacht werden soll?

(112) Das Themenfeld für Q1 bzw. 3.2.1 zeigt sich uns als vollkommen überfrachtet. Damit wird auf die Kritik am bisherigen RLP nicht reagiert. Die Basismodule 1 und 2 in Q1 sind an sich schon sehr umfassend. Dass neben weiteren Aspekten innerhalb dieser Module die politischen Systeme der Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Union zu behandeln sind, macht es unrealistisch, diesen Themen zufriedenstellend gerecht werden zu können. Dann treten auch noch die Vertiefungsmodule hinzu.

Lehrkraft

(113) Gewünscht hätte ich mir die Einteilung wie in den Naturwissenschaften. Durch die gewählte Darstellung etwas unübersichtlich im Moment.

(114) In absoluter Abhängigkeit davon, wie vertiefend/fundiert/oberflächlich man die einzelnen Themen angeht. Grundsätzlich möglich.

(115) Das Fachsemester 1 ist inhaltlich wesentlich umfangreicher als die übrigen Semesterthemen.

(116) im Grundkurs eher nicht

(117) Q1 ist sehr voll, da die Hälfte vom aktuellen Q2 dort eingeflossen ist. Ich finde die Zusammenlegung sinnvoll aber habe dennoch Bedenken, dass wichtige Inhalte in Q1 (Bsp. Rechtsexteemismus und Demokratietheorien) zu kurz kommen. In den anderen Semestern habe ich diese Befürchtung weniger.

(118) Globales Regieren gerne wieder als 4. Semester. Die konkreten Aspekte sind viel besser als bislang. Die Vertiefungsmodule werden in den Grundkursen eher kaum behandelt werden können.

(119) Die Inhalte bleiben sehr viel. Es war bisher kaum Platz für Wahlbereiche und das wird auch weiterhin so sein.

(120) Rahmenlehrplan erscheint mir nach wie vor zu inhaltslastig.

(121) Es ist wohl machbar, aber wirkt auch sehr viel. Etwas Ausdünnung oder eine noch weitere Aufstellung der Inhalte, die rein beispielhaft unterrichtet werden dürfen, könnten hier helfen.

(122) Da die vorgaben sehr schwammig sind ("je nach gewähltem Konflikt sind das:") sind selbst bedeutende Teile der Basismodule nicht verpflichtend. Die Probleme liegen also nicht in der zeiltichen Umsetzbarkeit.

(123) Im Grundkurs je nach Ausführlichkeit mitunter schwierig, aber durchaus möglich!

(124) "Das Semester Q1 - Demokratie ist zeitlich weder in GK noch in LK zu schaffen -> hier sollten 2 Semester eingeplant werden.

(125) Das Semester Q4 - Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung wird automatisch in den Semestern Q1 bis Q3 mit thematisiert. Daher verstehe ich die isolierte Planung nicht. Zukunftsperspektiven lässt man im Rahmen des roten Fadens bei einem politischen Thema immer mitentwickelnd. Dies ist doch das, was den Schüler*innen am meisten Spaß macht. Dies in einem Semester zu machen ergibt für mich und mein Kollegium inhaltlich gar keinen Sinn."

(126) Q1 ist zu voll gepackt. Die Zeit bis zu den Weihnachtsferien ist für die Masse der Themen zu kurz.

(127) Insgesamt wenig Zeit zur Verfügung.

(128) Bei unserer Schülerschaft ist unser Erfahrung nach bereits die Bearbeitung der Basisinhalte und die Erreichung der angestrebten Handlungskompetenzen zeitfüllend.

(129) Das ist ehrlicherweise mit einem aktuellen Anspruch eh kaum möglich, aber mit dem dezentralen Abitur auch nicht dramatisch, da man sehr sinnvoll auf aktuelle Gegebenheiten eingehen kann und die Themen dadurch unterbringen. Ich verstehe es immer als Anregungen und Ideen, da alle Stichpunkte und Teilbereiche nicht aufgenommen werden können. Insbesondere auch, wenn man sich tiefgründig mit Themen beschäftigen möchte.

(130) Die Themenfelder sind zu umfangreich im Angesicht der aktuellen politischen Entwicklungem, die immer auch Thema sind; gerade in den letzten Jahren, Trump, Ukraine, AfD, Asylkrise etc. pp.

(131) Solange PB dezentral bleibt, ist es im LK zu schaffen, bei Zentralisierung ist der Umfang zu groß, insbesondere im 1. Semester, weil hier quasi das Europathema hauptsächlich verortet wird.

(132) Q1 ist massiv überfrachtet und ist keineswegs realistisch.

(133) Gefahr der Überfrachtung bei den SuS durch Überfrachtung und bei den Kollegen/innen, da immer aktuelle Beispiel gefordert werden. Probleme der Zusammenstellung der aktuellen Unterrichtsmaterialien. Wer unterstützt?

(134) Die Themen Tulpenkrise 1636 und Hanse sind nicht gleich tragfähig, sodass zu befürchten ist, dass ersteres im GK und zweiteres im LK behandelt werden. Es wird empfohlen gleichwertige Themen aufzunehmen. (135) Das wird sich zeigen. Die Auswahl ist - für Politik angemessen - sehr groß. Die Qual der Wahl. Hierbei gefällt der Satz zu Beginn, dass bestenfalls mit den Schüler:innen abgesprochen wird, welche Themen sie behandeln wollen. (136) Gerade Q1 ist total voll, eine Problemorientierung und Vertiefung ist kaum denkbar.
Schulberaterin/Schulberater
Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter
(137) Erfahrungsgemäß ist über die Basismodule hinaus kaum Zeit für Vertiefungsmodule. (138) Gerade das Fachsemester 1 (Demokratie) ist mit der Erweiterung um die Partizipation in der EU schwer stemmbar. (139) Q1 erscheint in dieser Form inhaltlich überladen.
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(140) Bei Q1 bestimmt zeitlich sehr schwierig. Verknüpfungsideen notwendig! (Fachbereichsleitung) (141) Ich kann nur die Inhalte zum Themenfeld "Wirtschaftspolitik" fachlich beurteilen (142) Da die Lehrpläne Themen zu wenig miteinander verknüpfen und die Themen eher nebeneinander bzw. in Kon-kurrenz zueinanderstehen, könnte es schwierig werden, alles zu berücksichtigen. Das sollte nicht

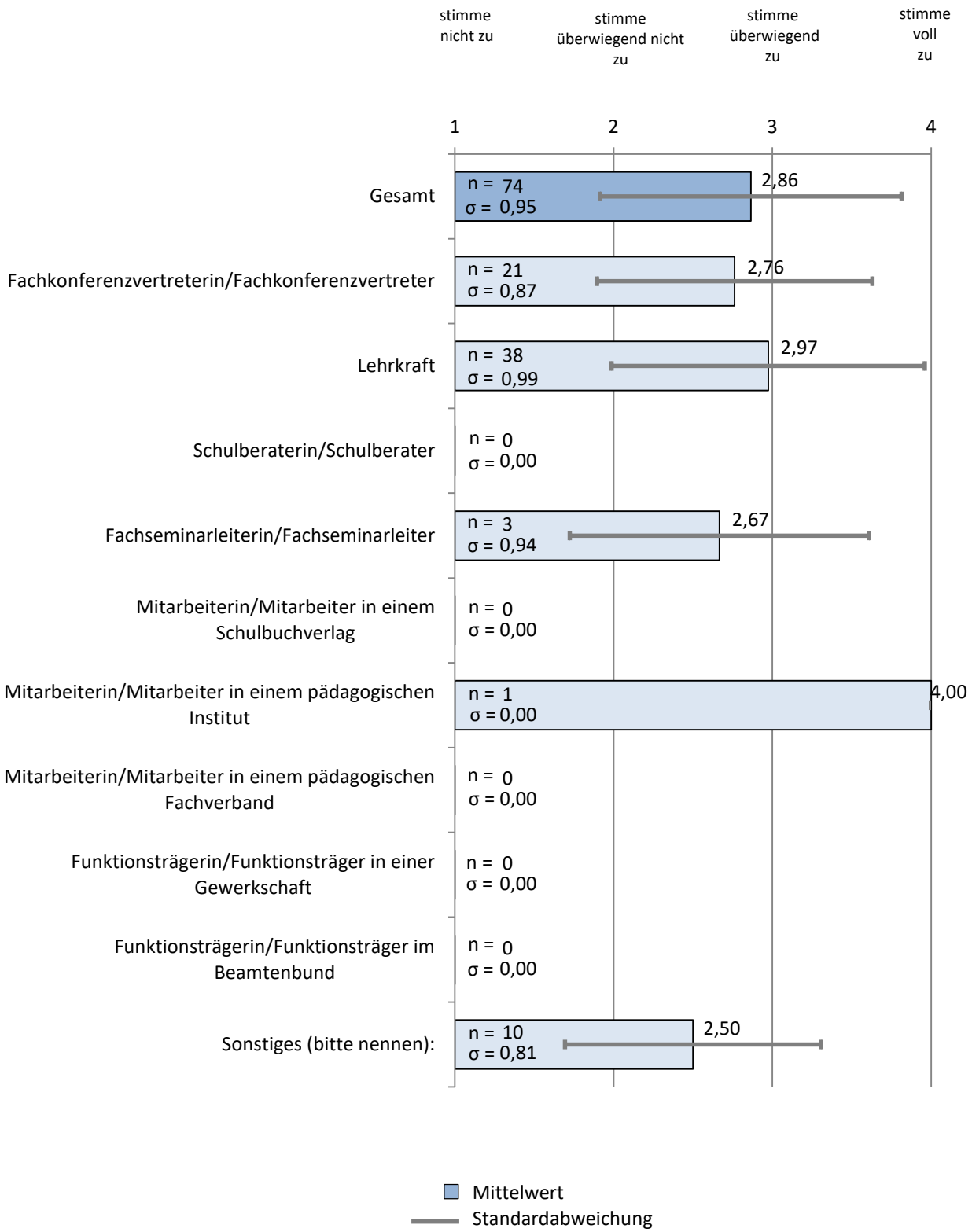
zur Strei-chung von Themen, sondern zu einer Verschränkung von inhaltlichen und historischen Bezügen in der Ge-schichtsdidaktik führen. (Bildungspolitischer Verein)

(143) Die Themenfelder sind so breit aufgefechert, sodass die Umsetzung innerhalb der gymnasialen Oberstufe mehr als unrealistisch ist (Schüler:in)

(144) Weil aktuelle themen wichtiger (Schüler:in)

3.6 Verteilung der Themenfelder und Inhalte

Die Themenfelder und Inhalte werden ihrer Bedeutung nach passend auf verbindliche Basismodule und wahlverbindliche Vertiefungsmodule verteilt.



Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(145) Die methodischen Basics (von leichten zum schweren, vom einfachen zum komplexen) werden ausgesetzt. Die Grundkenntnisse über Demokratie werden unmittelbar in den europäischen bzw. sogar globalen Raum gesetzt. Aber auch wirtschaftliches Grundlagenwissen soll z.B. auf "Dekolonialisierungsprozesse und deren Folgen angewendet werden. Die Schülerinnen und Schüler werden unter-bzw. überfordert; das führt zu Desinteresse. (146) Nicht immer gut abgestimmt. (147) Für das 1. Basismodul von Q2 fehlt bei der Grundausrichtung des wirtschaftlichen Handelns der Bezug zur EU- Wirtschaftspolitik; in Q4 sollte der 4. Stichunkt im 1. Basismodul (Bezug zum GG Sozialstaatsprinzip)zu Q1 Staatsstrukturprinzip transferiert werden; für Q3 sollten die Basismodule an eine Logik der Abfolge angepasst (Ursache und Wirkung, z.B Armut as Ursache von Konflikten würde eine Umkehrung der Reihenfolge der Basismodule nahelegen) (148) Wie bereits angemerkt, muss es für berufliche Schulen (OSZ in Berlin, vielleicht auch in Brandenburg) thematische Änderungen bei Pflicht-Themenfelder geben, da bereits durch die berufliche Fachrichtung Themen obsolet werden. (149) "Das Vertiefungsmodul 2 ""Demokratie in der EU"" sollte ein Basismodul sein: Relevanz bzgl. politischer (Nicht)Entscheidungsfindung, realistische Einschätzung der nationalen Handlungsspielräume Basismodul 1 in Q4 ist wiederum so lebensnah und dürfte für Jugendliche mit ihrem ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden motivational bereits in Q2 gut gelingen. Themenfeld Wirtschaft dann in Q4" (150) Die Wahlmodule sind eher eine Verbreiterung, kaum Vertiefung. (151) Hier setzt sich das o.g. grundsätzliche Problem fort, bspw. indem "Theoretische Grundlagen der Demokratie" und "Demokratie in der Euopäischen Union" zwei Vertiefungsmodule sind, von denen eines zu machen ist. Es bräuchte für diese wesentlichen Themen im Kontext "Demokratie" insgesamt zwei Semester. (152) Das ist zwar sinnvoll verteilt und es werden auch interessante Aspekte angesprochen, jedoch nicht umsetzbar. (153) In der Anhörungsfassung werden – natürlich mit einigen neuen Schwerpunktsetzungen – die Inhalte aus 4 Semestern des alten RLP jetzt in drei Semestern unterrichtet, was einige negative Konsequenzen hat, u.a. die inhaltliche Überfrachtung des 1. Semesters und das Fehlen wichtiger Themen, u.a. in Q 1 die Gegner der Demokratie: organisierter Links- und Rechtsextremismus, Islamismus, in Q 2 die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU und in Q 3 die GASP der EU. Wie schon für das Fach Geschichte sehen wir das Hauptproblem in der Konzeption von Q 4. Das Basismodul 1 in Q4 passt eher in Q 2, wirkt in Q 4 aber eher wie ein Fremdkörper. Und so wünschenswert das in Basismodul 2 angedachte Szenario auch sein mag, der Preis dafür ist uns zu hoch. Nicht nur führt es zu der oben angesprochenen problematischen Verdichtung in Q 1 bis Q 3, es ist auch angesichts des nahenden Abiturs schwer umzusetzen. Nicht berücksichtigt wird zudem, dass es mehrere Schüler*innen gibt, die das Fach PW/PB nur in Q3 und Q4 wählen. Noch problematischer: PW (PB) wird auch aufgrund der Sparmaßnahmen des Senats häufig in jahrgangsübergreifende Kursen (z.B. der Leistungskurs am Gymnasium Steglitz) unterrichtet. Das ist schon mit dem bestehenden RLP schwer umzusetzen, mit der vorliegenden Anhörungsfassung aber noch einmal deutlich problematischer. Beispielsweise würden einige

Schüler*innen dann das umfassende Szenario in Q2 entwerfen, was der Intention der Verfasser der Anhörungsfassung sicher nicht entsprechen würde.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einbindung europäischer Themen von Anfang an, ebenso die stärkere Gewichtung internationaler Themen. Auch die Anwendung der Szenariotechnik wird bei uns in kleinerem Rahmen zu anderen Zeitpunkten (z.B. Quo vadis EU?) angewendet. Wir wünschen uns aber eine Streckung der Themen der ersten drei auf alle vier Semester und die Integration der Basismodule aus Q 4 in Q 2 und Q 3.

(154) schließen uns hier den Kommentaren der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. vollumfänglich an

(155) Q1: Die EU wird zu wenig berücksichtigt UND ins Vertiefungsmodul 2 in Q1 verschoben, was im Gk kaum zu schaffen sein wird.

Q2: durch den Schwerpunkt Wirtschaft in Q2 geht zu stark der Charakter des Politischen verloren, zumindest müsste das Thema Wirtschaft stärker in die politischeren Themen integriert werden.

Zudem sollte für das Basismodul 2 vorher die internationale Politik näher betrachtet worden sein, um Handelspolitik beurteilen zu können.

Q3: Inhalte aus dem Vertiefungsmodul 4 sollten in das Basismodul 1 aufgenommen werden, da wichtig

Lehrkraft

(156) Etwas viel Schwafel

(157) Die Q4-Schwerpunktsetzung (Basis- und Vertiefungsmodule) erscheinen inhaltlich und politisch-bedeutsam wenig nachvollziehbar.

(158) Zu viele Inhalte in den Basismodulen

(159) Der Begriff Islamismus taucht im aktuellen RLP nicht mehr auf, im alten zwei Mal. Das ist nicht anzunehmen. Es passt inhaltlich sowohl zu Q1 als auch zu Q3.

(160) Wie wollen wir in 20 Jahren leben? Dieses Thema erschließt sich mir nicht. Warum soll das behandelt werden? Es könnte ein Teilaspekt sein, aber kein ganzes Basismodul.

(161) Nein, siehe oben. Insbesondere Wirtschaftspolitik sollte kein Schwerpunkt eines Semesters sein, weil er zu fachentfernt ist, vor allem gegenüber den anderen Themen.

(162) Die theoretischen Grundlagen werden zum Großteil in die Vertiefungsmodule verschoben. Wissenschaftspropädeutisches arbeiten kann dadurch zu großen Teilen umgangen werden und die Bildungsstandards werden weiter verwässert. Das Niveau wird durch den neuen RLP nicht gehoben, sonders gesenkt. Der Unterricht wird dadurch nicht nur zwischen verschiedenen Schulen, sondern auch zwischen verschiedenen Kursen innerhalb einer Schule noch weniger vergleichbar sein. Theoretische Grundlage müssen weiterhin die Basis für problemorientiertes Arbeiten sein.

(163) Das Vertiefungsmodul 2 "Demokratie in der EU" (Q1) sollte wegen der Relevanz der EU ein Basismodul sein.

(164) An einigen Stellen wird das Basismodul eher ausgeweitet, nicht vertieft.

(165) EU muss wegen der großen politischen Bedeutung Basismodul bleiben.

(166) Q1 - völlig illusorische Vorstellung, die Grundlagen zu erarbeiten und dann noch zu vertiefen. Die inhaltliche Kohärenz ist teilweise zweifelhaft.

Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter
(167) siehe oben, Europäische Union nicht angemessen berücksichtigt. (168) Die Basismodule im Fachsemester 4 haben ein zu hohen Abstraktionscharakter, hier fehlt es an fachlicher Tiefe, die über Szenarien etc. dann angewendet werden könn(t)en, bzw. Vorwissen aus den vorherigen Semesters (manche SuS wählen aber PB erst zum 3. und 4. Semester.
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(169) Die Themenfelder und Inhalte sind überwiegend angemessen verteilt. Angesichts der Herausforderungen unserer Zeit empfiehlt es sich, stärker auch außereuropäische Ansätzen und Zukunftsvisionen zu berücksichtigen sowie Themen aus Globaler Perspektive zu betrachten. Ergänzungen: Q1: Demokratie, Vertiefungsmodul 1: Theoretische Grundlagen der Demokratie • Demokratietheorien ausweiten (Befreiungstheorien, Postkoloniale Demokratietheorien), außereuropäische Theorien berücksichtigen • Beispiele aufnehmen wie Anton Wilhelm Amo und Frederick Douglass als theoretische Reformansätze • Demokratische Selbstorganisationen als Modell aufzeigen (Chiapas, kurdische Selbstverwaltung) (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag) (170) Gerade im Geschichtsunterricht sollte die koloniale Vergangenheit, Kolonialismus und gegenwärtige Kontinuitä-ten als Querschnittsthema stärker in den Basismodulen verankert werden und nicht ausschließtlich in den Ver-tiefungsmodulen behandelt werden. Da die Auseinandersetzung mit Kolonialismus nur als Wahlpflicht auf dem Lehrplan steht, empfehlen wir, in den anderen Modulen zumindest Beispiele dieses historischen Kontextes zu implementieren. Das Vertiefungsmodul zu

Hochimperialismus und kolonialisierten Räume (Q1 5) sollte verpflichtend sein, um auch die globalen Zusammenhänge und Realitäten des deutschen Kaiserreichs zu verstehen. Die darauffol-gende globalgeschichtliche Verflechtung von Geschichtsepisoden (Weimarer Republik, Nationalsozialismus, geteiltes Deutschland, Wiedervereinigung) sollte behandelt werden. Es ist essentiell, dass die historische Verantwortung Deutschlands als drittgrößte Kolonialmacht der Welt expli-zit erwähnt und als solche thematisiert wird. Dies ermöglicht, Deutschlands heutige Rolle in der Welt und die bis heute bestehenden globalen Machthierarchien, wirtschaftlichen Strukturen und Ausbeutungssysteme (auch der Natur) zu vermitteln. Ferner ermöglicht es, Eurozentrismus zu analysieren und dem Ziel eines multiperspektivi-schen Geschichtsunterrichts näher zu kommen. (Bildungspolitischer Verein)

(171) In den Basismodulen geht es nur um Verfahren, Jugendliche zu begeistern funktioniert allerdings eher mit Inhalten. Die Module müssen also viel stärker mit inhaltlichen Beispielen ausgefüttert werden. (Schüler:in)

(172) Vertiefungsmodul: Modelle der Demokratie. Theoretische Grundlagen sollten im Grundmodul behandelt werden. Vertiefungsmodul: EU sollte stärker in den Fokus gehoben werden, Teile verpflichtend! Vertiefungsmodul „Beispiel von Marktversagen“ sollte Grundmodul sein. (Schüler:in)

(173) Im Themengebiet "Demokratie" doppeln sich die Basismodule zum Teil. Es wird sehr viel auf die Struktur Deutschland / der EU eingegangen, obwohl die genauen Details dieser Struktur nicht die Dinge sind, die eine Demokratie zusammenhalten, eine Demokratie wird vom Volk getragen und von den Parteien, die das Volk vertreten. Ich finde daher, dass ein Fokus auf die Ziele der Parteien, wie bereits in der Antwort auf Frage 7 geschildert, gesetzt werden sollte. Zudem muss darauf geachtet werden, dass man die Grundlagen der Demokratie lehrt: was macht eine liberale Demokratie aus, also ein Wahlrecht für alle, jede Stimme zählt gleich viel (hier könnten auch alternative Wahlrechte wie das Zensuswahlrecht angesprochen werden), und auch dass der Wahlkampf fair und frei und sicher (besonders in Zeiten von Angriffen auf Politiker ein wichtiger Punkt, dass man ohne Angst Wahlkampf führen kann) geführt werden kann, ohne dass Regierungsparteien Vorteile aufgrund ihrer Teilhabe an der Regierung haben. (Schüler:in)

(174) Die Vertiefungsmodule bezüglich Demokratietheorien sollten als Basismodul dargestellt werden. (Schüler:in)

(175) "Gerade im Fach Politische Bildung sollten die Schüler*innen über die Auswirkungen des europäischen und deutschen Kolonialismus auf internationale Beziehungen und multilateralen Strukturen konsequent informiert werden. Daher fordern wir, dass die Folgen des Kolonialismus in allen Basismodulen betrachtet wird. In Bezug auf alle vorgeschlagenen Themen möchten wir auf den Beutelsbacher Konsens hinweisen. Demnach müssen die Prinzipien Schülerorientierung, Kontroversität und das Überwältigungsverbot –im Unterricht stets beachtet werden. Es ist wichtig zu betonen, dass menschenfeindliche Ideologien keine Meinung darstellen, sondern die Grundrechte angreifen. Nachfolgend möchten wir konkrete Veränderungs- /Verbesserungsvorschläge zu den Themen in den jeweiligen Basis- und Vertiefungsmodulen auflisten:

Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 11

Vertiefungsmodule: weitere mögliche Inhalte

Als weiteren Punkt folgendes Zitat einfügen:

„Wann, wie und zu welchem Zweck wurden bzw. werden Menschen zu anders- und fremdartigen, sowie minderwertigen und gefährlichen Wesen gemacht und welche Auswirkung hatte bzw. hat das für diese Menschen bzw. welche Funktion hat das für die gesamte Gesellschaft?“

Quelle kann laut Autor weggelassen werden: Atali-Timmer/Fereidooni/Schroth (2022): Rassismuskritische Polizeiforschung – Eine Spurensuche. In: Daniela Hunold und Tobias Singelnstein (Hrsg.), Rassismus und Diskriminierung in der polizeilichen Praxis. Eine Bestandsaufnahme. Springer VS.

Q1. Demokratie (S.19 – 21)

Basismodul 1 – Partizipation und Entscheidungsprozesse

- Strukturelle Diskriminierung und Ausschüsse werden nicht benannt (z.B.: Wer ist bei den Abgeordneten (nicht) repräsentiert? Wer wird Richter*in) Wer hat Entscheidungsmacht?)
- Einfluss von Akteuren auf politische Entscheidungen: Zivilgesellschaft nochmal deutlicher differenzieren, Selbstorganisationen benennen
- Spiegelstrich ergänzen: Antidemokratische Parteien/Bewegungen in einer Demokratie; die „junge Alternative“ sollte thematisiert werden
- „Demonstration/ Proteste, ziviler Ungehorsam“ – hier sollten auch Bürgerrechtsbewegungen thematisiert werden; bspw. könnte auf die Demonstrationen der Hinterbliebenen des NSU-Terrors verwiesen werden.
- „Dabei werden die legalen Grenzen der Partizipation thematisiert […]“ (S.19): Hier sollten eher Fragen rund um Wahlrecht (Ausschlüsse von Bevölkerungsteilen aufgrund von Staatsbürgerschaft, Alter etc.) besprochen werden anstelle von legalen Protestformen
- Ergänzen: Scheinbeteiligung und Instrumentalisierung erkennen

Basismodul 2: Grundwerte und Verteidigung der Demokratie

- Bei „Versammlungsfreiheit“ auch die Einschränkung von Versammlungsfreiheit thematisieren
- Die Rolle von sozialen Medien wird hier durchweg negativ dargestellt, es fehlt die differenzierte Analyse – dies ist sehr unausgewogen, da es ein zentrales Medium ist für Information und Vernetzung; daher sollte hier auf jeden Fall eine ausgewogenere Darstellung von Sozialen Medien eingebracht werden, z.B. wenn es um Vernetzung innerhalb von Communities geht, Empowerment, Zugang zu multiperspektivischen Quellen etc.)
- Medienkompetenz als Punkt ergänzen (Einfluss von KI und Algorithmen; Diskriminierungen durch KI-Systeme)
- Bei „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ fehlen Adultismus, Klassismus, Heteronormativität, Queer- und Transfeindlichkeit (bei Letzterem kann auch der Bezug zu Berliner Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (IGSV) hergestellt werden)

Vertiefungsmodul 2: Demokratie in der EU

- Inhaltlich fehlt die Kritik an der EU (z.B. Demokratiedefizit? / Menschenrechtsverletzungen der EU – Stichwort Frontex)
- Hinzufügen: Reflexion der Rolle der EU in der Welt unter Berücksichtigung diverser Quellen (z.B. auch in Bezug zu anderen Regionalverbünden wie der Afrikanischen Union)

Vertiefungsmodul 2: Politische Systeme im Vergleich

- Hierbei sollten Partizipationshürden bestimmter Gruppen (z.B. Drittstaatenangehörige, die nicht wählen dürfen“ thematisiert werden.

ERGÄNZUNGSVORSCHLAG:

Vertiefungsmodul 4: Folgen des Kolonialismus

- Gesellschaftliche Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen in ehemaligen Kolonien und ehemaligen Kolonialmächten

- Geopolitische Auswirkungen des Kolonialismus z.B. auf die Strukturen der UN, UN-Gremien)
- Panafrikanismus

Q2 – Wirtschaftspolitik (S.22 -24)

Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum Wirtschaftspolitik als Politikfeld eine derart hohe Priorität erhält, insbesondere im Vergleich zu anderen wichtigen Bereichen wie der Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik. Das Grundverständnis scheint hier ein neoliberales Wirtschaftssystem zu favorisieren. In den Basismodulen gibt es keine kritische Betrachtung des Themas Wirtschaft; der Begriff Kapitalismus kommt in den Rahmenlehrplänen überhaupt nicht vor, was zu einer Normalisierung und Objektivierung dieses Konzepts führt.

Es ist essenziell, dass alternative Wirtschaftsmodelle und Plurale Ökonomik, die auch eine Kritik am Konzept des Homo Oeconomicus beinhalten, in den Basismodulen thematisiert werden. Darüber hinaus sollten Themen wie Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit und eine generelle Kapitalismuskritik ebenfalls berücksichtigt werden.

- Grundsätzlich die Frage, warum Wirtschaftspolitik als Politikfeld so eine Priorität bekommt, z.B. im Vergleich zu Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik; Grundverständnis ist ein neoliberales Wirtschaftssystem
- Es gibt keine kritische Betrachtung des Themas Wirtschaft in den Basismodulen; der Begriff Kapitalismus kommt nicht in den Rahmenlehrplänen vor à Normalisierung und Objektivierung des Konzepts
- Alternative Wirtschaftsmodelle, Plurale Ökonomik (Kritik am Homo Oeconomicus), Neokolonialismus durch wirtschaftliche Abhängigkeit und Kapitalismuskritik sollten in en Basismodulen thematisiert werden.

Basismoduls 2: Globaler Handel:

- Die Nutzung von konkreten Beispielen, wie Lieferketten etc. sollten hinzugefügt werden; exemplarisches Arbeiten verdeutlicht und erhöht die Zugänglichkeit der Inhalte
- Fehlende historische und konzeptionelle Herleitung von Globalisierung (Spannungsfeld zwischen Globaler Norden und Globaler Süden) auch um eine kritische Beurteilung von Machtstrukturen zu ermöglichen
- Koloniale Kontinuitäten im globalen Handel thematisieren (neokoloniale Wirtschaftsverhältnisse im Rahmen der Lieferketten, Währungspolitik, Freihandel etc.)
- Bei der Rolle von Akteuren wie IWF und Weltbank sollte die Kritik des globalen Südens an diesen Institutionen sollte aufgenommen werden
- „Alternative Konzepte zur Förderung der Nachhaltigkeit im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG)“ (S.23): Hier sollten direkt Beispiele eingefügt werden: Kritik an Entwicklungspolitik (Post Development Theory als Alternative zu Entwicklung; Entwicklung von Unterentwicklung)
- Menschenrechtsschutz im Globalen Handel

Vertiefungsmodul 1: Wirtschaftspolitische Ziele von Parteien und Verbänden

- Hier sollten als politische Akteure auch zivilgesellschaftliche Akteure und die Rolle der Zivilgesellschaft im demokratischen System thematisiert werden; auch in Bezug auf Wirtschaftspolitik (z.B. Attac; Initiative Lieferkettengesetz etc.).
- Die Macht von Lobbygruppen z.B. die Familienunternehmer thematisieren. Es sollte aufgezeigt werden, wie aus ökonomischer Macht politische Macht wird.

Vertiefungsmodul 2: Beispiele von Marktversagen und alternative Wirtschaftsformen

- Kapitalismuskritische Ansätze werden nicht direkt benannt
- Bei den theoretischen Konzepten sollte auch das Model „New International Economic Orders“ als Beispiel genannt werden
- Konzepte der Solidarischen Ökonomie als Alternative vorstellen

Vertiefungsmodul 3: Folgen des Kolonialismus

Begrüßenswert das es jetzt ein Vertiefungsmodul gibt, dies sollte in allen Themenfeldern (Q1- Q4) als ein Vertiefungsmodul genannt werden

- Beispielhaft könnte bei den Wirtschaftlichen Entscheidungen der nationalen Regierungen und die Folgen der Punkt Währungspolitik/Geldpolitik genannt werden (CFA-Franc)
- Neokolonialismus und Afrika vor der Kolonialisierung mit in das Curriculum aufnehmen. Häufig startet die Geschichte des afrikanischen Kontinents mit der Kolonialisierung.

Vertiefungsmodul 4: Klima und Wirtschaftspolitik vor Ort

- Hinzufügen: Klimapolitik und globale Folgen (Flucht, Migration)
- Beispiele hinzufügen zur Beurteilung von Klima- und Wirtschaftspolitik (z.B. Grüner Wasserstoff?)

Q3 Globales Regieren (S. 25-28)

- Perspektiven und Akteure aus dem Globalen Süden kommen kaum vor, und wenn dann eher als „Zusatz“, nicht als gleichberechtigte Perspektive,
- Gerade in den Beispielen, können diese nochmal deutlich gestärkt werden

o Basismodul 1 – Völkerrecht: TWAIL-Ansatz (Third World Approaches to International Law)

- Kritik des globalen Südens an den Vereinten Nationen am Beispiel des Sicherheitsrats thematisieren.

Basismodul 1: Internationale Konflikte und Friedenspotentiale

- Globale Sicherheit als Machtpolitik thematisieren: es fehlt die tiefergehende Analyse der Ursachen

Basismodul 2: Aktuelle globale Herausforderungen und Lösungsansätze

- Bei Hunger, Armut (S.2 6) hinzufügen_ „geopolitische Ursachen von Armut“; hier sollten interne und externe Faktoren explizit benannt werden
- Bei Menschenrechte (S. 26) hinzufügen: Geschichte der Menschenrechte, Gruppenbezogene Menschenrechte (UNDRIP)
- Hierarchisierung der Akteure; Auslassung von Akteuren wie Konzerne und Zivilgesellschaft
- Die Rollte transnationaler Akteure (S.26): neben dem Klimaabkommen von Paris, sollte auch die Bandung Konferenz 1955 und Durban Konferenz 2001 genannt werden; ebenfalls Weltsozialforum hinzufügen

Vertiefungsmodul 1: Die Länder des Globalen Südens als weltpolitische Akteure

- Die Perspektiven des Globalen Südens sollten ein Querschnitt bei allen Punkten sein
- Die Länderbeispiele sind die BRICS-Staaten ohne Russland: hier sollten auch andere Länder als Beispiele genannt werden, wie beispielsweise Ghana, Nigeria, Guinea oder Namibia.

- Veränderung der Weltordnung und der Dynamik internationaler Politik (S. 27): Hier könnte auch direkt der Unabhängigkeitskampf der ehemaligen Kolonien mit den unterschiedlichen Staatsmodellen, die Nachwirkungen des Kolonialismus auf die Staatsgründung und die postkoloniale Position thematisiert werden.

Vertiefungsmodul 3: Globale Fragen / Konflikte in den Medien

- Hinzufügen als erstes Stichwort: Kriegs- und Friedensjournalismus (Johann Galtung)

Vertiefungsmodul 4: globale Sicherheit: Bedingungen für eine friedlichere internationale Ordnung

- Kritik an deutschen / europäischen Rüstungsexporten

Q4: Perspektiven Gesellschaftlicher Entwicklung (S. 29-31)

Basismodul 1: Welches Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit ist erstrebenswert?

- Der Titel sollte unbedingt geändert werden. Die Formulierung der Überschrift den Eindruck erweckt, dass ein gewisses Maß an Ungleichheit akzeptabel ist. Dies widerspricht sowohl den allgemeinen Menschenrechten als auch dem verbrieften Recht auf gleichberechtigte Teilhabe aller. Alternative Titel wären ""Was ist soziale Gleichheit"" oder ""Wie kann soziale Ungleichheit verringert werden?“ oder „Wie können wir soziale Ungleichheiten reduzieren?“;
- Die Intersektion von Migration und Armut sollte thematisiert werden.
- Klassismus und die Rolle von Armut in unserer Gesellschaft sollte eingefügt werden.

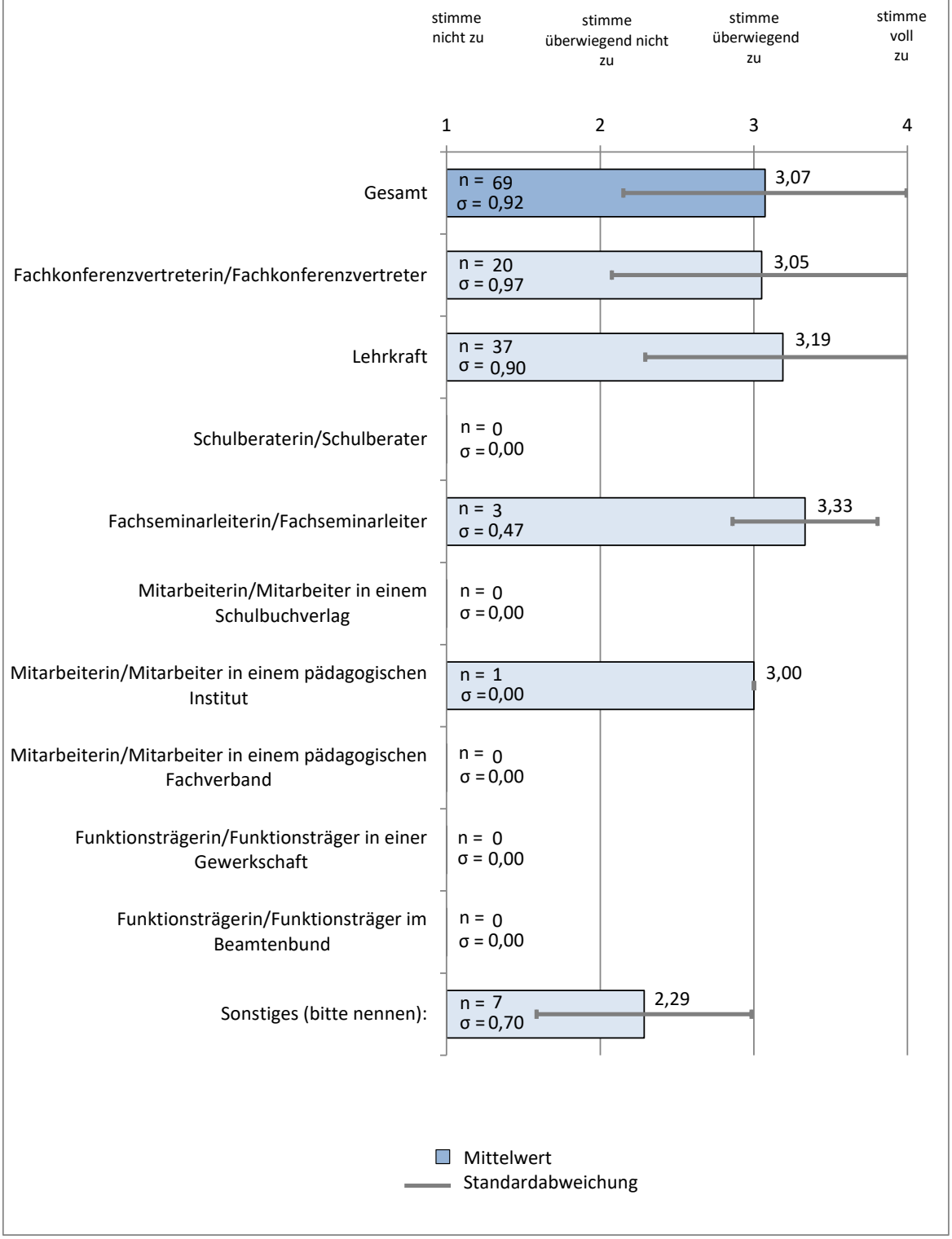
Basismodul 2: Wie wollen wir in 20 Jahren leben?

- Hier sollte die Frage hinzugefügt werden, wie eine gerechte (globale) Ordnung aussehen kann
- Bei dem Stichwort postmigrantische Gesellschaft kann auch noch dekoloniale Gesellschaft hinzugefügt werden
- Der Punkt sozial-ökonomische Transformation sollte nach oben geschoben werden, da es eine essenzielle Frage unserer Zeit ist
- Gelebte Globalität: Hier sollte der Lebensweltbezug der Schüler*innenschaft in ihrer Diversität herstellen (Decolonize Berlin e.V.)

4 Informationen über die vorgenommenen Vernetzungen der Fachteile C mit Teil B Überfachliche Kompetenzentwicklung

4.1 Förderung von Kompetenzen

Im Fachteil sind ausreichende Möglichkeiten gegeben, die Entwicklung bildungssprachlicher Handlungskompetenz und von Kompetenzen in der digitalen Welt zu fördern.

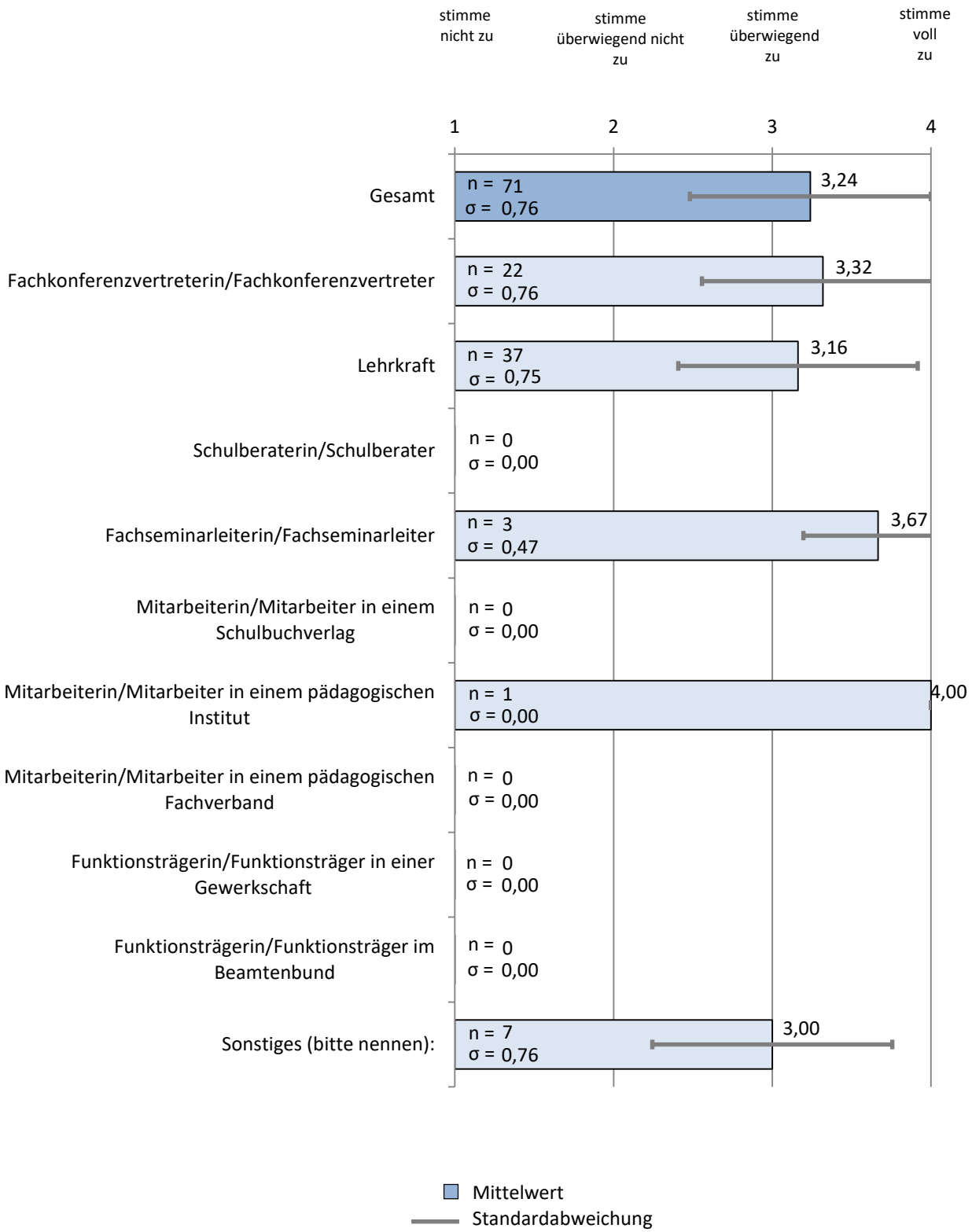


Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(176) Leider wird kaum Rücksicht auf die Ausbildung der Analysekompetenz in Wort und Schrift genommen. Hierbei handelt es sich allerdings um die wesentliche Grundlage für einen Erfolg in fachwissenschaftlichen Studiengängen. (177) Es fehlen konkrete Ausgestaltungen zur Erlangung digitaler und arguementativer (Text) Kompetenzen, auch fachübergreifend, fehlen (178) Digitalkompetenz: hohe Gelingenswahrscheinlichkeit erwartbar Bildungssprache: Stoff/Zeit-Problem (179) Die Möglichkeiten sind erkennbar, teilweise auch mit Beispielen, jedoch der zeitliche Rahmen kann problematisch sein, da die entsprechenden Methoden zeitaufwendiger sind. (180) Hier driften die Schulrealität und der theoretische Ansatz deutlich auseinander. Der RLP erweckt den Eindruck, dass er nicht auf den Alltag von Berliner Schulen angepasst ist. (181) schließen uns hier den Kommentaren der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. vollumfänglich an. (182) Die Bemerkung ist an dieser Stelle nicht ganz passend, aber es gibt auch keinen besser geeigneten Ort: Positiv bewerten wir die konkret Bezugnahme auf einzelne zentrale politologische Arbeitsweisen im RLP (z.B. Konfliktanalyse, Szenario)
Lehrkraft
(183) Digitale Medien sind selbst im Bereich "Demokratie" unterrepräsentiert. Eine Verzahnung von Demokratie und Medien wäre sinnvoll. Durch die mangelnde Arbeit mit theoretischen Grundlagentexten wird die Lesekompetenz nicht ausreichend gefördert. (184) Bildungssprachliche Handlungskonpetenz trifft voll zu, Kompetenzen in der digitalen Welt sind kaum explizit berücksichtigt, sind aber implizit durchaus umsetzbar. (185) "Hier fehlt die reale Zeit im Unterricht und die technischen Möglichkeiten. Schön das es schwarz auf weiß im Papier steht. Hier braucht es viel mehr Zeit, den Wünschen und Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht zu werden und am ""Zahn der Zeit"" zu sein. Dafür ist die digitale Entwicklung viel zu schnell. (186) Die verpflichtenden Inhalte brauchen die zeit im Unterricht. (187) Bildungssprache: Im Vordergrund stehen die fachlichen Kompetenzen. Zeitliche Ressourcen stehen kaum zur Verfügung. Digitalkompetenz: erscheint im begrenzten Maße realisierbar (188) Die Möglichkeiten sind gegeben, nur erfordern diese mehr Zeit, die im Schulalltag nur selten vorhanden ist. Beispielsweise ist das Erstellen eines Erklärvideos zeitaufwendig, bereitet aber nicht auf das Abitur vor, da diese Methode nicht prüfungsrelevant ist. (189) Im Vordergrund stehen fachliche Kompetenzen. Die Bildungssprache bleibt aufgrund der kürze der zeit ein Nebenprodukt.
Schulberaterin/Schulberater
Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter

Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(190) Social Media sollte stärker als konstruktiv und positive zu nutzendes Instrument betrachtet werden, welches auch Austausch und Vernetzung ermöglicht. Kritischer Umgang mit Sprache, Diskriminierungssensible Sprache nutzen (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag) (191) Die Kompetenzentwicklung für einen diskriminierungssensiblen Umgang mit Sprache (Worten, Begriffen, Rede-wendungen, aber auch Fachbegriffen) sollte bereits in den Basismodulen verankert werden. Die Diversifizierung und Analyse von Quellen sollte etablieren werden. (Bildungspolitischer Verein)" (192) Soziale Medien werden im Rahmenlehrplan durchgängig negativ dargestellt - dies steht in starkem Kontrast zu der hohen Nutzung sozialer Medien durch Jugendliche - auch und gerade zur Informationsbeschaffung in politischen Kontexten. Soziale Medien sind zu einem wichtigen Raum geworden, in dem öffentliche Diskurse ausgetragen und verhandelt werden und haben daher eine hohe Relevanz für die politische Bildung. Insofern wiegt es schwer, dass ein positiver Bezug fehlt. Gerade in der politischen Bildung, die Raum für eine multiperspektivische Auseinandersetzung bietet, sollte ein Schwerpunkt auf digitale Medienkompetenz gelegt werden. (Decolonize Berlin e.V.)

4.2 Verbindung von fachlichen Inhalten mit überfachlichen Themen

Im Fachteil sind ausreichende Möglichkeiten gegeben, Verbindungen der fachlichen Inhalte mit den übergreifenden Themen herzustellen.



Begründungen (Einzelrückmeldungen), sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wurde.
Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
(193) Es ist selbstverständlich immer möglich, irgendwelche Zusammenhänge zu konstruieren; das heißt jedoch nicht, dass diese sachlogisch sind. (194) Der Fachteil dürfte alle zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen binden. (195) Möglichkeiten sind theoretisch gegeben, Problem ist der Widerspruch "Demokratie- und Europabildung", s. o.. (196) Der Fachteil ist so überladen, dass er so nicht umgesetzt werden kann. Es fehlt der Raum für die tägliche Politik und das Abholen der SuS in ihrer Welt und das Wissen um den Umgang mit Medien. (197) schließen uns hier den Kommentaren der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin e.V. vollumfänglich an.
Lehrkraft
(198) zeitlich kaum umsetzbar, da von den Schülern ein zu genaues Vorwissen aus der Sek I vorausgesetzt wird (199) Die Auswahl einiger Themen erschließt sich mir nicht: der Stellenwert entspricht nicht den aktuellen Geschehnissen: Wirtschaft ein ganzes Semester, Vergleich von anderen Ländern (USA, China, Russland, GB, Schweiz) ebenfalls wichtig; EU kaum thematisiert (so ein wichtiges Thema: könnte auch verknüpft werden mit "Wie wollen wir in 20 Jahren leben"?) (200) Inhaltlich passen die fachlichen Inhalte zwar, aber aufgrund der fehlenden theoretischen Grundlagen fehlt die inhaltliche Tiefe. (201) Zu viele Inhalten für zu wenig Zeit! (202) In sehr begrenztem Maße wegen begrenzter zeitlicher Ressourcen (203) Hier steht immer noch der Widerspruch der übergreifenden Themen Demokratie- und Europabildung und des fehlenden Semesterthemas Europa im Raum. (204) Nur begrenzte zeitliche Ressourcen. (205) Das könnte durchaus noch verbessert und erweitert werden
Schulberaterin/Schulberater
Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag
Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut

Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
Sonstiges (bitte nennen):
(206) Für die fachübergreifende Kompetenzentwicklung sollten die übergreifenden Themen zu Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity) (3.2), Europabildung (3.4), Gewaltprävention (3.6) sowie Gleichstellung und Gleichberechtigung (3.7) stärker berücksichtigen werden. Vorschläge für benötigte Themenfelder und Ergänzungen wurden in den anderen Fragen hinzugefügt. Gerade wenn demokratie- und menschenfeindliche, sowie rassistische, diskriminierende und frauenfeindliche Einstellungen, Haltungen und Bewegungen lokal und international mehr an Gewicht erlangen, ist es für die politische Bildung essentiell, Lernende für diese Entwicklungen zu sensibilisieren und mit Gestaltungs- und Handlungskompetenzen auszustatten, um diesen entgegen zu treten. (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag) (207) Trifft teilweise zu. Kritische Ansätze, die in den Kompetenzbereichen aufgeführt werden, spiegeln sich nicht ausreichend in der Themenwahl, bzw. der Schwerpunktsetzung wider. Vgl. die Anmerkungen unter Punkt 7. Für die fachübergreifende Kompetenzentwicklung scheint es erstrebenswert, die übergreifenden Kompetenzen zu Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity) (3.2), Demokratiebildung (3.3), Gleichstellung und Gleichbe-rechtigung (3.7) und insbesondere zum Themenkomplex Nachhaltige Entwicklung/ Lernen in globalen Zusam-menhängen (3.11) stärker zu berücksichtigen. In einer globalisierten Welt ist es essentiell, historische Entwick-lungen zu kennen, um heutige nachvollziehen zu können. Zudem verhindert es auch, dass unterschiedlichsten Formen von Fake-News, Falschaussagen oder gar rassistische oder demokratiefeindliche Aussagen richtig ein-zuordnen. Dem Fach Geschichte kommt hier eine bedeutsame Aufgabe für eine zukunftsorientierte Entwicklung zu. (Bildungspolitischer Verein)" (208) Eine aktive Benennung von verbindenden Themen könnte Lehrkräfte dabei unterstützen, fächerübergreifend zu arbeiten. Dies bietet sich insbesondere mit den Fächern Philosophie und Geschichte an. (Decolonize Berlin e.V.)

5 Anlagen

5.1 Anschreiben

LAND BRANDENBURG

BERLIN

LISUM Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg | 14974 Ludwigsfelde-Struveshof

An die Schulleitungen der Schulen mit gymnasialer Oberstufe
in öffentlicher und freier Trägerschaft
im Land Berlin und im Land Brandenburg

14974 Ludwigsfelde-Struveshof

Bearb.: Siegmar Friedrich
Tel.: 03378 209–363
Fax: 03378 209–309
E-Mail: siegmar.friedrich@lisum.berlin-brandenburg.de

Ludwigsfelde, 27.05.2024

Anhörung zu den überarbeiteten Fachteilen (Teil C) des Rahmenlehrplans für die gymnasiale Oberstufe der Länder Berlin und Brandenburg (Online-Befragung)

Fachteile Altgriechisch, Latein, Geografie, Geschichte, Philosophie, Politische Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) hat im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin (SenBJF) und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBJS) neue Fachteile für den Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern (Geografie, Geschichte, Philosophie, Politische Bildung) und im Bereich der alten Sprachen (Latein, Altgriechisch) erarbeitet.

Zu den Anhörungsfassungen der Fachteile des Rahmenlehrplans GOST gelangen Sie unter folgendem Link:

https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/gymnasiale-oberstufe/neuer-rahmenlehrplan-fuer-die-gymnasiale-oberstufe

Um einen möglichst umfassenden und aussagekräftigen Überblick zu den nun vorliegenden Anhörungsfassungen zu erhalten, ist es uns wichtig, Sie zu beteiligen und bitten daher um Ihre Einschätzungen. Ihr Feedback ist von großer Bedeutung im Hinblick auf die Weiterentwicklung der curricularen Grundlagen.

Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig und ausschließlich online vom **27.05.2024 bis zum 13.09.2024** unter folgendem Link bzw. QR-Code möglich:

https://befragung.lisum.de/anhoerung.rlp.gost.html

Um eine unzulässige Nutzung des Online-Fragebogens zu vermeiden, ist dieser passwortgeschützt. **Das Zugangspasswort lautet: RLP**

Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg ist ein gemeinsames Institut der Länder Berlin und Brandenburg, das in Form einer Einrichtung des Landes Brandenburg geführt wird.

Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter: männlich, weiblich und divers (m/w/d).

Die Erfassung der Daten erfolgt anonymisiert unter Einhaltung der aktuell geltenden rechtlichen Bestimmungen des deutschen Bundesdatenschutzgesetzes. Ihre Antworten werden streng vertraulich behandelt, ein Rückschluss auf individuelle Daten ist nicht möglich. Eine rechtsfolgenlose Rücktrittsmöglichkeit wird zugesichert.

Treten bei der Eingabe der Daten Fragen auf oder benötigen Sie Unterstützung beim Ausfüllen des Online-Fragebogens, steht Herr Siegmar Friedrich gern zur Verfügung (Tel.: 03378 209363, E-Mail: siegmar.friedrich@lisum.berlin-brandenburg.de).

Auf Basis Ihrer Rückmeldungen werden die Fachteile bis zum 31.12.2024 finalisiert und im Februar 2025 auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg veröffentlicht. Zum Schuljahr 2025/2026 sollen die Fachteile in der Einführungsphase unterrichtswirksam werden.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit allerbesten Grüßen
im Auftrag

gez. Boris Angerer
Referent für gesellschaftswissenschaftliche Fächer sowie Grundsatzfragen der Rahmenlehrplanentwicklung
Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

und

gez. Niels Laag
Leiter des Referats Evaluation und Qualitätssicherung
Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

5.2 Fragebogen

Referat 32
Evaluation und Qualitätssicherung

LISUM Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

30.04.2024

Online-Befragung zum Rahmenlehrplan (RLP) für die gymnasiale Oberstufe, Fachteile Altgriechisch, Latein, Geografie, Geschichte, Philosophie und Politische Bildung in den Bundesländern Berlin und Brandenburg (M.22.002)

Zielgruppen:	Öffentlichkeit Organisationen/Institutionen Schulen (Fachkonferenzen, Lehrkräfte, Schulberaterinnen und -berater, Fachseminarleiterinnen und -leiter) Verlage
Befragungszeitraum:	27.05.2024 – 13.09.2024
Ziel:	Gewinnung von datengestützten Erkenntnissen und Einschätzungen zu den vorliegenden Anhörungsfassungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung der curricularen Grundlagen

Personenbezogene Angaben und Filtermerkmale

1. Ich fülle den Fragebogen in folgender Tätigkeit/Funktion aus:	○	Fachkonferenzvertreterin/Fachkonferenzvertreter
	○	Lehrkraft
	○	Schulberaterin/Schulberater
	○	Fachseminarleiterin/Fachseminarleiter
	○	Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem Schulbuchverlag
	○	Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Institut
	○	Mitarbeiterin/Mitarbeiter in einem pädagogischen Fachverband
	○	Funktionsträgerin/Funktionsträger in einer Gewerkschaft
	○	Funktionsträgerin/Funktionsträger im Beamtenbund
	○	Sonstiges (bitte nennen): _____

2. Ich bin tätig/ zuständig für das Land:	○	Berlin
	○	Brandenburg

3. Ich gebe eine Rückmeldung zum Rahmenlehrplanteil:	○	Altgriechisch
	○	Latein
	○	Geografie
	○	Geschichte
	○	Philosophie
	○	Politische Bildung

Bearbeitungshinweis:

Ihre Rückmeldung wird jeweils nur aus der Perspektive eines Unterrichtsfachs gegeben. Wenn Sie Rückmeldungen für weitere der genannten Fächer geben möchten, bitten wir Sie den Fragebogen erneut auszufüllen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

1

Referat 32
Evaluation und Qualitätssicherung

LISUM Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

30.04.2024

Informationen zu den überarbeiteten Fachprofilen, Kompetenzmodellen, Standards und Themenfeldern in den Fachteilen des RLP

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
4. Im Kapitel 1 und 2 wird der Bildungsbeitrag des Fachs verständlich dargestellt.	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
5. Die Relevanz des Fachs wird gut verdeutlicht.	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
6. Die in den abschlussorientierten Standards beschriebenen angestrebten Kompetenzen sind im Anspruchsniveau angemessen.	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
7. Die vorgeschlagenen Themenfelder und Inhalte sind relevant.	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
8. Die für Grund- und Leistungskurse vorgeschlagenen Themenfelder und Inhalte können in 3-stündigen Grundkursen bzw. 5-stündigen Leistungskursen zeitlich gut umgesetzt werden.	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

[1] Eine Begründung wird gewünscht, sofern der Aussage nicht voll zugestimmt wird.

Referat 32
Evaluation und Qualitätssicherung

LISUM Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

30.04.2024

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
9. **Betrifft nur Geografie/Geschichte/Politische Bildung**: Die Themenfelder und Inhalte werden ihrer Bedeutung nach passend auf verbindliche Basismodule und wahlverbindliche Vertiefungsmodule verteilt.	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

Informationen über die vorgenommenen Vernetzungen der Fachteile C mit Teil B Überfachliche Kompetenzentwicklung

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
10. Im Fachteil sind ausreichende Möglichkeiten gegeben die Entwicklung bildungssprachlicher Handlungskompetenz und von Kompetenzen in der digitalen Welt zu fördern	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft gar nicht zu
11. Im Fachteil sind ausreichende Möglichkeiten gegeben, Verbindungen der fachlichen Inhalte mit den übergreifenden Themen herzustellen.	○	○	○	○

Bitte begründen Sie Ihre Angabe[1]:

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

5.3 Genehmigung der wissenschaftlichen Untersuchung

Laag, Niels

Von: Studiengenehmigung@senbjf.berlin.de
Gesendet: Dienstag, 14. Mai 2024 10:41
An: Laag, Niels
Betreff: Ihr Antrag WU - RLP GOST Anhörung 2024

Sehr geehrter Herr Laag,

auf der Grundlage des Genehmigungsschreibens vom 01.06.2022 genehmige ich die Replikation der freiwilligen Befragung von Fachkonferenzen, Lehrkräften, Schulberaterinnen und Schulberatern, Fachseminarleiterinnen und Fachseminarleitern an Berliner Schulen mit gymnasialer Oberstufe zum Thema *Entwicklung der Rahmenlehrpläne (RLP) gymnasiale Oberstufe Teile C: Altgriechisch, Latein, Geografie, Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft/Politische Bildung (Berlin/Brandenburg)* im Rahmen der Projektvereinbarung M.22.002 mit den von Ihnen eingereichten Unterlagen, zuletzt vom 13.05.2024.

Die Genehmigung wird erteilt unter der Voraussetzung, dass durch Art oder Inhalt der Erhebung in Rechte von Lehrkräften, Erziehungsberechtigten, Schülerinnen und Schülern oder anderen Personen nicht eingegriffen wird und die Namen der an der Studie Beteiligten nicht erfasst werden. Der Zeitpunkt der Durchführung Ihrer Befragung erfolgt in Absprache mit den teilnehmenden Schulen.

Die Ergebnisse Ihrer Befragung dürfen nur im Rahmen der o.g. Projektvereinbarung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie verwendet werden. Die Genehmigung ist mit der Auflage verbunden, dass Sie mir nach Abschluss des Vorhabens einen Ergebnisbericht übersenden.

Ein gesondertes Schreiben erfolgt nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Franziska Nikolov
(sie/ihr, Anrede: Sehr geehrte Frau …)
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Qualitätsentwicklung und -sicherung, Bildungsmonitoring, Genehmigung wissenschaftl. Bildungsstudien
Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin
studiengenehmigung@senbjf.berlin.de
https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungsforschung/

1

5.4 Interpretation von Mittelwerten bei Verwendung einer vierstufigen Ratingskala

Bandbreiten 4-stufige Skala	Bezeichnung	Kategorie	Interpretation
3,44 ≤ M ≤ 4,00	stark ausgeprägt	✦✦✦	kein Handlungsbedarf signalisiert
2,78 ≤ M < 3,44	eher stark ausgeprägt		
2,23 ≤ M < 2,78	weder schwach noch stark ausprägt	✦✦	
1,75 ≤ M < 2,23	eher schwach ausgeprägt	✦	Handlungsbedarf signalisiert
1,00 ≤ M < 1,75	schwach ausgeprägt		

5.5 Interpretationen von Standardabweichungen bei Verwendung einer vierstufigen Ratingskala

Bandbreiten 4-stufige Skala	Bezeichnung	Kategorie	Interpretation
0,00 ≤ SD < 0,50	keine bzw. schwache Streuung der Rückmeldungen um den Mittelwert	✦✦✦	homogenes bzw. relativ homogenes Meinungsbild
0,50 ≤ SD ≤ 1,00	mittlere Streuung der Rückmeldungen um den Mittelwert	✦✦	mittleres homogenes Meinungsbild
1,00 < SD ≤ 1,50	starke bzw. maximale Streuung der Rückmeldungen um den Mittelwert	✦	heterogenes bzw. stark heterogenes Meinungsbild

6 Quellenverzeichnis

Bortz, D. (1999). Statistik für Sozialwissenschaftler. Heidelberg: Springer Verlag.

Bortz, J./Döring, N (2009). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, 4. Auflage. Berlin: Springer Verlag.

www.lisum.berlin-brandenburg.de